

Genehmigung am 14.03.2024 (genehmigt)

Protokoll 02

Stadtratssitzung
Donnerstag, 18.01.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2023.SR.000019.....	4
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 18 vom 26.10.2023, 19 vom 09.11.2023, 20 vom 16.11.2023)	
2022.SR.000193.....	4
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl	
2022.FPI.000081.....	5
4 Polizeiinspektorat (Dienststelle 230); Nachkredit zum Globalkredit 2023	
2023.BSS.0078.....	8
5 Zumiete für Schulraum des Zyklus 1 Holliger (Holligerhof 5, Bern); Verpflichtungskredit zulasten Erfolgsrechnung	
2017.BSS.000114.....	8
6 Fallführungssystem citysoftnet: Zusätzliche Personalressourcen zur Bewältigung der Einführung; Nachkredite zu den Globalkrediten 2023 des Sozialamts und des Amts für Erwachsenen- und Kinderschutz	
2022.FPI.000109.....	16
7 Jugendhaus Bern West Brünnenhof: Baurechtsvertrag mit der Stiftung B und Eventualkredit für die Mietkosten	
2023.SR.0234.....	30
8 Dringliche interfraktionelle Interpellation Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF, SVP (Lionel Gaudy, Mitte / Michael Ruefer, GLP / Florence Pärli, JF / Alexander Feuz, SVP): Ist die Stadt Bern im Blindflug unterwegs - was geschieht mit der Vierer-/Mittelfeld-Überbauung	
Schluss der Sitzung: 19.04 Uhr.....	36
Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.30 Uhr.....	37
2018.TVS.000145.....	38
9 Fuss- und Radweg Bottigenstrasse, Etappe Riedbach; Nachkredit (Erhöhung Projektierungskredit)	
2016.SR.000240.....	44

10	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): „Velo, Velo über alles...“ Setzt sich die Stadt mit ihrer Velooffensive unzulässigerweise über die Strassenverkehrsvorschriften hinweg? Wer haftet?	
2020.SR.000235	45
11	Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, BDP/CVP (Bernhard Eicher, FDP/Tom Berger, JF/Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP/Lionel Gaudy, BDP/Sibyl Eigenmann, CVP): Pilotprojekt Überdachung von Verkehrsflächen an die Hand nehmen	
2019.SR.000258	49
12	Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern	
2017.SR.000093	53
13	Motion Freie Fraktion AL/GPB-DA/PdA (Daniel Egloff, PdA/Christa Ammann, AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Mehr Briefkästen zur unfrankierten brieflichen Stimmabgabe	
2020.SR.000168	60
14	Postulat Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Elisabeth Arnold, SP): Schulhausneubau Untermatt – Brücke zwischen altem und neuem Quartier	
2020.SR.000204	62
15	Motion Tabea Rai (AL), Eva Gammenthaler (AL), Mohamed Abdirahim (Juso), Zora Schneider (PdA), Rafael Egloff (Juso) - übernommen durch David Böhner (AL): Ballenberg der Denkmäler auf der Grossen Allmend	
	Versoben und eingereicht	67
	Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.....	68

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Lukas Gutzwiller	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Barbara Nyffeler
Debora Alder-Gasser	Michael Hoekstra	Florence Pärli Schmid
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Halua Pinto de Magalhães
Ruth Altmann	Matthias Humbel	Simone Richner
Ursina Anderegg	Seraphine Iseli	Claudio Righetti
Mirjam Arn	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Oliver Berger	Bettina Jans-Troxler	Sarah Rubin
Tom Berger	Anna Jegher	Mahir Sancar
Lea Bill	Raffael Joggi	Judith Schenk
Laura Binz	Nora Joos	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Nicole Silvestri
David Böhner	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Milena Daphinoff	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Nik Eugster	Simone Machado	Michael Sutter
Alexander Feuz	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Lionel Gaudy	Daniel Michel	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Thomas Glauser	Szabolcs Mihalyi	Paula Zysset
Claude Grosjean		

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard	Sofia Fisch	Niklaus Mürner
Sibyl Eigenmann	Ingrid Kissling-Näf	Mehmet Özdemir
Jelena Filipovic	Nora Krummen	Michael Ruefer

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen aus dem Stadtrat, liebe Mitglieder des Gemeinderates, geschätzte Anwesende und Medienschaffende herzlich willkommen zur zweiten Stadtratssitzung in diesem Jahr. Wir sind beschlussfähig und ich gebe die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Michael Burkart von der GFL, Sofia Fisch von der JUSO und Mehmet Özdemir von der SP, für die erste Sitzung Sibyl Eigenmann (Mitte) und für die zweite Sitzung Lionel Gaudy (Mitte) und Francesca Chukwunyere (GFL). Ich habe noch ein paar Informationen. Bitte denkt daran zu badgen, so könnt ihr unseren Kolleg*innen aus dem Ratssekretariat viel Arbeit sparen. Dann möchte ich gerne auf die interfraktionellen Gruppen aufmerksam machen. Sie sind alle auf der Webseite des Stadtrats aufgeführt unter Gremien, und zwar gibt es folgende Gruppen: Kultur, Verkehr, Sport, Stadt nach 8, FC Stadtrat, Wirtschaft und Schulraumplanung. Wer sich interessiert mitzumachen, kann sich bei den Vorsitzenden melden. Diese findet ihr ebenfalls auf der Website. Dann möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass eine Umfrage zum Thema Vereinbarkeit läuft. Ich habe schon beim letzten Mal darauf aufmerksam gemacht, aber diejenigen, die sie noch nicht ausgefüllt haben, möchten das doch bitte machen, damit wir möglichst repräsentative Ergebnisse haben. Und dann gibt es noch 2 Veranstaltungen in der Stadtratspause: einerseits einen Austausch mit der Begleitgruppe Tourismus im Sitzungszimmer 7, und das Kornhausforum hat eingeladen zu einer kurzen Führung. Mit diesen Informationen starten wir gleich in die Traktandenliste.

2023.SR.000019

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 18 vom 26.10.2023, 19 vom 09.11.2023, 20 vom 16.11.2023)

Präsidentin: Traktandum Nummer 2 sind die Protokollgenehmigungen vom 26. Oktober, 9. November und 16. November. Es sind bei uns keine Änderungsanträge eingegangen. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Protokolle bestritten sind. – Das ist nicht der Fall, und darum gelten diese als genehmigt und ich danke den Verfasserinnen.

Stillschweigende Genehmigung.

Wir kommen zu den Wahlen.

2022.SR.000193

3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Präsidentin: Eine Ersatzwahl in die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt. Nominiert ist Yasmin Abdullahi. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Wer Yasmin in die Kommission wählen will, zeigt das mit Handerheben. – Merci vielmal. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Herzliche Gratulation.

Antrag

1. SP/JUSO

Als Mitglied nominiert die Fraktion SP/JUSO Yasmin Abdullahi (JGLP) für die zurück-tretende Bernadette Häfliger (SP).

Einstimmige Wahl

2022.FPI.000081

4 **Polizeiinspektorat (Dienststelle 230); Nachkredit zum Globalkredit 2023**

Präsidentin: Wir kommen schon zu Traktandum 4, Polizeiinspektorat. Ich gebe gerne der Kommission das Wort. Für die Kommission RWSU spricht Simone Richner. Wenn sie jemand noch anmelden könnte, wäre ich froh.

Simone Richner (FDP) für die RWSU: Ich darf den Nachkreditantrag zum Globalkredit 2023 des Polizeiinspektorats vorstellen. Es handelt sich um eine unerwartete und nicht unerhebliche Budgetüberschreitung von 2'424'900 Franken, was den Gesamtbetrag des Globalkredits auf rund 7 Mio. Franken erhöhen wird. Die Gründe dafür sind vielschichtig und spiegeln unvorhergesehene Ereignisse wider. Erstens haben die erwarteten Mehrerlöse aus den Gebührenerhöhungen für Anwohnerparkkarten von 1,5 Mio. Franken nicht realisiert werden können. Zweitens sind nicht verrechenbare Polizeikosten für den Fussball-Cupfinal und YB-Spiele in der Höhe von 433'000 Franken entstanden. Zusätzlich fehlen offenbar Einnahmen vom BSC Young Boys, da diese sich nicht für den europäischen Wettbewerb haben qualifizieren können. Weitere Mindereinnahmen hat es im Taxi-Bereich gegeben, wo rund 45'000 Franken Gebühreneinnahmen fehlen. Und auch bei den Besucherparkkarten hat man einen Rückgang gesehen, bei den Gebühreneinnahmen, im Umfang von 202'000 Franken. In der Kommission haben wir kritisch diskutiert, insbesondere, da der Vortrag aus dem Jahr 2022 betreffend Ursachen zum Teil ähnliche Posten wieder aufgeführt hat. Da es sich wie oben dargelegt um eine Einnahmenproblematik handelt und mit anderen Worten das Geld, wie man es jetzt auch dreht oder wendet, einfach nicht da ist, empfiehlt die RWSU dem Stadtrat, den Nachkredit zu gewähren und den Globalkredit des Polizeiinspektorats um 2'424'900 Franken zu erhöhen mit einem Stimmenverhältnis von 7 Ja zu einem Nein bei 3 Enthaltungen. An dieser Stelle möchte ich es aber nicht unterlassen, den Mitarbeiter*innen des Polizeiinspektorats herzlich für ihre tagtägliche, wertvolle Arbeit zu danken, denn das hat jetzt hier wirklich nichts damit zu tun. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke vielmals. Anträge sind keine eingegangen. Deshalb kommen wir schon zu den Fraktionserklärungen. Für die GFL/EVP-Fraktion kommt Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Die GLF/EVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Nachtragskredit ebenfalls zu, allerdings mit einem gewissen Zähneknirschen, und das wiederum hat nichts mit der Dienststelle Polizeiinspektorat zu tun, sondern – ich will auch ein bisschen grundsätzlicher werden – mit einem gewissen Unmut, der sich in unserer Fraktion regt, weil es nämlich bereits der dritte Nachtragskredit ist von der Direktion SUE. Ob das Zufall ist oder nicht? Aber noch wichtiger: Es geht wieder primär um nicht erzielte Einnahmen, teilweise auch infolge nicht umgesetzter FIT II-Massnah-

men (FIT = Finanzierungs- und Investitionsprogramm). Und das ist für uns wirklich auffällig. Es sind nicht erzielbare Einnahmen beziehungsweise solche, die von Entscheidungen ausserhalb der Gemeinderatskompetenz abhängig sind oder gewesen sind. Und da erinnere ich auch an die Feuerwehrdienstersatzabgabe, bei der der Stadtrat ja das Übel war. Und bei der Parkkartengebührenerhöhung, um die es heute geht, geht es auch um Verzögerungen, die noch absehbar sind wegen eines juristischen Verfahrens, das eingeleitet worden ist. Wir sind der Meinung, wir müssten Lehren ziehen. Neue Einnahmen sollten vorsichtiger budgetiert werden, und das ganz besonders, wenn sie durch den Druck eines Entlastungspakets motiviert sind. Der Gesamteffekt ist nämlich der, dass das FIT II-Massnahmenpaket, das der Gemeinderat und der Stadtrat geschnürt haben, eigentlich um mehrere Millionen Franken kleiner ausgefallen ist als erhofft. Und ein wesentlicher Teil entpuppt sich jetzt im Nachhinein als leeres Versprechen zur Gesundung des Finanzhaushalts. Die nicht erzielbaren Mehreinnahmen ziehen sich über das hinaus auch noch zu einem grossen Teil in die Mittelfristplanung hinein, also in den Aufgaben- und Finanzplan. Und die fallen dort wiederkehrend aus und verzerren daher die finanzpolitische Zukunft als zu optimistisch. Wir wissen, das Budget 2023 ist vom Gemeinderat schon im Frühling 2022 erstellt worden und das inklusive der Umsetzung der FIT II-Massnahmen. Da war die Unsicherheit in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit der Einnahmen noch grösser. Aber auch der Stadtrat hätte später in der Budgetberatung gewisse Einnahmen herunterschrauben können. Und wir müssen uns da durchaus auch ein bisschen selber an der Nase nehmen. Auch wenn es für den Stadtrat um einiges schwieriger ist, abzuschätzen, welche Einnahmen jetzt realistisch sind und welche nicht. Noch einmal: Mindereinnahmen, Nachtragskredite – daraus sollten wir lernen, ein bisschen vorsichtiger zu budgetieren. Es geht darum, bei systemrelevanten Änderungen gewisse Verzögerungseffekte durch Abstimmungen, durch Einsprachen oder durch andere Ursachen zu berücksichtigen und sich bewusst zu sein, dass man erwartete Mehreinnahmen nicht einfach sofort haben kann und sie deshalb entweder gar nicht oder nur zu einem gewissen Teil ins Budget eingestellt werden sollten. Druck ist fehl am Platz. Die Stadt darf nicht leere Finanzversprechen planen. Auf der anderen Seite ist es ja auch noch schön zu sehen, dass offensichtlich das Einsparen von Ausgaben leichter fällt. Wie schon gesagt, die GFL/EVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Nachtragskredit für das Polizeiinspektorat zu und dankt dem Dienst auch entsprechend.

Präsidentin: Danke vielmals, Marcel. Als nächstes hat Janosch Weyermann von der SVP das Wort.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Wir lehnen den Nachkredit ab. Es soll nicht als Kritik am Polizeiinspektorat verstanden werden, im Gegenteil. Wir schätzen das Polizeiinspektorat sehr und die Arbeit, die sie dort jeden Tag leisten. Aber wir wollen doch unsere Kritik hier anbringen. Und in diesem Saal setzen wir ja auch gerne Zeichen. Und das wollen wir hier setzen. Ich kann mich dem Vorredner anschliessen, dass wir es eigentlich für falsch halten, dass man eben solche Neueinnahmen einfach schon budgetiert, obwohl eigentlich schon recht früh klar gewesen ist, dass die nicht sofort sprudeln werden und das Geld nicht einfach vom Himmel fallen wird, sondern dass eben das Referendum kommen wird, dass es vielleicht Einsprachen geben wird. Und dadurch kommen natürlich nachher solche Sachen schon zustande, dass plötzlich 1,6 Mio. Franken fehlen, die man einfach so budgetiert hat, obwohl man nicht genau gewusst hat, ab wann sie dann kommen. Und wie man sieht, ist ja offenbar immer noch eine Beschwerde hängig. Also, es ist höchst fraglich, ob es 2024 nicht auch wieder so

aussehen wird, dass Ende Jahr rund 1,5 oder 1,6 Mio. Franken fehlen werden. Unsere Kritik zielt wirklich auf diesen Punkt. Die anderen Sachen seien gängige Praxis, habe ich mir erklären lassen, was die Fussballspiele anbelangt und die Sicherheitskosten, auch das mit den Taxi-Bewilligungen. Das ist einfach gang und gäbe, dass die einfach immer weniger werden in der Stadt. Wenn ich einmal ein Taxi brauche, dann habe ich meistens Mühe, eines zu bekommen, weil es einfach faktisch keine mehr gibt und das mit den Betreuungsurkunden und mit den BERNMOBIL-Automaten ist offenbar auch einfach Fakt, so dass wir nichts machen können, aber nichtsdestotrotz lehnen wir den Nachkredit ab, auch wenn es schlussendlich nichts bringt.

Präsidentin: Merci. Ich sehe niemanden mehr, der sich anmeldet für die Fraktionen. Daher kommen wir zu den Einzelvoten. – Gut. – Dann hat Reto Nause für den Gemeinderat das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Danke vielmals für die doch eigentlich grundsätzlich positive Aufnahme des Nachkredits. Ich möchte daran erinnern, dass wir punkto Parkkarten eine Volksabstimmung hatten. Die war erfolgreich. Und wenn nachher eine Beschwerde eingeht gegen das und man die Umsetzung der Reform nicht rechtzeitig oder zeitnah umsetzen kann, ist das kein Problem des Polizeiinspektorats, sondern das Problem, dass man eben hier in der Schweiz ein gewisses Rechtsmittelsystem hat, das man ausschöpfen kann. Aber wenn dann die SVP natürlich sagt: Wir lehnen den Nachkredit ab. Dann ist das in meinen Augen halt eben doch ein Affront gegenüber dem Polizeiinspektorat. Und liebe SVP, das Polizeiinspektorat ist eine staatstragende Institution. Und ich bitte euch doch mindestens, sich vielleicht zu enthalten, aber sicher nicht diesen Nachkredit abzulehnen. Das scheint mir jetzt also auf den Falschen herumgetrampelt.

Präsidentin: Danke, Reto Nause. Damit kommen wir schon zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen will, stimmt grün. Wer dagegen ist, rot, und wer sich enthält, weiss.

Abstimmung Nr. 006

2022.FPI.000081	
Annahme	
Ja	38
Nein	10
Enthalten	11

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Bevor wir zum Traktandum 5 kommen – ich habe noch eine ganz wichtige Information vergessen, und zwar hat Michael Aebersold Geburtstag. Ganz herzliche Gratulation. Er hat auch einen Geburtstagswunsch, und zwar würde er gerne in der Stadtratspause gehen und wünscht sich daher, dass wir mit Traktandum 8 fertig sind bis um 19 Uhr. Wir geben unser Bestes.

2023.BSS.0078

5 Zumiete für Schulraum des Zyklus 1 Holliger (Holligerhof 5, Bern); Verpflichtungskredit zulasten Erfolgsrechnung

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum 5 und ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK spricht Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die SBK: Ich fasse mich relativ kurz, weil das Geschäft in der Kommission unbestritten war. Es geht um das Warmbächli-Quartier, wo ganz viele neue Wohnungen entstehen oder bereits entstanden sind. Das heisst, die Schüler*innenzahlen sind auch gestiegen oder werden noch mehr ansteigen. Für den Zirkus 1 gibt es bereits die Zumiete Holligerhof. Den entsprechenden Verpflichtungskredit haben wir schon bewilligt. Die Räumlichkeiten sind seit Sommer 2023 in Betrieb. Zudem wird es längerfristig 3 Klassenzyklen 1 im Steigerhubel geben. Bis die entsprechende definitive bauliche Lösung steht, sollen aber weitere Räumlichkeiten für die 3 Klassenzyklen 1 im Holligerhof gemietet werden, und zwar für mindestens 10 Jahre und 7 Monate mit der Option auf Verlängerung um 5 Jahre. Darum geht es jetzt beim Verpflichtungskredit um die Zwischenlösung im Holligerhof 5 – es handelt sich um basisstufengerechte Räume – und zwar bereits ab Sommer 2024. Der Verpflichtungskredit beläuft sich auf 1'232'453 Franken für 15 Jahre und 7 Monate. Diese Verlängerung ist also bereits mit eingerechnet. Dazu kommen Kosten für die Erstausrüstung und die Betriebseinrichtung. In der Kommission haben wir uns auch noch erkundigt, wie es mit der Durchmischung aussieht, weil das ein wichtiger Punkt ist, auf den man bei der Zuteilung der Klassen achten muss. Beim Steigerhubel wird man die Möglichkeit haben, die Klassen gut zu durchmischen. Dafür sind die Schulleitungen zuständig. Es ist uns aber gesagt worden, dass man dort sicher darauf achten wird. Wir haben natürlich auch die Frage gestellt, was jetzt passieren würde, wenn man den Kredit nicht bewilligen würde. Die Antwort: Man hätte schlichtweg zu wenig Schulraum und müsste Mehrzweckräume brauchen. Zusätzlich gäbe es eine Verzögerung bei der Umsetzung von Ganztageschulen im Quartier, was natürlich nicht in unserem Sinn ist und auch nicht in Frage kommt. Darum empfiehlt euch die SBK einstimmig, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen für den Schulraum des Zyklus' 1.

Präsidentin: Danke Barbara. Besteht zu diesem Traktandum Diskussionsbedarf? – Es gibt keinen Diskussionsbedarf. Ist das Geschäft umstritten? – Auch nicht. Gut, dann wird es angenommen.

Stillschweigende Annahme.

2017.BSS.000114

6 Fallführungssystem citysoftnet: Zusätzliche Personalressourcen zur Bewältigung der Einführung; Nachkredite zu den Globalkrediten 2023 des Sozialamts und des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz

Präsidentin: Wir kommen direkt zu Traktandum 6: Das Fallführungssystem Citysoftnet. Ich erteile der Kommission das Wort. – Bei mir steht für die SBK Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für SBK: Bei der Einführung des Fallführungssystems Citysoftnet kam es zu mehreren zum Teil gravierenden Schwierigkeiten. Was alles darunterfällt, habt ihr dem Vortrag und zum Teil auch den Medien entnehmen können. Um mit diesen Schwierigkeiten umgehen und die daraus entstandenen Herausforderungen bewältigen, zu können, hat man sowohl beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) als auch beim Sozialamt kurzfristig zusätzliches Personal einstellen müssen. Vor allem im Sommer und Herbst war die Situation akut und man musste deshalb möglichst schnell die zusätzlichen Leute an Bord holen, um die Pendenzenberge abzuarbeiten. Bei den vorliegenden Nachkrediten handelt es sich deshalb jetzt um die zusätzlichen Personalkosten, die daraus entstanden sind. Für das Sozialamt beträgt der Nachkredit 355'000 Franken und setzt sich aus 4 Vollzeitstellen mit kaufmännischem Profil und 2 Vollzeitstellen mit wissenschaftlichem Profil für jeweils 4 Monate zusammen. Dazu kommen hier noch 1 000 Franken für eine externe Evaluation des Projekts. Beim EKS beträgt der Nachkredit 700 000 Franken und setzt sich aus 10 Vollzeitstellen mit kaufmännischem Profil für 5 Monate sowie Vermittlungskosten von externen Büros in der Höhe von 200 000 Franken zusammen. Man hat externes Personal hinzugezogen, um diese Stellen besetzen zu können, darum diese Kosten von 200 000 Franken. Die Beträge selber haben in der Kommission nicht so sehr zu Diskussionen geführt, vielmehr die grosse Belastung der Mitarbeitenden durch die Systemumstellung und die personellen Vakanz, die bei diesen 2 Amtsstellen bestanden haben und zum Teil auch noch weiterhin bestehen, und auch, wie viel man von diesem zusätzlichen Personal 2024 voraussichtlich noch weiterhin brauchen wird, und schliesslich halt auch, dass das schon der dritte Nachkredit für Citysoftnet ist. Die Kommission hat sowohl dem Nachkredit für das Sozialamt in der Höhe von diesen 355 000 Franken als auch dem Kredit für das EKS von 700 000 Franken grossmehrheitlich zugestimmt.

Präsidentin: Danke, Janina. Ihr könnt euch für die Fraktionserklärungen anmelden. Das Wort hat Sarah Rubin von der GB/JA!-Fraktion.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Wir stimmen dem vorliegenden Nachkredit überzeugt zu. Wir begrüssen es, dass der Gemeinderat letztes Jahr rasch gehandelt hat. Der Gemeinderat hat das Geld ausgegeben, bevor es jetzt im Stadtrat ist. In dieser Situation finden wir das völlig gerechtfertigt und unbedingt nötig. Die Kommission wurde im letzten Jahr immer zeitnah über die Entwicklungen bezüglich Citysoftnet informiert. Die Situation für alle Menschen, die im zweiten Halbjahr 2023 von diesen Startschwierigkeiten betroffen waren, vor allem im EKS, ist sehr angespannt sowohl für Mitarbeitende wie auch für Klient*innen. Denn gerade in einem so sensiblen Bereich ist die entstandene Zusatzbelastung umso heikler. Man hat zwar immer wieder Fehler beheben können und dank zusätzlichem Personal, für das jetzt eben der Nachkredit vorliegt, hat man anfangen können, entstandene Pendenzen abzuarbeiten. Aber durch den anhaltend hohen Druck ist es für das Personal, vor allem beim EKS, eine grosse Belastung gewesen. Es hat Kündigungen gegeben und die freien Stellen haben zum Teil nicht besetzt werden können, was für das verbleibende Personal nachher zu einem noch höheren Druck geführt hat. Wir haben deshalb grossen Respekt für die aktuell immer noch anspruchsvolle Arbeit der Mitarbeitenden des EKS und des Sozialdienstes. Auch in diesem Jahr wird voraussichtlich mehr Personal gebraucht als ursprünglich einmal geplant, wie lange und wie viel ist noch nicht ganz klar. Klar ist aber, dass wir zum bestehenden Personal Sorge tragen müssen. Und darum ist es uns von der Fraktion GB/JA! sehr wichtig, dass sich der Druck auf das Personal nicht durch ein internes Kompensieren noch mehr erhöht, denn dann geht der Schuss definitiv nach hinten los.

Noch mehr Mitarbeitende würden nämlich nachher gehen und es wäre sicher noch schwieriger, diese zu ersetzen. Und das wiederum würde natürlich zu Mehrkosten führen. Falls sich abzeichnet, dass sich die benötigten Ressourcen mit dem bestehenden Globalkredit nicht stemmen lassen, sind wir dafür, dass man lieber das nötige Geld über weitere Nachkredite einholt, statt den Druck weiter zu steigern, weil das die Situation im Moment definitiv nicht mehr verträgt.

Präsidentin: Merci Sarah. Das Wort hat Fuat Köçer von der SP/JUSO-Fraktion.

Fuat Köçer (SP) für die Fraktion: Ich versuche, die Geburtstagswünsche von Michael Aebbersold zu erfüllen, und werde mich dementsprechend ziemlich kurzhalten. Die SP/JUSO-Fraktion wird die 2 Nachkredite zu den Globalkrediten 2023 des Sozialamts und des Amts für Erwachsenen- und Kinderschutz annehmen. Dass aufgrund von Performance-Problemen und Dringlichkeit der Situation sofort Personal angestellt werden musste, können wir auch verstehen. Die vorberatende Kommission wurde auch frühzeitig genug informiert. Trotzdem wäre eine bessere Kommunikation aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion wünschenswert gewesen. Deshalb möchten wir die Verwaltung ermuntern, bei weiteren Nachkrediten aktiver, zeitnaher zu kommunizieren. Wie gesagt, die 2 Nachkredite werden wir als Fraktion unterstützen.

Präsidentin: Danke, Fuat. Als nächstes kommt Corina Liebi von der GLP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Das Wichtigste vorweg: Die GLP/JGLP-Fraktion wird dem Nachkredit Citysoftnet in Anerkennung der Arbeit, die die Mitarbeitenden des Sozialamts und insbesondere auch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz in den letzten Wochen und Monaten geleistet haben, zustimmen. Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für den enormen Einsatz bei allen Involvierten bedanken. Für den zweiten Teil meines Votums muss ich leider ein wenig ausholen. Wie ihr vielleicht mitbekommen habt, hat der Kanton Bern in der Wintersession beschlossen, einen Kredit zur Beschaffung, Realisierung und Implementierung eines neuen Fallführungssystems NFFS zu sprechen. Die erklärte Absicht des Kantons ist es, das kantonale System zwischen 2026 und 2028 verpflichtend für alle Gemeinden im Kanton Bern zur Anwendung zu bringen. Im Umkehrschluss heisst das: Die Stadt Bern hat so lange an der Einführung von Citysoftnet herumgedoktert, dass das System gar nicht mehr gebraucht wird und mit aller Wahrscheinlichkeit in den nächsten 4 bis 6 Jahren schon wieder abgelöst werden muss. Wir stellen bei der Stadt Bern bis heute kein Problembewusstsein für diese Thematik fest. Der Entscheid des Grossen Rates ändert aus unserer Sicht die ganze Ausgangslage für Citysoftnet: Uns allen sind wesentliche Informationen zur Sprechung der vergangenen Nachkredite vorenthalten worden. Gemäss Vortrag des Kantons Bern scheint schon länger klar zu sein, dass Citysoftnet nicht als kantonales System in Frage kommt und wohl auch eine Schnittstellenlösung nur eine temporäre Überbrückung bieten kann. Vor diesem Hintergrund verstehen wir nicht, wieso nicht bereits im Frühling 2023 geprüft wurde, ob sich eine Einführung von Citysoftnet überhaupt noch lohnt oder man sich nicht direkt am Pilotversuch des Kantons Bern hätte beteiligen sollen. Wir sind bis zuletzt davon ausgegangen, dass die Stadt Bern ohne entsprechende Nachkredite im Sommer 2023 komplett ohne Lösung dagestanden hätte. Mit den jetzt bekannt gewordenen Informationen wäre es schon viel früher möglich gewesen, die Reissleine zu ziehen, so dass nicht noch weitere Steuergelder verschwendet werden. Jetzt ist es, wie es ist. Wir können nichts mehr daran ändern und sind gezwungen, als Stadtrat zähneknirschend weitere Nachkredite zu genehmigen,

ohne Handlungsspielraum zu haben. Einmal mehr sind wir mit finanzpolitisch und politisch-strategisch fragwürdigen Entscheidungen seitens der Stadt konfrontiert. Sollte es tatsächlich zu einer baldigen Ablösung von Citysoftnet kommen, hat die Stadt Bern mit den heute Abend gesprochenen Nachkrediten rund 18,7 Mio. Schweizer Franken in den Sand gesetzt. 18,7 Mio.! Diese Zahl muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Und weitere Mehrkosten zeichnen sich schon wieder ab. Der Umgang mit den städtischen Finanzen und öffentlichen Steuergeldern ist sehr bedenklich. Es fehlt Weitsicht auf vielen Ebenen. Die Stadt scheint weiterhin überzeugt zu sein, dass für sie einmal wieder eine Ausnahmeregelung gefunden wird, und pokert darauf, dass das kantonale System nicht rechtzeitig zur Implementierung bereitsteht. Aus unserer Sicht ist dieses Vorgehen bei diesem Projekt mehr als fragwürdig. Wir sehen in diesem Geschäft noch Aufklärungsbedarf und werden an der nächsten Stadtratssitzung sicher noch mit einer Interpellation nachstossen. Ebenso werden wir uns vorbehalten, eine Untersuchung bei der GPK anzustossen.

Präsidentin: Danke, Corina. Das Wort hat Nik Eugster von der FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich schliesse mich gerade dem Dank von Corina Liebi an, was die grossartige Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den entsprechenden Ämtern betrifft. Aber man muss es sehen: Wir stecken einmal mehr mitten in einer Misere. Diese Erkenntnis ist die Basis dafür, warum wir von der Fraktion FDP/JF dem Nachkredit nicht einfach zustimmen können. Wir stecken einmal mehr mitten in einer Misere. Jawohl, es ist eine Misere. Die Ausführungen über das bisherige Geschehen – wenn man das liest, kommt man kaum mehr aus dem Staunen, aus dem Kopfschütteln heraus. Gemeinderat und Verwaltung versuchen, die Einführung zwar als problematisch darzustellen, aber nicht als Problem. Sie sei im Trockendock getestet worden, diese Software. Ja, aber plötzlich sind eben nachher auch massive Probleme gekommen. So viel steht fest. Es fehlt komplett die Selbstkritik dazu, was man anders hätte machen sollen. In Punkt 4 des Vortrags werden umfangreiche Massnahmen erwähnt. Aber wenn man sich umhört, ist die Situation weitaus schlimmer als im Vortrag beschrieben. Es hat ja jede Menge Kündigungen gegeben, vor allem beim EKS, und man findet keine Leute mehr, die sich das antun wollen, was im Moment im Amt passiert. Es ist nicht nur eine problematische Einführung, es ist ein riesengrosses Problem. Die Ausführungen im Vortrag nehmen das nicht ernst genug. Wir stecken einmal mehr in einer Misere. Jawohl, einmal mehr ist es ein Softwareprojekt aus der Direktion BSS, das immense Probleme macht, für enorme Mehrkosten sorgt, und wie gerade erwähnt, Mitarbeitende der Stadtverwaltung so sehr verärgert, dass sie krank werden oder ihre Stelle kündigen. Vor allem die Situation im EKS hat bei uns die Alarmglocken geläutet. Ich zitiere aus dem Vortrag: "Dies hat in Kombination mit den bereits vorbestehenden Ermüdungserscheinungen im EKS zu personellen Ausfällen und Kündigungen geführt." Was sind denn das für vorbestehende Ermüdungserscheinungen gewesen, lieber Gemeinderat? Was läuft sonst noch alles schief im EKS? Was sind die anderen Gründe dafür, dass es dort so viele Abgänge gibt? Der Gemeinderat wäre gut beraten, genauer hinzuschauen. Wir stecken einmal mehr in der Misere – jawohl, wir stecken mittendrin –, denn wir stimmen ja erst über die Mehrkosten in Bezug auf den zusätzlichen Personalaufwand des letzten Jahres ab. Wir reden noch nicht einmal über die Kosten für dieses Jahr oder über die Zusatzkosten, die es braucht, um Citysoftnet zum Punkt zu bringen, wo es stabil läuft und alle Funktionen hat, die es eigentlich haben sollte. Also, ich meine zum Beispiel das Modul für Alimentenwesen. Das ist ja noch völlig in den Kinderschuhen. Und es wurde auch zugegeben, dass die Betriebskosten, der bisherige

dem Volk kommentierte Rahmen, nicht reichen wird. Es wird langfristig darum dauerhaft teurer mit Citysoftnet. Also wenn man Punkt 6.2 des Vortrags liest, weiss man, dass uns Citysoftnet hier im Stadtrat noch ein paarmal beschäftigen wird. Wir stecken einmal mehr in der Misere. Das haben wir alles schon einmal gehabt. Ich wurde vor kurzem gefragt: Ja, welche Konsequenzen haben eigentlich solche Fehlplanungen wie die von Citysoftnet? Wer steht dafür gerade? Meine Gegenfrage war: Wer ist für Base4kids schlussendlich geradegestanden? Was für Konsequenzen hat das gehabt? Klar, die GPK hat sich damit beschäftigt, die AK hat Empfehlungen herausgegeben, aber Konsequenzen hat es ja nicht wirklich gegeben. Wir können nicht einfach Ja sagen zu diesem Nachkredit, denn es wäre ein Durchwinken in einer Situation, die eigentlich untragbar ist. Natürlich braucht es die finanziellen Mittel, um die bereits aufgelaufenen Mehrkosten im letzten Jahr schlussendlich auch zahlen zu können. Aber was uns als bisherige Analyse vorgelegt wurde, wird der Tragweite der Situation nicht gerecht. Wir wissen weder, ob wir inzwischen auf dem richtigen Weg sind, noch, wie viele falsche Dossiers oder falsche Zahlungen noch aufgearbeitet werden müssen, wie es jetzt genau weitergeht, wo es finanziell hinführt. Wie soll man hier Ja stimmen? Die Vorlage hat in der Fraktion FDP/JF für grosse Diskussionen gesorgt und wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Wir können weder mit gutem Gewissen Ja sagen, noch würde ein Nein retrospektiv etwas bewirken. Viele sind aber der Meinung, dass zumindest ein Nein ein Statement wäre, wie Janosch Weyermann bei einem vorherigen Traktandum gesagt hat, ein Zeichen setzen, dass es nicht so weitergehen kann.

Präsidentin: Merci vielmals, Nik. Das Wort hat Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wenn Ihr ein Nein hören wollt, kommt es von der SVP. Wir sind ganz klar für ein Nein. Ich sage euch das ganz klar. Ich habe mir zuerst auch überlegt, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Ich musste dann nach Rücksprache mit der BSS und der FPI aus rechtlichen Gründen davon absehen. Dafür begründe ich mit Elan das Nein. Es tut mir leid, dass ich dem Finanzdirektor, der vielleicht halt auch ein bisschen betroffen ist von dieser Sache, ein bisschen den Abend verderbe, aber es müssen jetzt gewisse Sachen gesagt werden, bei denen es so nicht weitergeht. Es ist eine Misere, es ist ein Desaster. Nach Base4kids haben wir die nächste Informatikproblematik. Vielleicht etwas, das ich vorab sagen kann: Ich kann mich Corina Liebi und Nik Eugster anschliessen, die dem Personal gedankt haben. Das Personal ist in einer ganz dummen Situation. Stellt euch mal vor, ihr wärt Beistand oder Vormund. Ihr könnt Zahlungen während Monaten nicht leisten. Dass ihr nachher von den Klienten bedrängt werdet, dass ihr von Hauseigentümern bedrängt werdet und dass sich euer Aufwand gewaltig verdoppelt, ist klar. So kann man nicht arbeiten. Aber für mich ist es einfach ein Desaster, das sich abgezeichnet hat. Es wurde richtigerweise gesagt, wir hätten schon viel früher wissen müssen, dass es ein Fass ohne Boden ist. Und wenn ihr euch erinnert, dass ich all diese Nachkredite immer abgelehnt habe, ihr könnt das in allen Protokollen nachschauen. Jene, die damals in der Kommission waren, wissen es. Ich war in stellvertretender Funktion drin und habe mich immer ganz klar dagegen ausgesprochen. Schon rein das Konzept – stellt euch das mal vor: Wir haben 2 Feuer. Das halte ich der Verwaltung immerhin zugute, dass sie versucht hat, die Sache offenzulegen. Wir haben den dritten Nachkredit und ihr seht ja, dass alles noch viel teurer und noch viel komplexer wird. Jetzt ist schon klar: Auf der einen Seite sagt das Datenschutzgesetz, man müsse neue, bessere Software machen. Fakt ist einfach, dass die Stadt Bern meines Erachtens die einzige Gemeinde im Kanton Bern ist, die das umsetzen wollte. Die anderen haben gewartet und machen jetzt die Lösung,

die dann sinnvoll ist, die vielleicht Bern mit Thun und Biel und Burgdorf zusammen gemacht hätte. Aber nein! Man macht es jetzt mit Basel und Zürich, die eine andere Sozialhilfegesetzgebung haben, andere Zahlen, andere Werte. Und da befürchte ich einfach, dass die Synergien an einem kleinen Ort sind. Für gewisse Sachen, wie den Ablauf mag es ja stimmen. Aber man will, wie immer in der Stadt Bern, wieder Leuchtturmprojekte machen. Base4kids, hätte ein Leuchtturm sein sollen. Hier will man wieder Leuchtturm sein. Der Kanton ist auch nicht viel besser mit seiner staatsanwaltschaftlichen Software. Damit wollte man auch Leuchtturm sein und hatte die Hoffnung, dass alle nachher das Software-Produkt übernehmen. Und da sage ich bereits jetzt etwas: Wenn die Herstellerin das dann wieder kaufen will, damit sie es weiterverkaufen kann, dann führt bessere Verhandlungen als in Kühlewil, als wir das Zeug verramscht haben, nachdem wir alle Nachkredite und alle Umwandlungsgründe und alles Personal und alle Klienten hässig gemacht haben. Nachher kann man es dann mit grossem Gewinn verkaufen. Das ist für mich die völlig falsche Ausgangslage und ich sage euch klar, wenn ihr seht, was alles für Sachen noch zusätzlich anfallen – ich verweise hier auf die Seiten 8 und 9. Ich sage euch ganz ehrlich: Ich habe zuerst überlegt, ob man nicht all die Kredite zusammenzählen müsste. Denn dann wären wir allenfalls im Bereich eines fakultativen Referendums oder was immer. Man hat mir bei den Abklärungen, und dafür bin ich dankbar, gesagt, das sei nicht möglich. Aber spätestens beim nächsten Kredit muss man nachher die Sachen zusammenzählen. Und ich habe wirklich Angst, dass es ein weiteres Desaster gibt. Man hat uns schon Anfang Jahr versprochen, also Anfang letztes Jahr, es sei alles auf guten Wegen. Es soll jetzt wieder gut sein. Mir fehlt einfach hier der Glaube. Wir stimmen heute Nein. Es ist mir klar, viel ändern können wir nicht mehr, aber es geht einfach darum, ein Zeichen zu setzen. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt Bern jedes Informatikprojekt wieder in den Dreck fährt und in den Dreck setzt. Es ist ein Desaster. Darum setzen wir hier konsequent ein Zeichen. Und ich appelliere: Hört auf mit diesen Leuchtturmprojekten. Schaut, was für Sachen, welche Synergien im Kanton sich ergeben. Und schaut dann, wer gut verdient. Für mich könnte es wirklich einen Fall für die GPK oder eine PUK geben, insbesondere, wenn dann das Programm verscherbelt wird, wie man damals Kühlewil für 12,8 Mio. Franken verscherbelt hat, obwohl man es 2 Jahre vorher für 30,3 Mio. Franken renoviert hat. Deshalb stimmen wir Nein. Wie gesagt, wir können nicht viel ändern, aber es geht darum, einmal mehr ein Zeichen zu setzen. Einmal mehr hat man nicht auf Cassandra gehört.

Präsidentin: Danke, Alex. Wir kommen zu den Einzelvoten. Simone Machado.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Es ist schon zu erwarten gewesen, dass das nicht gut kommt mit Citysoftnet. Die GaP hat nie verstanden, dass die Stadt Bern nicht KLIB einführt, das in vielen Gemeinden des Kantons Bern angewendet wird und zu einer hohen Zufriedenheit bei den Mitarbeitenden der Sozialämter und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden geführt hat und immer noch führt. Das Desaster, das beschrieben wird, übertrifft jedoch jegliche schlechten Prognosen: Doppelzahlungen, steigende Dossierlast, Kündigungen von Mitarbeitenden und nicht zuletzt ein enormes Leid der Menschen in einer prekären Lebenslage. Denn wenn man das Geld für das Bescheidene für den Monat nicht bekommt oder zu spät bekommt oder doppelt kriegt und verbraucht, dann ist das ziemlich eine einschneidende Sache für diese betroffenen Menschen. Im Sozialamt hat man mir gesagt, wenn das erfolgt ist, müssen sie 200 Franken dieser Doppelzahlungen nicht zurückzahlen. Aber sie werden trotzdem monatelang unter dieser Situation leiden. Auf der anderen Seite stellt man, wie im Vortrag zu lesen ist, Mitarbeitende mit einem kaufmännischen Profil für 120'000 Franken

Jahreslohn an. Das ist doch ein krasser Gegensatz und sehr erstaunlich. Alles in allem bleibt nur die Enthaltung zu diesem Geschäft.

Präsidentin: Danke, Simone. Das Wort hat Thomas Glauser von der SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: IT-Projekte sind schwierige Projekte. IT-Projekte sind auch in der Privatwirtschaft nicht einfach. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission haben wir bereits Base4kids untersucht. Wir haben die Lehren daraus gezogen. Wir hatten auch das Gefühl, dass der Gemeinderat die IT-Projekte im Griff hat. Umso mehr sind wir jetzt erstaunt, dass Citysoftnet nicht läuft. Das ist eine tragische Geschichte. Es wurde bereits von meinen Vorrednern angetönt, es gebe gar keine Konsequenzen. Was wird passieren? Das Geschäft wird zu uns in die GPK kommen. Wir werden Untersuchungen machen, wir werden sehen, dass Fehler gemacht wurden. Fehler dürfen passieren, aber nicht zweimal. Hier ist es zweimal passiert. Ich appelliere an das Parlament, dass man hier die Konsequenzen zieht und einmal Nein stimmt, sodass man vielleicht in Zukunft auch daraus lernen und daraus Lehren ziehen darf.

Präsidentin: Danke, Thomas. Ich sehe keine Einzelvoten mehr. Franziska Teuscher hat für den Gemeinderat das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Es wurde gesagt: Die Einführung des Fallführungssystems Citysoftnet im Sozialamt und im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz beschäftigte die Stadtverwaltung und die städtische Politik in den letzten Monaten sehr intensiv. Ihr konntet dem Stadtratsvortrag entnehmen, was bei der Einführung nicht gut gelaufen ist, welche zahlreichen Herausforderungen in dem Sinn sowohl im Sozialamt als auch im EKS anstehen. Diese Situation ist insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser betroffenen Dienststellen sehr belastend. Der Gemeinderat bedauert, dass die Mitarbeitenden des EKS und des Sozialamtes hohen Belastungen ausgesetzt sind. Und ich möchte im Namen des Gemeinderates und sicher auch von Reto Nause, dem Vorsteher des EKS, wirklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die grosse Arbeit, die sie geleistet haben und die sie immer noch leisten, danken. Sie werden das auch in Zukunft machen. Sie sind sehr loyal der Stadt gegenüber und wir wissen, sie werden auch noch in Zukunft Geduld brauchen, denn der Weg ist noch holprig und bleibt auch noch steinig. Aber der Gemeinderat hat sich sofort mit diesen Problemen, die vor den Sommerferien aufgetaucht sind, beschäftigt. Für uns war es wichtig, unsere Leitlinie war: Weder die Mitarbeiterinnen noch die Klientinnen und Klienten sollen die schlechte Einführung ausbaden müssen. Deshalb war es uns wichtig, dass wir sofort die nötigen Massnahmen gesprochen haben, insbesondere das Geld zur Verfügung gestellt haben. Wenn jetzt hier drin gesagt wird, vom FDP- und vom SVP-Sprecher, man hätte schon viel früher reagieren sollen, man hätte ja gewusst, was man machen könnte, dann sage ich: Schön, wenn Ihr das wisst. Das ist super. Wir wissen es nicht. Der Gemeinderat weiss es nicht, der Verein Citysoftnet weiss es nicht genau. Darum haben wir ja, als wir gesehen haben, dass es jetzt nicht so läuft, wie wir uns das vorgestellt haben, sofort den externen Auftrag erteilt, der jetzt schaut, welche Fehler bei dieser Einführung passiert sind. Es weiss es niemand. Wir sind ratlos und deshalb jetzt schon zu sagen, man habe es gewusst – das ist schön für euch, wenn ihr das schon wisst. Aber alle Fachleute sehen das im Moment ein bisschen anders. Primär gab es Probleme bei der Performance. Und hier hat man sich schon darangemacht, wirklich sofort, dass man die verbessern konnte. Es gibt Fortschritte. Deshalb sind wir eigentlich davon überzeugt, dass wir mit diesen Massnahmen, die wir eingeführt haben,

eigentlich auch auf dem richtigen Weg sind. Auch wenn ihr vielleicht den Kredit jetzt ablehnt, so nehme ich doch euer Verständnis dem Gemeinderat gegenüber dafür, dass wir rasch reagieren und das Geld ausgeben mussten, sehr positiv zur Kenntnis, denn es war wirklich so. Weder wollten noch konnten wir warten, insbesondere wegen den Klientinnen und Klienten und auch den Mitarbeiter*innen dieser 2 Dienststellen. Ich kann nachvollziehen, dass es für den Stadtrat unbefriedigend war, und deshalb danke ich euch für die trotz aller Kritik doch wohlwollenden Worte, und hoffe auf Zustimmung zu diesem Kredit. Ja, trotz dieser bitteren Pille ist es mir ein grosses Anliegen und auch dem Gemeinderat, wirklich zu sagen, dass wir immer noch davon überzeugt sind, dass wir mit diesem Projekt auf dem richtigen Weg sind. Es muss noch weitergehen, aber wir sind überzeugt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Zur Kritik der GLP möchte ich sagen, dass ich diese natürlich zurückweise. Wir waren immer mit dem Kanton im Austausch. Der Kanton hat immer gewusst, dass wir uns vor etwa 10 Jahren mit den Städten Zürich und Basel verbunden haben, um das Projekt zu entwickeln. Hier hat volle Transparenz geherrscht. Wir hatten auch im letzten Herbst einen Austausch mit dem Kanton, wie wir weiter zusammenarbeiten wollen. Dieser Austausch findet weiterhin statt. Der Kanton musste sein Fallführungssystem ausschreiben. Der Verein Citysoftnet hat seine Statuten angepasst, sodass die Softwareentwicklerin, die Citysoftnet gemacht hat, sich am Ausschreibungsverfahren beteiligen konnte. Das hat sie auch gemacht, aber sie hat sich nachher zurückgezogen, wie offenbar auch andere Softwareentwickler, weil sie sagten, dass sie mit diesen Rahmenbedingungen nicht erfüllen könnten, was der Kanton will. Wir hätten nicht einfach so aussteigen können. Wir sind Verpflichtungen gegenüber dem Verein, gegenüber den anderen Städten eingegangen. Das hätte rechtliche Fragen aufgeworfen und auch finanzielle Konsequenzen gehabt. Wenn jetzt von Simone Machado gesagt wird, sie verstehe nicht, warum wir unser System gewechselt haben, dann kann ich auch das nicht nachvollziehen. Wenn wir auf KiSS geblieben wären oder jetzt wieder darauf umsteigen würden, würde das wegen des Datenschutzes nicht gehen. Der Datenschützer der Stadt Bern hat uns nur erlaubt, so lange mit unserem KiSS weiterzufahren, weil er gesagt hat: Okay, wenn ihr euch jetzt daran macht, ein neues Fallführungssystem zu entwickeln, dann bin ich bereit, noch nicht alles zu verlangen. Aber jetzt sind die Vorschriften klar. Das Datenschutzgesetz ist geändert worden. Wir haben das machen müssen. Und wenn gesagt wird, wir hätten besser mit dem Kanton schauen sollen, dann wären wir jetzt nicht dort, wo wir jetzt sind. Ich weiss nicht, wo wir wären, denn der Kanton hat noch kein System. Null. Nichts. Er ist jetzt dran zu entwickeln. Wir hätten KiSS abschalten müssen. Wo wären wir jetzt? Wir hätten einfach nichts und das ist in diesem Sinn unverantwortlich. Wir sind sehr gespannt, was für ein System der Kanton entwickeln wird und ob das dann auch alle unsere Bedürfnisse erfüllen kann, um unsere Anforderungen in der Sozialhilfe und im EKS erfüllen zu können. Das werden wir dann sehen. Wir werden es mit dem Kanton anschauen, wenn es so weit ist. Wie gesagt, der Gemeinderat ist immer noch davon überzeugt, dass sich die Investition gelohnt hat, dass wir jetzt auf dem richtigen Weg sind. Wir setzen alles daran, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser schwierigen Phase zu unterstützen und sind zuversichtlich, dass wir 2024, in diesem Jahr, wirklich das System haben, das funktioniert, denn auch Zürich und Basel wollen es beide 2024 einführen. Und jetzt sind alle Aufmerksamkeiten, alle Ressourcen, die man hat, auf Bern gerichtet, damit wir unsere Fehler, die wir hier im System drin haben, beheben können. Aber man muss auch sagen, bis Basel, die es als letzte Stadt einführt haben wird, wird es auch noch immer Anpassungen brauchen. Das ist halt so. Wenn man zusammenarbeitet, ist man voneinander abhängig. Auch über die Kritik, dass wir mit den falschen Städten zusammengearbeitet hätten, staune ich ein bisschen.

Die ist in den letzten 10 Jahren nie gekommen. Man hat eigentlich bei Base4kids gesagt, ein grosser Fehler sei gewesen, dass wir nicht mit anderen Städten zusammengearbeitet hätten. Jetzt haben wir es so nicht gemacht. Ich sage: Allen kann man es nie recht machen. Wir sind davon überzeugt, dass wir auch aufgrund dieser Untersuchung, die wir jetzt in Auftrag gegeben haben, für die Einführungsphase für die Stadt Bern wichtige Erkenntnisse gewinnen werden. Wir sind auf dem Weg in die Digitalisierung. Digitalisierung ist nie einfach, und wir wollen aus Fehlern lernen und weiterhin auf diesem Weg schreiten.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Franziska Teuscher. Wir sind schon bei der Abstimmung, und zwar stimmen wir über den Nachkredit ab.

Abstimmung Nr. 007

2017.BSS.000114

Annahme

Ja	53
Nein	6
Enthalten	9

Präsidentin: Ihr nehmt den Nachkredit an.

2022.FPI.000109

7 Jugendhaus Bern West Brünnenhof: Baurechtsvertrag mit der Stiftung B und Eventualkredit für die Mietkosten

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 7 "Jugendhaus Bern West Brünnenhof". Und ich erteile der Kommission das Wort. Für die Kommission spricht Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die RWSU: In dem vorliegenden Geschäft wird die interfraktionelle Motion "Ein Jugendtreff im Bauernhaus des Brünnenguts" aus dem Jahr 2018 erfüllt. Der Stadtrat hat mit dieser Motion vom Gemeinderat gefordert, die Situation für den Trägerverein für die offene Jugendarbeit (toj) der Stadt Bern im Westen Berns zu verbessern. Dort werden die Angebote nämlich rege genutzt. Der Gemeinderat muss die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die vorgeschlagene Baurechtslösung an der Brunnenstrasse 10, die auch schon beim Bienzgut erfolgreich umgesetzt wurde, gemeinsam mit der Stiftung B analog dem Bienzgut sowie der Band-Genossenschaft und der toj prüfen und – falls dieser Umsetzung etwas im Weg stehen würde – eine andere Lösung für den toi im Westen von Bern ausarbeiten. Von Immobilien Stadt Bern (ISB), Familie & Quartier Stadt Bern (FQSB) und von der Stiftung B ist anschliessend geprüft worden, ob das Bauernhaus an der Brünnenstrasse 10, also der Brünnenhof, inklusive Aussenraum im Baurecht an die Stiftung B übergeben werden soll. Vom toi soll der Jugendtreff betrieben werden in der Rolle als mietender Trägerverein. Zur Erfüllung dieser interfraktionellen Motion beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat folgendes: Die Liegenschaft Brünnenstrasse 10 soll im Baurecht an die Stiftung B abgegeben werden. Das würde 2024 zu einer ausserordentlichen Abschreibung von 365'201 Franken zu Lasten des Globalbudgets von ISB führen. Weiter wird die Bewilli-

gung einer wiederkehrenden Ausgabe von jährlich 71'364 Franken für Miete und Nebenkosten zu Lasten der Erfolgsrechnung von ISB beantragt. Gemietet werden die Räumlichkeiten von der bereits erwähnten Stiftung B. Drittens wird ein Eventualverpflichtungskredit für die Risikoabdeckung der Miete des toi über einen Zeitraum von 5 Jahren beantragt. In der Jugendraumstrategie des toi und des FQSB ist festgehalten, dass neben den klassischen Treffangeboten auch autonom nutzbare Räume sowie der Zugang zum öffentlichen Raum wichtige Leistungen der offenen Jugendarbeit sein müssen. Das ist kohärent mit dem Unicef-Aktionsplan "Kinderfreundliche Gemeinden". Insbesondere im Stadtteil 6 besteht grosser Nachholbedarf; das auch deshalb, weil frühere Treffs im Bethlehemacker und im Tscharnergut aufgehoben worden sind. Gemäss FIT wird die Stadt Bern die Liegenschaften nicht selber umbauen. Es ist vielmehr geplant, das Objekt im Baurecht an die Stiftung B abzugeben. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie der Werkgruppe aus dem Dezember 2020 weist die Machbarkeit für ein Jugendhaus aus. Die geplanten Investitionskosten liegen bei 2,99 Mio. Franken. Die Kostenpunkte dafür liegen unter anderem bei einem sanierungsbedürftigen Dach, bei den geplanten Photovoltaikanlagen und genügend Platz für die Küche des Park Cafés. Die bestehenden Räumlichkeiten für den aktuell laufenden Sportbetrieb, das Clubhaus, die öffentliche Toilettenanlage und die von Stadtgrün Bern genutzten Räumlichkeiten für Lagerung und Obstverarbeitung sollen erhalten bleiben, auch während der Bauarbeiten. Sie werden künftig direkt zurück gemietet entweder vom FC Bethlehem oder von der Stadt Bern. Weiter sind aktuell 2 Wohnungen aus dem Segment Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien (GüWR) sowie ein weiterer vermieteter Lagerraum im Gebäude. Die Mietverträge werden gekündigt und die Stadt wird den Mietenden der GüWR-Wohnungen so gut wie möglich Ersatzlösungen anbieten. Die Wohnungen werden auch wegfallen, weil sie nicht zonenkonform sind. In diesem Geschäft hat die Klimaverträglichkeit grosse Aufmerksamkeit erhalten. Die Ausschreibung erfolgt gemäss Anforderungen von Minergie Eco. Zu den bereits bestehenden Luftwasserwärmepumpen ist, wie bereits angetönt, auf der südlich exponierten Dachfläche eine grosse Photovoltaik-Anlage geplant. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf gesundes Bauen gelegt. Es geht dabei um Themen wie Baubiologie, Innenraumluft, Raumklima, Lärmschutz, Tageslicht und so weiter. Zudem wird die Umgebungsgestaltung mit dem Verein Natur Bern West geplant, bei dem diverse die Biodiversität fördernde Massnahmen zum Tragen kommen sollen. Die RWSU-Kommission hält das erarbeitete polyvalente Nutzungskonzept für ziemlich breit, ausgewogen und dem Zweck entsprechend auch den Forderungen dieser vorliegenden Motion gut anpasst. Es beinhaltet nicht nur Aufenthalts- und Treffangebote ohne Konsumzwang, sondern auch Beratungen und Unterstützung beispielsweise bei Bewerbungen. Die Nähe zu Sportnutzungen und zum Fussballclub sind ebenso sinnvoll. Es wird den Betreibenden sicher möglich sein, einige niederschwellige Angebote aufzunehmen. Im Juli 2022 ist der Baurechtsvertrag unterzeichnet worden, vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Behörden. Auf dieser Teilfläche von 1'352 m² räumt ISB der Stiftung B ein selbstständiges und dauerndes Baurecht ein, das bis 2082 gültig ist. Der Kaufpreis von 200'000 Franken zieht die eingangs erwähnte ausserplanmässige Abschreibung nach sich. Diese Liegenschaft befindet sich aktuell im Verwaltungsvermögen der Stadt Bern. Das Gebäude hat per 1. Januar 2023 einen Buchwert von insgesamt knapp 850'000 Franken und es soll der Stiftung B für wie gesagt 200'000 Franken verkauft werden. Das neue Baurecht wird einen Marktwert von 232'320 Franken haben. Zum Mietverhältnis: Der Brutto-Mietzins liegt bei gut 71'000 Franken pro Jahr, also knapp 6'000 Franken pro Monat. Er ist indexiert, und eine allfällige Erhöhung der Nebenkosten infolge steigender Energiepreise

ist nicht ausgeschlossen. Wie bereits ausgeführt, wird man auf den Eventualverpflichtungskredit zurückgreifen, falls der Leistungsvertrag mit dem toj nicht verlängert wird. In dem Fall wäre die jährliche Miete knapp 9'000 Franken höher. Die Baueingabe wäre gemäss vorliegendem Vortrag für das 4. Quartal 2023 geplant gewesen. Sie ist aber noch nicht erfolgt, da wir das Geschäft ja jetzt Anfang 2024 behandeln. In den Diskussionen der RWSU-Kommission wurde offengelegt, dass Mitglieder sowohl aus dem Gemeinderat als auch aus dem Stadtrat im Stiftungsrat der Stiftung B tätig sind. Die Stadt hat aber schon seit längerem mit diversen Projekten mit der Stiftung B als einer passenden Partnerin zusammengearbeitet. Und die vorliegende Motion stammt ja bereits aus dem Jahr 2018. In erster Linie wurde auch über diverse finanzielle Aspekte diskutiert. Es entlastet zwar sicher die Investitionsrechnung der Stadt Bern, eine Liegenschaft im Baurecht abzugeben. Selbstverständlich ist aber der Kaufpreis von 200'000 bei einem entsprechend sehr viel höheren Buchwert in der Kommission kritisch diskutiert worden. Es ist eine Verhandlungslösung zusammen mit dem recht tiefen Baurechtszins und der Miete für die zurück zu mietenden Räumlichkeiten. Die Lösung ist einerseits von den Partnerinnen als gutes Verhandlungsergebnis angeschaut worden. Es wurde auch offengelegt, dass sich ein höherer Kaufpreis direkt auf eine bedeutend höhere Miete auswirken würde. Zu den Mietkosten: Diese würden kumulativ anfallen, wie bereits angetönt, falls sich der toj nicht einmieten würde respektive falls die Stadt den Leistungsvertrag mit dem toj nicht verlängern würde. Das ist die Sicherheitsmassnahme in der entsprechend vorliegenden Eventualverpflichtung. Der Baurechtszins basiert auf dem Index von 2021, weil zu dem Zeitpunkt der Vertrag verhandelt worden ist. Auch das wurde in der Kommission diskutiert. Auch die ausserplanmässige Abschreibung ist diskutiert worden. Gemäss der juristischen Abteilung der Finanzverwaltung ist dieses Vorgehen korrekt und rechtskonform. Diese Diskussionen balancierten entsprechend zwischen diesen finanziellen Aspekten und der politischen Forderung zur Erfüllung der vorliegenden Motion. Und zur Erfüllung dieser interfraktionellen Motion gehört es, auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Entsprechend wurden alle 3 Anträge schlussendlich in der RWSU-Kommission grossmehrheitlich angenommen.

Präsidentin: Danke, Judith. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Janosch Weyermann für die SVP.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Grundsätzlich gibt es nichts dagegen einzuwenden, dass die Stadt Grundstücke oder Liegenschaften im Baurecht abgibt. Hier geht es aber um weit mehr als einfach um einen Baurechtsvertrag. Ihr habt es vorhin gehört. Es geht um den Verkauf einer Liegenschaft, die einmal nicht im Fonds ist, sondern im Verwaltungsvermögen. Die Liegenschaft steht mit 850'000 Franken in den Büchern, also einem entsprechenden Wert. Der amtliche Wert ist nicht bekannt. Ich weiss ihn bis jetzt noch nicht. Und diese Liegenschaft will man nun für 200'000 Franken einer Stiftung abgeben, in der eine Gemeinderätin im Stiftungsrat sitzt, und ein Stadtrat, der nachher wahrscheinlich noch etwas sagen wird, auch im Stiftungsrat sitzt. Das finde ich ein bisschen fragwürdig. Ich habe erwartet, dass man in den Ausstand tritt. Aber das ist etwas anderes. Es riecht für mich so ein bisschen nach "Söihä-feli-Söideckeli" (Kuhhandel). Wenn ich sehe, dass man eine Liegenschaft von 805'000 Franken, die im Verwaltungsvermögen ist, also den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gehört, einfach so verschenkt und nachher schreibt man auch noch ausserordentlich ab. Wenn schreibt man ausserordentlich ab? Wenn ein Haus abbrennt. Das ist hier nicht der Fall. Es wird einfach wirklich verscherbelt, verschenkt und es ist schade,

dass man hier nicht an die Schwelle kommt, um ein Referendum zu ergreifen. Denn das wäre wirklich nötig. Die Stadt hat hier wieder einmal kein Mass. Sie biegt sich einfach hier irgendwie mit ihren Stiftungen und den Verbandlungen, die sie hat, einfach irgendwie alles ein bisschen zurecht und hofft, dass es niemand merkt. Aber es ist wirklich völlig kurios, dass man einer Stiftung –, ich sage nichts gegen die Stiftung B, denn die Stiftung B macht viel für den Westen von Bern, gar keine Frage, auch das toj macht viel. Man muss es sich einmal vorstellen: Die Stadt hat eine Liegenschaft. Sie nutzt sie zum Teil selbst. Sie verschenkt diese Liegenschaft jemandem. Und nachher mieten Dritte diese Liegenschaft und die Stadt zahlt diesen Dritten nachher die Miete für die Liegenschaft, die sie vorher besessen hat. Die Stadt zahlt für die eigene Liegenschaft, die sie vorher besessen hat, auch noch Miete. Wenn man das in der Privatwirtschaft machen wird, die würden mich wahrscheinlich bevormunden, enteignen oder zum Psychiater schicken. Das ist doch nicht normal und das geht wirklich in Richtung Begünstigung. Das ist Misswirtschaft bis zur Begünstigung und ich kann es nicht anders sagen. Es ist wirklich eine Katastrophe und es ist noch witzig, denn ich weiss nicht, ob sich die Stiftung B – ich habe gesehen, dass sie nicht im Register der steuerbefreiten Institutionen ist, überlegt hat, dass sie auf der Differenz zwischen dem amtlichen Wert und dem Kaufpreis vielleicht Schenkungssteuern zahlen muss. Denn die Steuerverwaltung macht diese Berechnungen. Wenn die Liegenschaft teurer ist als der amtliche Wert, zahlt ihr Liegenschaftsgewinnsteuer und umgekehrt zahlt ihr Schenkungssteuer. Und die Stiftung B ist nicht eine steuerbefreite Institution. Darum weiss ich nicht, ob die Stiftung sich überlegt hat, dass dann vielleicht 40% Schenkungssteuern auf sie zukommen. Und dann sieht die Sache ganz anders aus. Für die Stadt ist das natürlich gleich. Sie zahlt keine Schenkungssteuer. Sie ist die, die es schenkt und nicht die, die beschenkt wird. Dort hätte ich schon noch gewisse offene Fragen. Alex wird noch etwas sagen zu den Anträgen und ein bisschen ausputzen.

Präsidentin: Danke, Janosch. Er teilt das Votum mit Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke meinem Vorredner, ich habe einfach zuerst eine Frage. Der Finanzdirektor kann sie vielleicht beantworten. Für mich ist erstens die Frage die, die wir gerade gehört haben. Wie ist das steuerrechtlich? Hat das Steuerfolgen? Kann die Stiftung B das zahlen? Zweitens wurde uns gesagt, dass es rechtlich völlig unbedenklich sei, dass es vom Rechtsdienst abgeklärt wurde. Ich habe nach wie vor gewaltige Vorbehalte, denn für mich ist doch auch wichtig, wie hoch der amtliche Wert ist, wie hoch der Verkehrswert. Für mich ist das eine gemischte Schenkung. Und dazu sollte doch der Stadtrat mindestens wissen, wie sind die Verhältnisse, ist der Baurechtssinn, einigermassen in einem Verhältnis oder ist er es eben nicht. Und wenn wir die Zahlen nicht haben, machen wir wieder einmal einen Blindflug und verscherbeln einmal mehr Steuervermögen, Steuersubstrat, Verwaltungsvermögen. Und das geht nicht. Darum haben wir Rückweisungsanträge gestellt. Ich habe den ersten noch präzisiert. Der erste lautet, die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, vorgängig abzuklären, wie hoch der amtliche Wert und der Verkehrswert des Objekts Brünnenhof 10 sind, und ob das Vorgehen der Stadt rechtlich zulässig sei. Sie sehen das. Wir sind der Meinung, das sei eine gemischte Schenkung. Sie haben vorhin gehört: 200'000. Die Baurechnung ist etwas niedriger. Aber ich habe gewaltige Vorbehalte. Wenn der amtliche Wert noch höher ist, haben wir gewisse Bestimmungen. Bei einer Versteigerung ist es etwas anderes, wenn sich niemand dafür interessiert, ist es etwas anderes, oder wenn sich bei einer Ausschreibung niemand interessiert hat. Aber wir haben ja gar keine Ausschreibung gemacht. Wir können das ja

gar nicht wissen. Darum haben wir einen Rückweisungsantrag Nummer 2, mit dem wir wollen, dass wir eine öffentliche Ausschreibung mit dem gleichen Zweck machen. Wir wollen es nicht einem Privaten geben, der dann dort eine Garage macht oder irgendwie ein Altersheim oder was immer. Nein, genau mit dem gleichen Zweck sollte man die Ausschreibung durchführen. Dann hat man Vergleichszahlen. Und dann habe ich noch das andere. Es gibt ja jetzt keine Eventualanträge mehr, wie ich mich habe belehren lassen müssen. Ihr seht, ich bin noch ein bisschen nach altem Ordonnanzgeschäftsreglement. Das wäre nicht ein Eventualantrag zum Rückweisungsantrag. Das wäre einfach ein Rückweisungsantrag Nummer 3. Und diesen würde ich, wenn ihr Nummer 2 zustimmen würdet, natürlich dann zurückziehen. Dann hätten wir eine Abstimmung weniger. Und damit verlange ich einfach, dass man abklärt, was die Konsequenzen sind, und die Gründe, die für oder gegen eine öffentliche Ausschreibung sprechen, detailliert offenlegt und den Kreis der interessierten Organisationen aufzeigt. Wie Janosch vorher richtigerweise gesagt hat, kann man eben hier über ein Verwaltungsvermögen nicht einfach so verfügen. Und hier mit dem Rückweisungsantrag habt ihr die Möglichkeit, dass eben der Gemeinderat noch einmal über die Bücher gehen kann, dass man hier nicht einen juristisch anfechtbaren Fall konstruiert. Es gäbe auch eine Möglichkeit – ich habe immer gesagt, ich sei konstruktiv –, dass der Gemeinderat heute sagt, er ziehe das Geschäft zurück und schaue sich das selbst noch einmal an. Dann würden wir hier die Debatte abrechnen. Und wenn die Abklärungen vorliegen und die Fragen beantwortet sind, kann man darüber abstimmen. Aber es ist eine so eine komplexe Vorlage, bei der ich der Meinung bin, dass man da keine Fehler machen darf. Der Vorstoss ist aus 2018, danach ist eine Weile nicht viel passiert. Ich sage immer, es ist einfacher, juristisch etwas Sauberes zu machen, statt etwas, das dann plötzlich noch einen Rechtshandel provoziert, weil es umstritten ist. Deshalb: Ihr seht, unsere Anträge sind begründet, sind wohlüberlegt. Sie wollen die Institution in gar keiner Weise behelligen oder so. Sie dienen vielmehr auch ihrer Rechtssicherheit und verhindern, dass wir etwas machen, das dann später juristisch anfechtbar ist. Und hier verlange ich eine Auskunft. Es ist Zeit dafür. Und wie gesagt, ich bin immer bereit, eine Brücke zu bauen. Es wäre eine elegante Brücke, indem man das Geschäft heute absetzen, die Abklärungen machen und nachher noch einmal schauen würde. Wir waren mit unseren Anträgen zeitlich ein bisschen knapp. Dafür entschuldige ich mich. Aber, als wir die Geschäfte angeschaut haben, hatten wir das Gefühl, wir müssten das auf das Tapet bringen. Ich danke euch für das Verständnis. Es sind also juristische Einwände, die wir machen. Ihr habt gesehen, ich habe kein Wort für oder gegen die Stiftung B gesagt. Das ist eine gute Sache, aber es muss auch in ihrem Interesse juristisch korrekt sein, sonst hilft ihr niemandem.

Präsidentin: Danke, Alex. Das Wort hat Katharina Gallizzi von der GB/JA!-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Ja geschätzte Anwesende, weil jetzt Alex gerade so lang und breit über seine Anträge gesprochen hat, fange ich jetzt auch mit diesen Anträgen an. Es ist wahnsinnig interessant, dass die SVP diese Anträge erst gerade vor der Stadtratssitzung verschickt und sagt, wir müssten einen Rückweiser machen, weil wir nicht wüssten, was der amtliche Wert des Gebäudes ist. Ich bin vorher schnell zu Michael gegangen und habe ihn gefragt, wie hoch der ist. Er hat seine Unterlagen gezückt und gesagt, es seien 1,5 Mio. Franken. Also ich sehe nicht ganz ein, wieso man einen Rückweisungsantrag machen muss. Fragt doch einfach die Verwaltung. Zum Zweiten ist auch sehr interessant, dass diese Motion von 2016 von sämtlichen Fraktionen des Stadtrates eingereicht wurde, inklusive alt Stadtrat Roland Jakob.

Dort drin steht, man soll das genauso machen, wie man es jetzt macht. Wieso die SVP auf einmal findet, nein, das gehe nicht, ist mir auch nicht ganz klar. Also wir werden die Rückweisungsanträge ablehnen, aber jetzt noch zum eigentlichen Geschäft. Wie gesagt: Am 1. September 2016 ist die Motion eingereicht worden und jetzt siebeneinhalb Jahre später wird sie endlich umgesetzt. Im Stadtteil 6 leben im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung am zweitmeisten Jugendliche und Kinder, nur gerade im Kreis 4 sind es noch mehr. Das Angebot für diese Bevölkerungsgruppe kann aber die Nachfrage bei weitem nicht decken, vor allem auch, und das haben wir vorher von der Kommissionsprecherin schon gehört, weil gewisse beliebte Standorte wegen Platzproblemen oder auch Konflikten mit der Nachbarschaft geschlossen werden mussten. Ein Jugendtreff bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre eigenen Ideen zu verwirklichen, ihre Kreativität auszuleben, einmal unabhängig von der Familie oder der Schule ein Teil einer Gemeinschaft zu sein, soziale Kontakte zu knüpfen oder auch einfach einmal ohne Verpflichtungen und Konsumzwang die Freizeit zu geniessen. Jugendräume können deshalb eine enorme Bereicherung für Jugendliche sein, wie wir in diesem Rat schon ein paar Mal gehört haben, zum Beispiel bei der Beratung der Leistungsverträge für den toj oder auch für den Gaskessel. Das Brännengut ist optimal für die Einrichtung eines solchen Jugendtreffs im Westen geeignet. Es liegt zentral zwischen den Quartieren Brünen, Bethlehem und Bümpliz und ist von überall her gut erreichbar. Und da es im Brünenpark liegt, hat es auch keine direkten Nachbarn, die sich über den Lärm beklagen könnten. Und die Jugendlichen müssen auch nicht immer irgendwie das Gefühl haben, sie würden von allen Seiten beobachtet, denn es ist ein bisschen ein geschützter Ort. Zudem gibt es im Sommer auch die Möglichkeit, sich im Park aufzuhalten, was natürlich die Attraktivität des Orts zusätzlich steigert. Die geplante Umsetzung mit der Baurechtsvergabe an die Stiftung B ist aus unserer Sicht ebenfalls zu begrüssen. Die Stiftung B setzt sich seit Jahren sehr erfolgreich für die Kultur und das Zusammenleben im Stadtteil 6 ein. Im Biengut hat sich die Stiftung B als Baurechtsnehmerin zum Beispiel etabliert und dort ein lebendiges und vielfältiges Quartierzentrum entwickelt. Es gibt das Modi*hus, die BrauBar, das Ofenhaus, den Obstgarten mit alten Bäumen und den Hühnern, einen Spielplatz, ein Kinderatelier, eine Bibliothek und so weiter. Das gibt einen Begegnungsort und einen Treff für das Quartier, der diesem auch eine Identität gibt. Der Stiftung B gelingt es extrem gut, die unterschiedlichen Nutzungen zu verbinden und zu einem Ganzen zu werden. Das sieht man zum Beispiel immer im jährlich stattfindenden Biengutfest, das von Jung und Alt sehr gut besucht wird. Zudem betreibt die Stiftung B auch jetzt schon die Parkanlage Brännengut und ist mit allen Akteuren rund um das Bauernhaus gut vernetzt. Aus unserer Sicht ist die Stiftung B prädestiniert, das Bauernhaus zu übernehmen und die Parkanlage und das Brännengut mit der Parkanlage und das Bauernhaus zu einem lebendigen Treffpunkt für Jugendliche, aber auch andere Bewohnende aus dem Quartier zu machen. Natürlich freut es uns auch sehr, dass eine Photovoltaik-Anlage geplant ist auf dem Gebäude. Wir sagen ja schon immer, dass es auf jedem städtischen Gebäude eine Anlage braucht. Jetzt ist es dann zwar nicht mehr städtisch, sondern gehört der Stiftung B. Aber die Photovoltaik-Anlage finden wir trotzdem gut. Auch, dass die Umgebung vom sehr aktiven Verein Natur Bern West gestaltet werden wird und so neu ökologische Aufwertung erfährt, finden wir natürlich gut. Ihr habt es gehört. Wir finden es eine gute Sache und werden dem Geschäft entsprechend zustimmen.

Präsidentin: Danke, Katharina. Das Wort hat Szabolcs Mihalyi von der SP/JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Seit rund 10 Jahren ist ein Jugendhaus an dieser Stelle im Brünnehof ein Thema bei uns im Westen. Aber, dass die Einrichtungen für die Jugend realisiert werden, wenn die Zielgruppe der ursprünglichen Jugendlichen schon mitten in den ihren 20er-Jahren sind und mitten im Leben stehen, ist in dieser Stadt ja die Regel. Man hat das auch gesehen bei den über 10 Jahren Wartezeit für das Stellwerk, wo wir letzte Woche gefeiert haben. Es wäre schön, würde die Wartezeit nicht noch länger werden. Der Standort für den neuen Jugendtreff in Brünnen ist ideal. Meine Vorrednerin hat es schon gesagt. Es gibt keine Wohnungen in unmittelbarer Nachbarschaft, sondern mit angemessenem Abstand. 2 frühere Treffs im Bethlehema-cker und Tscharnergut mussten genau deswegen geschlossen werden. Das aktuelle Provisorium in Bümpliz, das Jugendhaus G23 steht auch neben einem Wohnblock und ist entsprechend unter Druck. Das Jugendzentrum am richtigen Platz fehlt somit kläglich in Bümpliz-Bethlehem. Dass eine seit Jahrzehnten im Quartier bestens verankerte und vernetzte Organisation wie die Stiftung B diese Einrichtung ermöglicht, ist ein riesiger Glücksfall. Und es ist die Stiftung B, die die Sanierung übernimmt. Ausserdem ist das alte Bauernhaus stark sanierungsbedürftig, behält aber dank den Planungen der Stiftung seinen urtümlichen Charakter. Das Nutzungskonzept ermöglicht nebst den Jugendeinrichtungen auch weitere wichtige Infrastrukturen für das Quartier und seine Bevölkerung, sei es für kulturelle Veranstaltungen auf der Heubühne des Bauernhauses oder mit einem Quartiercafé; eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Brünnenpark, der sich wirklich grosser Beliebtheit erfreut bei Hobby-Sportlern, Spaziergängern und jungen Menschen. Es geht um gemeinschaftliches Zusammenleben hier, nicht um Marktwerte. Ein ähnliches Konzept besteht wie erwähnt schon in einem anderen Bauernhaus im Stadtteil 6 seit Jahrzehnten, nämlich im Bienzgut im Dorfzentrum von Bümpliz. Diese Erfolgsgeschichte sollten wir hier wiederholen. Ein gut durchmischtes, jugendliches, gerade auch bei Familien mit tiefem Einkommen, aber nicht nur, beliebtes Quartier, schafft sich hier quasi sein eigenes Jugendhaus in einem alten Bauernhaus. Was will man mehr? Wie könnte man in unserer Stadt so etwas nicht unterstützen? Und im Vergleich zu den Ausgaben, wo wir für die Schwimmenden oder Hockey spielenden oder Fussball spielenden Jugendlichen ausgeben in den vergangenen und in den kommenden Jahren in unserer Stadt, beispielsweise bei der millionenteuren Renovation der Ka-We-De ist auch die Finanzierung ein wahres Schnäppchen. Und das Angebot ist für die Jugendlichen auch noch gratis und frei von Konsumzwang. Die Stiftung B, breit verankert als Quartierorganisation, und die Stadt arbeiten gemeinsam an einem Ort für die Stadtbevölkerung, einem Treffpunkt für alle und einem Ort zum Verweilen. In diesem Sinn unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die Vorlage und lehnt natürlich die Rückweisungsanträge ab.

Präsidentin: Danke, Szabolcs. Das Wort hat Milena Daphinoff von der Mitte-Fraktion.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte begrüsst, dass im Bauernhaus des Brünneguts ein Jugendtreff realisiert wird. Der Standort ist nicht bestritten und die Nutzung ist nicht bestritten. Der Westen als gesellschaftlicher Brennpunkt: Gerade im Westen ist die Stadt Bern auf verstärkte Integrationsprogramme angewiesen, notabene bei den Jugendlichen. Das ist bei uns nicht bestritten. Uns ist auch wichtig, dass alle bestehenden Räumlichkeiten für den Sportbetrieb des Clubhauses FCB, die öffentliche Toilettenanlage, der von Stadtgrün genutzten Räumlichkeiten etc. erhalten bleiben. Soweit also eigentlich alles gut. Jetzt kommen wir zum Punkt, mit dem wir, und damit sind wir ja nicht die einzigen, wie wir heute Abend gehört haben, Mühe haben, und das ist jener, dass erneut die Stiftung B zum Zug kommt. Die Abgabe der Liegenschaft im

Baurecht an die Stiftung B, nachdem die Stiftung B schon 2 Liegenschaften betreibt, nämlich das Biezgut und das Projekt Glockenstrasse, das man erst gerade im letzten Jahr gesprochen hat. Dem Stadtrat wird hier eine fixfertige Abmachung vorgelegt, wonach der SP-Gemeinderat Aebersold eigentlich die dritte kostengünstige Immobilie der Stiftung B zuspült, notabene einer Stiftung mit Stiftungsräten, die im Gemeinderat und Stadtrat sitzen. Namentlich möchte ich sie nicht erwähnen, aber das kann ja jeder selber nachschauen. Die Stiftung B wiederum vermietet die Räume an den toj. toj ist ein Trägerverein mit städtischem Leistungsvertrag, wie wir schon vorhin gehört haben, und – Überraschung – einem SP-Stadtrat als Präsident. Da drängt sich halt schon das "Söihäfelis-Söideckeli" auf. Was beabsichtigt die Stadt Bern hier? Es drängt sich fast ein bisschen die Frage auf, ob die Stiftung eine Art Immobilienplayer von Bern West werden soll, so eine Art Bürgergemeinde vom Westen. Und bevor jetzt wieder alle schreien: Oh, wir wollen die Immobilie einfach nicht auf dem freien Markt sehen. Nein, die Mitte setzt sich hier nicht für Spekulation ein. Die Mitte unterstützt den Nutzungszweck des Brunnenguts, aber wir hätten uns einfach eine transparente Vergabe zu marktorientierten Konditionen gewünscht. In dem Sinne werden wir die 2 Anträge heute Abend unterstützen und trotz allem – weil wir für die Nutzung sind, weil wir das übergeordnete Ziel, nämlich die Realisierung vom Jugendtreff höher gewichten – dem Geschäft heute Abend zähneknirschend wahrscheinlich auch zustimmen.

Präsidentin: Danke, Milena. Dann kommt Simone Richner von der FDP/JF-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Im Namen der FDP/JF-Fraktion möchte ich zuerst ausdrücklich die Bedeutung der Jugendarbeit im Westen Berns hervorheben. Wir sind uns der Wichtigkeit solcher Projekte für die Entwicklung unserer Jugend und somit für die Stärkung unserer Gemeinschaft absolut bewusst. Gerade im Westen unserer Stadt, wo die Herausforderungen vielfältig und die Bedürfnisse gross sind, spielt die Jugendarbeit eine zentrale Rolle. Sie bietet jungen Menschen Orientierung, Unterstützung und die Chance, ihr Potenzial entfalten zu können. Daher betrachtet auch die FDP/JF-Fraktion solche Projekte als essenziell und grundsätzlich unterstützungswürdig. Trotz unserer Überzeugung, dass das Projekt Jugendhaus Bern West Brunnenhof in seinem Kern eine wertvolle und wichtige Initiative darstellt, müssen wir als Stadtrat unsere Verantwortung als Hüter der öffentlichen Gelder ernstnehmen. Angesichts der angespannten finanziellen Lage der Stadt Bern ist es entscheidend, dass wir die uns anvertrauten Mittel im besten Interesse unserer Einwohner*innen einsetzen und damit sorgsam und überlegt vorgehen. Es ist inakzeptabel, dass bei einem Projekt in dieser Grössenordnung und Bedeutung ein transparentes Wettbewerbsverfahren offenbar nicht angewendet wurde, um zu eruieren, ob es andere Interessenten gäbe. Wir werden es nie erfahren. Stattdessen haben wir fast das Gefühl, dass die Stiftung B von vornherein ausgewählt wurde; eine Institution, die eng mit dem Gemeinderat verbunden ist. Das wirft die ernsthafte Frage hinsichtlich der Fairness und der Chancengleichheit auf und steht im Widerspruch zu unseren Grundsätzen von Transparenz und Gerechtigkeit. Und fast noch mehr stört mich jetzt daran, dass die Stiftung B allfällige Konsequenzen tragen muss, die der Gemeinderat eigentlich verbochen hat. Grundsätzlich haben wir aber vor allem ernsthafte Bedenken bezüglich der finanziellen Umsetzung dieses Projekts. Insbesondere stört uns der Verkaufspreis der Liegenschaft von 200'000 Franken, der weit unter dem Buchwert von 850'000 Franken liegt, sowie wie ein Baurechtszins von lediglich 8 Franken pro m². Und noch schnell zu dieser neuen Information von 1,5 Mio. Franken Verkehrswert: Wenn man jetzt das schnell rechnet und auch wenn

man es sehr zurückhaltend rechnet, heisst das, dass der amtliche Wert 1,5 Mio. Franken und der Verkehrswert, auch etwas zurückhaltend gerechnet, bei mindestens 2,1 Mio. Franken liegt. Also haltet euch fest, wir schenken der Stiftung B 2 Mio. Franken. Das ruft grosse Fragen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und dem sorgsamem Umgang mit öffentlichen Geldern auf. Mit anderen Worten, die vorliegenden finanziellen Konditionen scheinen uns absolut nicht im besten Interesse der Einwohner*innen der Stadt Bern ausgehandelt worden zu sein. Und von dem hineingequetschten Eventualkredits für den Leistungsträgerverein toj wollen wir gar nicht reden. Auch dieser gibt diesem Geschäft einen sehr faden Beigeschmack. Aus diesem Grund sehen wir uns gezwungen, gegen das Projekt in seiner aktuellen Form zu stimmen. Wir werden die Rückweisungsanträge der SVP annehmen. Mir persönlich ist es aber wichtig, nochmals zu betonen, dass wir als FDP/JF fest hinter der Unterstützung der Jugendarbeit stehen, jedoch gleichzeitig Fairness, Transparenz und die Übernahme von finanzieller Verantwortung bei der Vorbereitung solcher Projekte wollen. An dieser Stelle möchte ich es aber nicht unterlassen, Jaelle Eidam und ihrem Team der Stiftung B und auch dem Trägerverein toj merci zu sagen für ihre wertvolle Arbeit für unsere Jugend in der Stadt Bern.

Präsidentin: Marcel Wüthrich von der GFL/EVP-Fraktion hat das Wort.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Der Finanzdirektor hat sich mit dem Bauvertragsvertrag eine gute Situation erarbeiten können. Nämlich: Er kann sich die Hände reiben, dass die Investitionsrechnung nicht belastet wird. Die Stadt kann auf diesem Weg sparen, aber es ist doch eine gewisse Ironie dieses Konstrukts, das schon Janosch Weyermann beschrieben hat, nämlich, wenn sie die Renovationskosten an Private auslagern kann. Und was wir uns in der GFL/EVP-Fraktion jetzt auch fragen, ist: Stimmt dann am Schluss auch die Qualität des Hauses, das dann gebaut wird? Und gerade auch vor diesem Hintergrund haben wir den Eindruck, dass der Abschreiber, den die Stadt jetzt eingeht, wirklich sehr grosszügig und ein stolzer Betrag ist. Zu den Rückweisungsanträgen der SVP: Ich möchte festhalten, dass es sehr schade ist, dass sie so spät eingereicht wurden. Zum jetzigen Zeitpunkt halten wir sie darum auch für ein zu scharfes Instrument. Aber wir haben auch den Eindruck, dass die Fragen, die gestellt werden, inhaltlich eine grosse, schöne Diskussion wert gewesen wären und diese auch in der vorberatenden Kommission bereits hätten gestellt werden können, wobei sie auch gestellt wurden. Ein übergeordnetes Interesse für uns ist allerdings die Unterstützung der Jugendarbeit, gerade auch im Westen von Bern, und wir werden deshalb dem Geschäft als Ganzes, allerdings mit Unbehagen, zustimmen.

Präsidentin: Danke, Marcel. Dann kommt Janina Eberhard von der GLP/JGLP-Fraktion.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Ich habe eigentlich nichts sagen wollen und komme jetzt ziemlich spontan, weil wir in der Fraktion eigentlich zuerst eine durchaus positive Haltung dieser Geschichte und diesem Geschäft gegenüber hatten. Auch wir finden natürlich die Jugendarbeit äusserst wichtig und erachten auch ein Angebot in diesem Perimeter als durchaus sinnvoll. Vor allem aber nach dem Votum von Janosch und auch der FDP sind wir doch zum Schluss gekommen, dass dieser Deal einfach zu schlecht ist für die Stadt Bern. Und wir werden uns deshalb enthalten. Einige von uns werden auch ablehnen.

Präsidentin: Danke, Janina. Dann sind wir jetzt bei den Einzelvoten. Alexander Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Zuerst möchte ich meinen Vorrednerinnen danken, die uns hier unterstützen. Ich möchte auch dem Team danken. Es ist gar nicht so, dass wir etwas gegen die Jugendarbeit hätten. Aber wie es hier aufgegleist ist – wir haben euch jetzt 2, 3 Punkte gesagt und jetzt wird alles noch viel schlimmer als wir es vorbereitet haben –, bin ich an der Meinung, dass das für alle Beteiligten ein Kühlewil 2 wird, in das wir hineinlaufen, weil wir hier gewisse Parameter nicht abgeklärt haben. Ich appelliere nochmals nachdrücklich im Sinne der Jugendarbeit an den Finanzdirektor, dass er das Geschäft zurücknimmt, einer Verschiebung zustimmt, sodass man das abklären kann. Sonst müssen wir unsere Rückweisungsanträge stellen. Wir haben jetzt sogar noch einen weiteren, den wir uns veranlasst sehen, neu zu bringen. Und jetzt möchte ich zuerst noch Katharina Gallizzi danken, die abgeklärt hat, wie hoch der amtliche Wert ist, weil der amtliche Wert eben nicht der Verkehrswert ist. Dazu gibt es ja manchmal verschiedene Gutachten, wobei der eine Gutachter sagt, es seien 900'000, und der andere sagt, es seien nur 650'000. Aber der amtliche Wert ist der Steuerwert. Und jetzt wissen wir, dass der 1,5 Mio. Franken ist. Und jetzt erstaunt mich natürlich schon etwas, dass, wenn der amtlichen Wert 1,5 Mio. Franken ist, die Stadt nur 800'000 als Buchwert ausweist. Ich bin nicht Finanzexperte, aber da bin ich schon jetzt relativ überrascht und dann geht man vom Buchwert aus und macht nachher ein Baurecht. Wir haben quasi eine gemischte Schenkung. Wir reden von 1,5 Mio. Franken amtlichem Wert und jetzt das Baurecht: 200'000 Franken. Das ist eine dermassen grosse Differenz, die für mir so nicht geht. Und ich bin wirklich froh, dass jetzt die Abklärung erfolgt ist. Ich habe zuerst den Antrag gestellt in der Hoffnung, dass man es so macht, aber jetzt müssen wir noch einen weiteren Antrag stellen, den Rückweisungsantrag Nummer 3. Es tut mir leid, dass wir so spät damit kommen. Aber als wir das Geschäft vorbereitet haben, und dann sah man in der Fraktionssitzung die weiteren Fragen, die zusätzlich noch kamen, haben wir entschlossen, dass wir die Sache noch anschauen müssen. Und im Gegensatz zum anderen Geschäft, bei dem ich keinen Rückweisungsantrag gestellt habe, weil es juristisch der falsche Weg gewesen wäre, bin ich hier doch der Meinung, dass noch der Rückweisungsantrag 3 gestellt werden muss. Darin haben wir nämlich gesagt, die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, für das Objekt eine öffentliche Ausschreibung für interessierte Institutionen mit gleichem Zweck, auch die Jugendarbeit, zu machen; ausgehend von einem Verkehrswert des Objekts von 1,5 Mio. Franken. Und das ist wichtig. Denn ihr könnt, wenn ihr nachher niemanden habt, der sich interessiert, den Verkauf oder den Vertrag abschliessen. Aber ihr müsst doch zuerst allen Institutionen die Gelegenheit geben. Ich bin ja der Meinung, ihr macht hier etwas gewaltig falsch, wenn ihr das nicht macht. Und wegen dieser heiklen Ausgangslage appelliere ich noch einmal: Ich sage es noch einmal, ich habe nichts gegen die Jugendarbeit, aber wenn wir juristisch solch dünnes Eis haben, dann kann man doch hier nicht so vorgehen. Da bin ich der Meinung, man sollte das Gesicht wahren. Zieht das Geschäft zurück, schaut euch die Sache noch einmal an, dann müssen wir über die Rückweisungsanträge nicht abstimmen, sonst habe ich die Meinung, dass hier Sachen, die offen sind, erhebliche Risiken bergen. Ich habe es gesagt: Nichts gegen die Jugend, aber man muss erst abklären, sonst haben wir nachher ein juristisches Debakel, das viel komplizierter ist. Dann haben wir Rechtshändel, statt dass die Jugendlichen dort sein können, und alles ist jahrelang blockiert.

Präsidentin: Alex, kannst du rasch wegen des Antrags nach vorne kommen? Danke. Dann hat das Wort Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP), Einzelvotum: Man merkt, es ist ein Wahljahr. Das vorneweg. Als Stiftungsrat der Stiftung B werde ich bei der folgenden Abstimmung in den Ausstand treten. Erlaubt mir trotzdem, ein paar Worte zu dieser Stiftung zu verlieren. Denn sie will das Bauernhaus im Baurecht erwerben. Die Stiftung B soll laut ihren Statuten die Identität der Bewohnerschaft im Stadtteil 6 in kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht fördern. Wie macht sie das jetzt? In der Stiftungsurkunde von 1994 wird dazu festgehalten, dass dafür die Absicht besteht, von der Einwohnergemeinde Bern Gebäude zu erwerben, einen Baurechtsvertrag abzuschliessen und die Gebäude dann zu sanieren oder umzubauen. In ihrer dreissigjährigen Geschichte hat die Stiftung B bewiesen, dass sie mit dieser Strategie gut gefahren ist. Das Vorzeigebispiel stellt das Biengut dar, das unter anderem eine Bibliothek für Jung und Alt sowie das Ortsarchiv beheimatet. Ausserdem gibt es grüne Aussenräume zum Flanieren oder viel Platz für spielende Kinder und noch viele Angebote mehr, organisiert und unterhalten von der Quartierbevölkerung. Das Biengut ist ein Identitätsort in Bümpliz, der nicht weggedacht werden kann. Wie viele haben wohl in diesem Saal schon auf der Heubühne des Bienguts ihre Feste gefeiert oder in der BrauBar mit einem Bier angestossen? Das erfolgreiche Konzept des Bienguts soll jetzt auch im Brünnenhof angewendet werden. Das macht umso mehr Sinn, wenn man berücksichtigt, dass die Stiftung B von der Stadt den Auftrag bekommen hat, für den Aufbau von sozialen Strukturen im Brünnenpark zu sorgen. In der Park-Kommission unter der Leitung der Stiftung vernetzen sich etliche Quartierorganisationen und schauen gemeinsam zu dem Park, der ein sehr beliebtes Naherholungsgebiet geworden ist. Liebe Anwesende, es ist doch nur sinnvoll, auch beim Brünnenhof wieder Stiftung B in die Pflicht zu nehmen und von den langjährigen Erfahrungen aus den Quartieren zu profitieren und wertvolle Synergien zu nutzen. Ich möchte jetzt trotzdem noch auf die Vorwürfe der rechten Seite kurz eingehen. Die Stadt ist eben nicht die private Wirtschaftsstadt. Sie hat einen Service public-Auftrag und die Stiftung B setzt diesen ganz im Sinn des Subsidiaritätsprinzips um. Wir verkaufen hier eben nicht unser Tafelsilber, sondern sichern den Zugang zu dieser Immobilie für die gesamte Bevölkerung. Ich bitte doch, dort den Klamauk zu unterlassen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke Chandru. Das Wort hat Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich möchte das eigentlich von mir weisen. Es geht gar nicht um Klamauk. Ich will euch darauf hinweisen, noch einmal, dass die Stadt Bern einfach eine Liegenschaft, die in den Büchern 805'000 Franken Wert hat für 200'000 Franken verkauft. Und es ist gut, dass Katharina das vorhin gesagt hat. Der amtliche Wert mit 1,5 Mio. Franken ist eigentlich noch höher als wir erwartet haben. Das ist wirklich ein Skandal. Ich kann es nicht anders sagen und ich möchte auch noch einmal festhalten. Wir sagen ja nichts gegen die Stiftung B. Wir sagen nichts gegen das toj. Die Stiftung B tut so viel Gutes. Ich bin selber aus dem Westen. Ich wohne in Brünnen. Es geht überhaupt nicht darum. Es geht einfach darum, wie man Steuergelder verschleudert, nichts anderes. Das ist das, was wir hier kritisieren. Wir sind auch für Jugendhäuser etc. – überhaupt kein Ding, gar kein Thema. Aber das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen, das, was in diesem Vortrag steht, was hier geplant ist, was ihr hier vorgelegt bekommt und was ihr nachher für ein Knöpfchen drückt. Und ich will es nicht unterlassen; also ich überlege mir wirklich eine Strafan-

zeige wegen Verletzung von Artikel 165 StGB wegen Misswirtschaft gegen die Unterzeichneten, die den Vertrag unterschreiben, denn das geht wirklich nicht. Wenn es um Verschleuderung von Vermögenswerten geht, dann kommt dieser Artikel zum Tragen. Und hier geht es genau darum, um die Verschleuderung von Vermögenswerten. Es ist Vermögen. Ich habe es vorhin gesagt. Es ist eben einmal nicht der Fonds. Und ist es ein Skandal und ich hoffe, dass die Medien darüber berichten. Wenn man über eine 20-Rappen-Banane berichten kann, kann man über so etwas hoffentlich auch berichten.

Präsidentin: Danke, Janosch. Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Eigentlich habe ich ein Votum vorbereitet, um die offene Jugendarbeit hier zu erklären. Aber so wie es aussieht, ist das jetzt Makulatur. Nach dem, was ich hier sehe und gehört habe, ist diese sehr unbestritten. Ich danke euch für das Vertrauen, welches ihr dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit gebt. Ja, an die Medienschaffenden: Sie haben jetzt viele Zahlen gehört. Ich bin kein Finanzexperte, aber eine Zahl ist hier in diesem Raum noch nicht gefallen oder ich habe sie einfach nicht gehört, zumindest nicht von der bürgerlichen Seite. Es handelt sich nämlich um die Sanierungs- und Umbaukosten, die die Stiftung B in das Brünnengut investiert. Es sind knapp 3 Mio. Franken. Wie ich gesagt habe: Ich bin kein Finanzexperte, und wenn ich überlege – man könnte das der Stiftung B teurer verkaufen. Ja, schön. Man kann es teurer verkaufen, dann gibt es Geld für den Finanzdirektor, aber gleichzeitig geht die Miete hinauf, die toj zahlen muss und die dann von der BSS vergütet werden muss. Also irgendwie ist das in einem Kreislauf. Und ich habe genug Vertrauen in die verantwortlichen Stellen von ISB, FQSB, aber auch der Stiftung B, dass sie hier für die Gesellschaft und für die Jugendlichen eine saubere Finanzlösung gemacht haben. Die Bereitstellung der geeigneten Räume im Innen- und Aussenbereich ist immens wichtig, und es ist extrem schwierig, in dieser zugebauten Stadt entsprechende Räumlichkeiten zu finden. In dieser Stadt Bern haben wir mit dem Jugendzentrum newgraffiti im Wylerquartier ein Jugendkulturzentrum, das weit über den Stadtteil ausstrahlt und grosse Beliebtheit bei den Jugendlichen hat, und das nicht seit gestern, sondern schon seit meiner Jugend vor 20 Jahren. Auch im Osten haben wir jetzt seit ein paar Jahren ein Jugendhaus, nämlich im Saalstock. Das ist nicht von der Stadt bereitgestellt, auch nicht von der Stiftung B. Es ist von der Burgergemeinde saniert worden. Es ist in ihrem Eigentum und an toj vermietet worden. Und auch das entwickelt sich hervorragend. Und heute hat der Stadtrat die Gelegenheit, eine Angebotslücke in der ganzen Stadt zu schliessen, nämlich im Westen der Stadt Bern, mit einem Haus, das ideal ist, das aber zuerst noch umgebaut und saniert werden muss. Und das finanziert die Stiftung B. Aus meiner Sicht ist die vorgeschlagene Lösung gar nicht so schlecht. Und sie verträgt sich. Und mit der Stiftung B haben der toj und die Quartierbevölkerung, aber auch die Stadt Bern eine engagierte und verlässliche Partnerin. Ich bitte euch, liebe Kolleg*innen, dieses Geschäft in dieser vorliegenden Form anzunehmen. Meine Vorredner*innen von der SP und vom GB haben hervorragend erklärt, warum. Ermöglicht doch bitte das Jugendhaus Es ist dringend nötig. Aufgrund meiner Funktion als Präsident des Trägervereins für die offene Jugendarbeit werde ich selbstverständlich bei den Abstimmungen in den Ausstand treten.

Präsidentin: Danke Timur. Dann kommt Milena Daphinoff.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Ich komme noch einmal im Namen der Fraktion an das Rednerpult. Vorgängig möchte ich sagen, dass eine interessante Diskussion

heute Abend zu Stande kam. Das ist nicht immer der Fall im Stadtrat. Das finde ich zur Abwechslung einmal sehr schön. Das hat aber auch dazu geführt, dass, obwohl wir vorhin gesagt haben, dass wir uns zähneknirschend am Ende des Tags doch dafür stimmen würden, jetzt, da ich all das gehört habe, da der amtliche Wert vorliegt, wir nun doch ein bisschen Karies von dieser Sache bekommen haben und am Ende des Tags das Geschäft doch ablehnen werden.

Präsidentin: Danke, Milena. Lionel Gaudy.

Lionel Gaudy (Mitte), Einzelvotum: Zuerst einmal von meiner Seite merci für die spannende Diskussion. Ich glaube, es ist einfach noch eine Randbemerkung. Mir scheint, es gebe ein etwas spezielles Verständnis von "in den Ausstand treten" von Leuten, die ganz klar befangen sind. Wenn sie in den Ausstand treten, dann würde ich einfach erwarten, dass sie sich auch enthalten, was ein Votum anbelangt, weil das ja trotzdem eine recht grosse Einflussnahme auf die Abstimmung ist.

Präsidentin: Merci, Lionel. Dann hat Gemeinderat Michael Aebersold das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Zuerst möchte ich doch auf eine Unsitte hinweisen, die einfach immer mehr einreisst. Das ist jene, dass man in der Kommission irgendeine Reihe von technischen Fragen stellt. Wenn man das hier macht, ist es noch das eine. Ich bitte wirklich einfach auch, wenn euch Sachen interessieren, dann stellt die Fragen im Vorfeld von Kommissionssitzungen. Dann kann man Fragen stellen und dann haben alle Fraktionen auch die gleichen Kenntnisse. Sonst wird einfach zum Teil eine Diskussion unseriös. Es wurde gesagt, dass wir mit dem vorliegenden Geschäft nichts anderes machen, als einen Auftrag des Parlaments umzusetzen, und das Parlament hat von uns in einer Motion gefordert, erstens die Raumsituation des toj im Westen von Bern zu verbessern. Das machen wir. Punkt 2: die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Das machen wir. Punkt 3: die vorgeschlagene Baurechtslösung an der Brunnenstrasse 10, die schon im Bienzgut erfolgreich umgesetzt wurde, gemeinsam mit der Stiftung B, der Band-Genossenschaft um dem toj zu prüfen. Das machen wir. Und als letzter Punkt noch: falls dieser Umsetzung etwas im Weg steht, eine andere Lösung mit dem toj zu finden, und da wir ja den Punkt 3 erfüllt haben, erübrigt sich der Punkt 4 betreffend eine andere Lösung. Und damit noch einmal: wir machen genau das, was der Stadtrat gefordert hat. Und der Gemeinderat hat bereits damals in seiner Antwort im März die Karten auf den Tisch gelegt. Wenn hier gefordert wird: Geht mit dem Zeug auf den Markt. Und zur Frage, warum die Stiftung B, deren Mitglieder ich übrigens herzlich begrüsse, haben wir gesagt, dass wir im Rahmen der Realisierung die Baurechtslösung prüfen, dass es absolut denkbar ist, eine dem Bienzgut analoge Lösung zu realisieren. Also, das ist immer transparent gewesen, ist alles offen gewesen und entsprechend würde ich da wirklich zurückweisen, dass es "Söihäfel-Söideckeli" ist. Es ist auch klar, dass man im Stadtteil 6 einfach zu wenig Raum hat, wenig Jugendraum hat. Und es ist schon schön, hier vorne zu deklarieren, wie wichtig das sei, aber dann auf den Knopf drücken, wenn man das dann eben bereitstellen muss, und zwar mit irgendwelchen vordergründigen Ausreden, die einfach nicht haltbar sind – ich komme auf die ganze finanzielle Geschichte noch zurück. Ich will auch nicht mehr viel sagen über die Nutzungen. Aber klar ist: Es ist eine öffentliche Zone, also dort können nicht Wohnungen gemacht und zu Best Price verkauft werden, wenn man das dann noch will und das realisieren will. Der FC Bethlehem ist dort eingemietet, die Stadt Bern ist selber

eingemietet. Wir haben ein hohes Interesse, dass wir dort auch in Zukunft Räumlichkeiten zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen. Es wurde gesagt, dass, wenn man mehr verlangen würde, am Schluss die Mietzinse steigen. Es ist ein Nullsummenspiel. Und ich glaube, es ist auch ganz wichtig und das will ich auch betonen, dass die Stiftung eine private gemeinnützige Stiftung von Bümpliz-Bethlehem, Bottigen-Riedbach ist. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben ist die Förderung der kulturellen und der gesellschaftlichen Identität der Bewohnerschaft des Stadtteils 4. Ich glaube, wir machen da etwas ganz Gutes. Wie gesagt wurde, haben sie das Baurecht im Biezgut, sie haben die Guichet-Anlage beim Parkplatz, die sie koordinieren. Sie sind zuständig für die Vermietung der Pflanzplätze und der Obstbaumgruppen. Also ist es doch nur ein Vorteil, wenn wir eine Institution haben, die bereits verschiedene Sachen in Berns Westen macht und nicht überall irgendjemand anderes. Denn dann kommt ihr wieder und sagt: Synergien, Synergien, Synergien. Und hier haben wir das. Und dann ist es plötzlich nicht gut, einfach finanzpolitisch. Nur muss ich sagen, dass es für die Stadt ein absoluter Vorteil ist, wenn wir das im Baurecht abgeben können. Ich habe die 3 Mio. Franken nicht. Ihr kommt und verlangt, bei den Investitionen zu priorisieren. Baut weniger, nicht noch neues Zeug. Und jetzt haben wir hier die Gelegenheit, dass eine Stiftung kommt und 3 Mio. Franken investiert. Wahrscheinlich wird es wie so oft mehr, vermute ich. Wahrscheinlich werden sie mehr investieren müssen. Und entsprechend auch der Baurechtszins von 8 Franken. Der ist fair. Der ist günstig. Das ist klar, aber das Gesamtpaket stimmt. Und entsprechend bitte ich euch dringlich, hier im Rat die Rückweisungsanträge abzulehnen, die teilweise noch in letzter Minute verfasst wurden aufgrund des amtlichen Werts. Ich will einfach auch noch sagen, dass der amtliche Werte zum Beispiel auch noch den Boden beinhaltet. Das ist nicht einfach nur die Liegenschaft. Also, wenn jetzt noch quasi suggeriert würde, dass wir die Hütte – jene, die von dort sind, kennen das Gebäude -, dass wir das "Schüürli" für 1'5 Mio. Franken verkaufen könnten, dann weiss ich auch nicht, was diese Leute für eine Ahnung haben von der Immobilienpolitik. Im amtlichen Wert ist wesentlich mehr drin als das. Wir verkaufen das Gebäude. Es werden 3 Mio. Franken investiert und nachher haben wir eine coole Lösung für die nächsten Jahre. Entsprechend bitte ich euch, die Rückweisung abzulehnen und dem Geschäft so zustimmen.

Präsidentin: Danke vielmals. Wir stimmen über die 3 Rückweisungsanträge der SVP ab. Wir haben sie als Tischvorlage. Die Nummer 1 ist noch ergänzt worden mit "und ob das Vorgehen der Staat rechtlich zulässig sei". Wir stimmen ab über Rückweisungsantrag 1.

Antrag

1 SVP: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen, mit der Auflage, vorgängig abzuklären, wie hoch der amtliche Wert und der Verkehrswert des Objekts Brünenhof 10 seien und ob das Vorgehen der Stadt rechtlich zulässig sei.

Abstimmung Nr. 008

2022.FPI.000109: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	49
Enthalten	3

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Rückweisungsantrag Nummer 2.

Antrag

2 SVP: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, eine öffentliche Ausschreibung mit dem gleichen Zweck auch für andere Institutionen (Ausschreibung mit gleichem Zweck Betrieb Jugendhaus und dergl.) durchzuführen.

Abstimmung Nr. 009

2022.FPI.000109: Antrag 2	
Ablehnung	
Ja	23
Nein	39
Enthalten	3

Präsidentin: Auch der Antrag wird abgelehnt. Der Rückweisungsantragsnummer 3 ist noch ergänzt mit "ausgehend von einem Wert von 1,5 Mio. Franken". Wir stimmen ab über Antrag Nummer 3.

Antrag

3 SVP: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, für das Objekt eine öffentliche Ausschreibung für interessierte Institutionen mit gleichem Zweck zu machen (ausgehend von einem Verkehrswert des Objekts von 1,5 Mio. Franken).

Abstimmung Nr. 010

2022.FPI.000109: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	24
Nein	40
Enthalten	3

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen zu der Schlussabstimmung.

Abstimmung Nr. 011

2022.FPI.000109	
Annahme	
Ja	40
Nein	24
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt das Geschäft angenommen.

2023.SR.0234

8 Dringliche interfraktionelle Interpellation Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF, SVP (Lionel Gaudy, Mitte / Michael Ruefer, GLP / Florence Pärli, JF /

Alexander Feuz, SVP): Ist die Stadt Bern im Blindflug unterwegs - was geschieht mit der Vierer-/Mittelfeld-Überbauung

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum 8. Das ist eine dringliche interfraktionelle Interpellation. Ich gehe davon aus, dass die Diskussion erwünscht ist, da ihr sie als dringlich eingereicht habt. Dann stimmen wir jetzt zuerst darüber ab, ob es eine Diskussion gibt und sonst gibt es nur eine kurze Erklärung. Wenn 1/3 zustimmt, gibt es eine Diskussion.

Abstimmung Nr. 012

2023.SR.0234: Quorum

1/3 Quorum erreicht

Ja	50
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Diese Diskussion ist gewährt. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Lionel Gaudy von der Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Einreichenden: Ich glaube, wir haben da den Nerv getroffen. Es ist ein sehr wichtiges Projekt, eine sehr wichtige Entwicklung in der Stadt Bern und leider ist vieles im Argen. Ganz persönlich muss ich sagen, dass ich noch selten so enttäuscht gewesen bin von einer Antwort des Gemeinderates auf einen meiner Vorstösse. Ich glaube, klarer kann man die Arbeit nicht verweigern, wenn gefragt wird, welche Schlüsse aus etwas gezogen werden. Und die Antwort ist: Ja, wir ziehen daraus Erkenntnisse. Dann hat man die Frage nicht gelesen. Man hat diese Frage nicht beantwortet und verweigert es ganz klar, dazu Stellung zu nehmen. Ich glaube, gerade die Frage 3, die fragt, welche Erkenntnisse, welche Learnings um den Anglizismus zu verwenden, zieht man aus dieser Entwicklung, die vonstattengegangen ist und wie möchte man die in Zukunft in die Projekte einfliessen lassen. Diese Frage wurde nicht beantwortet. Dort erwarten wir ein ganz klares Bekenntnis des Gemeinderates und vor allem auch einmal eine klare Antwort: Hat man etwas daraus gelernt und wenn ja, noch fast wichtiger, was hat man daraus gelernt? Genau gleich bei der Frage 4, wo wir fragen, wie die Stadt sicherstellt, dass man künftig bei derartigen Prozessen auch intern Verbesserungen umsetzen kann. Auch dort sieht man an knappen 3 Zeilen, dass die Frage nicht gelesen respektive bewusst nicht beantwortet wird. Darauf zu antworten: Ja, wir möchten uns gerne bei künftigen Prozessen ein bisschen verbessern. Damit hat man diese Frage nicht beantwortet. Für uns und für mich von der Mitte ist es dementsprechend schwierig, hier auf der Grundlage dieser Antworten zu diskutieren. Ich glaube, wir haben mit unseren Fragen die kritischen Punkte aufgeworfen. Wir haben gezeigt, dort funktioniert etwas nicht richtig, und damit wir weitergehen können, bräuchten wir dort auch eine klare Antwort des Gemeinderats. Für uns ist es logisch, dass bei so einer grossen Arealentwicklung eine gute Planung unabdingbar ist, dass man mit allen Stakeholdern in guter Kommunikation sein muss, und dass, wenn etwas hochkocht und vor allem auch in den Medien hochkocht, das heisst, wenn es so weit eskaliert ist, dass man es nicht mehr intern klären kann, dass die Kommunikation eben nicht funktioniert, dann wäre der Gemeinderat als unsere Regierung, als Exekutive, die die Federführung in der Hand haben sollte, gefragt, klar Stellung zu beziehen. Deshalb eine Bitte an die

anwesenden Mitglieder des Gemeinderates: Lest doch unsere Fragen noch einmal und versucht, eine Antwort zu geben.

Präsidentin: Danke, Lionel. Florence Pärli Schmid. Sprichst du als Einreichende? – Für die Fraktion FDP/JF.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Ich schliesse mich mehrheitlich Lionels Votum an. Wir konnten zwar die Diskussion für die Interpellation beantragen, können aber eigentlich über die Interpellation gar nicht diskutieren. Ja, Lionel hat es gesagt, wir haben klar formulierte Fragen gestellt und haben wirklich keine Antworten dazu bekommen beziehungsweise sind die Antworten sehr plump und oberflächlich ausgefallen und sagen nichts aus. Ganz ehrlich: Ich fühle mich mit den Antworten als Stadträtin und in meiner Funktion als Stadträtin nicht ernst genommen. Solche oberflächlichen Antworten auf eine Interpellation sind nicht nur respektlos, sondern die Intransparenz, die daraus hervorgeht, führt umso mehr dazu, dass man den Projektleitungen in diesem Geschäft nicht vertraut. Und wir behalten uns selbstverständlich vor, unsere Fragen so oder so ähnlich einfach noch einmal einzureichen.

Präsidentin: Danke, Florence. Alexander Feuz von der SVP hat das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich spreche jetzt als Mitmotionär. Ich möchte zuerst meinen Vorrednern ganz herzlich danken. Jetzt ist endlich einmal auf den Tisch gekommen, wie der Stadtpräsident und die PRD unsere Kleinen Anfragen und unsere Vorstösse behandeln. Ich lasse die Katze aus dem Sack. Am 1. Februar habe ich eine Besprechung mit dem Ratssekretariat der Stadtkanzlei, bei dem ich mich beklagt habe, wie man meine Kleinen Anfragen insbesondere von der Seite des Stadtpräsidenten lausig und respektlos beantwortet habe. Ich bin jetzt sehr froh, dass die anderen genau die gleichen Erkenntnisse hatten. Ich verweise auf die Kleinen Anfragen von heute und auch auf andere Sachen im Zusammenhang mit der Reithalle, aber auch mit den Reisetätigkeiten. Für mich ist das grundsätzlich. So geht das nicht. Das ist eine Respektlosigkeit. Ich hoffe, dass die Medien auch Aufnahmen im Hinblick auf die Wahlen machen. Sie haben ja bereits auch gesehen, dass auch vonseiten des Grünen Bündnisses gesagt wurde, dass eine weitgehende Unzufriedenheit herrscht mit den Leistungen und dem Verhalten des Stadtpräsidenten. Als ich ihm alles Gute zum neuen Jahr gewünscht habe, hat er mich als Erstes gefragt, ob ich wieder Einsprachen eingereicht hätte. Ich habe nachher gekontert und gesagt, ich danke ihm für den Einsatz für Ostermundigen. Er habe zu mehr Nein-Stimmen beigetragen als ich. Ich komme jetzt wieder zurück zur Sache, und zwar zu diesen Anfragen und diesen Antworten. Es ist ein Debakel, was hier passiert ist. Ihr müsst schauen, wie die Frage beantwortet ist, wie man hier mit einer Nonchalance und Negligence darüber hinweggeht. Fakt ist, man hat schon damals bei der Ausschreibung und im Abstimmungsbüchlein - ich sage dazu Lügenbüchlein und werde dafür immer kritisiert – gesagt: Die Stadt tritt nie als Investor auf. Es gebe grosse Wohnungen. Nachher sind immer neue Auflagen gekommen, immer mehr Sozialwohnungen, mehr Auflagen. Am Schluss ist die Stadt auch als Investor aufgetreten. Noch aus dem Lügenbüchlein: Man hat auch immer gross gesagt, was man dereinst für einen Park haben wird. Dabei weiss man genau, dass, wenn der Kanton bauen will, der grosse Quartierpark auch wiederum überbaut wird. Das ist die Ausgangslage, und ich gehe davon aus, dass die Investoren mit der Zeit auch gemerkt haben, dass das wahrscheinlich gar nicht so interessante Objekte sind, weil man ihnen dermassen viele Auflagen macht und sie piesackt. Und auch vonseiten der Stadt kommt immer noch das

und das, bis sie gesagt haben: Es verleidet uns. Wir machen nicht mit. Und mit der Kantonalbank Bern ist ein Player ausgestiegen, von dem man zuerst immer gesagt hat, wie wichtig es sei, dass er dort mitmacht. Und wir haben es ja auch nicht richtig erfahren. Wir haben es erst später erfahren und jetzt auch hier wieder mit dieser Ausschreibung – wir sehen, wie es geht, und man will auch nichts lernen. Das ist für mich das Schlimme. Aber offenbar geht es halt darum, wenn man mit Marazzi und Losinger früher gehandelt hat, will dann eben wieder gewisse Sachen und dann kommt es wieder raus. Ich habe mich damals schon beklagt, dass man dort nicht in den Ausstand getreten ist. Ich habe immer beklagt, dass auch dort wieder vollendete Tatsachen gemacht werden. Ich habe immer gesagt, das Kirchenfeld-Schulhaus, ich komme halt immer wieder mit dem, hätte man für 26 Mio. Franken sanieren können. Jetzt bauen wir ein Provisorium für 26 Mio. Franken unten auf dem Gaswerkareal. Dann hat man den ersten Bau gemacht, um das ganze Areal eben zu zersiedeln, dass man dort keine Freifläche mehr hat, damit auch das Marzili nachher überbaut werden kann. Man schafft dort vollendete Tatsachen. So geht man genau vor und genau so wird es weiterhin gehen. Ihr habt ja vorhin gesehen, wie man das abgeklärt hat mit diesem Baurecht. Als Verkehrswert haben wir 1,5 Mio. Franken. Wir haben gesehen, wie es gegangen ist, bei Kühlewil – das Schulbeispiel: Für 30,3 Mio. Franken saniert und später für 12,8 Mio. Franken verschandelt. Wenn man so handelt und vorgeht, dann profitieren sicher nicht die Stadt und der Steuerzahler. Vielleicht die Bauindustrie, die das teuer umbauen kann, profitiert und wahrscheinlich ein paar Leute, deren Organisationen relativ eng verbunden sind mit der Stadt und den Exponenten der Stadt. Ihr seht auch bei der Antwort auf die Frage 4, wie das gemacht wird, dass die Stadt "Sofortmassnahmen zur Verbesserung der internen Prozesse ableiten kann." Nachher seht ihr, es sind 2 Sätze: "regelmässiger Austausch statt". Ich stelle einfach fest, dass der regelmässige Austausch so gut funktioniert hat, dass jetzt die Kantonalbank nicht mehr dabei ist – "findet ein schlechter Austausch statt". Die Beteiligten werden nicht ernst genommen. Darum treten sie aus. Nächster Satz: "Rückmeldungen von künftigen Baurechtsnehmenden und weiteren Stakeholder sind seitens der Stadtverwaltung explizit erwünscht und im Rahmen des weiteren Prozesses auch möglich." Ja, ihr könnt wahrscheinlich auch bei Putin kritisieren. Die Frage ist nur, was dann passiert, zum Beispiel in der Ukraine. Aber es heisst "auch möglich". Man tritt nicht darauf ein. Das ist genau das, wovon ich der Meinung bin, dass man es ernst nehmen sollte. Man nimmt es nicht ernst. Und genau das ist es. Deshalb habe ich diese Besprechung. Also von mir aus könnten noch andere mitkommen, damit es nicht nur eine Differenz zwischen Feuz und dem Stadtpräsidenten ist, sondern dass hier ein Malaise herrscht. Also ich frage dann Frau Mannhart. Ich bin hier offen. Man könnte das also noch weiter öffnen. Und sonst machen wir halt eine weitere Aussprache, weil es so nicht mehr geht. Ich habe einmal einen Vorstoss mit Luzi Theiler gemacht betreffend eine gewisse Qualität, die man haben sollte; dahingehend, dass man gewisse Vorstösse, die schlecht beantwortet sind, zurückweist. Ich muss schauen, ob wir den Vorstoss schlussendlich eingereicht haben oder nicht. Aber das wäre jetzt ein Thema, bei dem ich alle Parteien bitte zusammenzuarbeiten, damit wir solche Sachen nicht mehr haben, damit das Ratsbüro das Recht hat, so lausig beantwortete Vorstösse zurückzuweisen und mit dem Vermerk im Protokoll "Der Vorstoss wurde nicht entgegengenommen und für eine Verbesserung an den Gemeinderat zurückgeschickt".

Präsidentin: Danke, Alex. Johannes Wartenweiler hat das Wort für die SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Ob eine so allgemeine Abrechnung, wie hier wieder einmal mit den Antworten des Gemeinderates formuliert wurde, sinnvoll ist, sei dahingestellt. Wir nehmen die Gelegenheit wahr, uns wieder einmal zum Viererfeld zu äussern. Und wir finden, dass es nach wie vor ein wichtiges und nötiges Projekt ist, und wenn auch nicht alles so klappt, wie man es gerne hätte, sind wir weit davon entfernt von einem Debakel oder einem Desaster oder was auch immer. Ich glaube, es passiert bei jedem grossen Projekt, dass es halt manchmal Knatsch gibt, dass es hapert. Wenn die BEKB-Pensionskasse aussteigt – ich meine, wieso ist sie ausgestiegen? Wir wissen es nicht. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass die einfach eine andere Timeline haben, dass es denen zu langsam geht, dass sie mit der Stadt nicht arbeiten wollen, weil sie sich nicht auf dieser Art von Projekten einlassen können. Ja, bon. Dann steigen sie halt aus. Es ist ja nicht so, dass es keine anderen Interessenten gibt, die Interesse daran hätten, auf dem Stück Land im Norden von Bern zu bauen. Und wenn die BEKB-Pensionskasse aussteigt, muss sie dann halt damit rechnen, dass sie dann auch bei weiteren Projekten, die die Stadt geplant, nicht in der ersten Reihe sein wird. Wir haben auch den Personalwechsel, tatsächlich. Es hat Friktionen gegeben. Es ist nicht ganz klar, was passiert ist. Wir wissen es nicht. Das sind natürlich Sachen, die das Geschäft immer auch ein bisschen behindern. Es hat auch unnötige Geschichten gegeben. Also eine Tatsache, wieso man die beiden Geschäfte Baurechtsverleihung und Infrastrukturkredit nicht getrennt hat, und ein Jahr Verzögerung riskiert hat – und die ist auch eingetreten – finde ich, ist jetzt nicht gerade ein Ruhmesblatt des Gemeinderats gewesen. Aber sorry. Solche Sachen passieren. Es geht aber insgesamt um ein neues Stadtgebiet mit rund 1'100 Wohnungen, das bis in die Dreissigerjahre entstehen soll. Und ich meine, vor diesem Hintergrund und vor der Notwendigkeit, dass wir dringend, dringend zusätzlichen Wohnraum brauchen, sollten wir doch bei allem Respekt vor dem, was nicht klappt, das Ganze im Auge behalten und daraufhin arbeiten, dass das Projekt zum Fliegen kommt und gut zum Fliegen kommt. Das ist noch mit relativ viel komplexen Sachen behaftet. Es ist jetzt erst einmal klar, wer überhaupt in der ersten Etappe bauen soll. Jetzt muss ausgehandelt werden, wer genau zahlen muss und nachher können die Baurechtsnehmer mal loslegen. Aber einfach aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion ist es klar, dass das Projekt allem zum Trotz auf gutem Weg ist. Ein gutes Projekt braucht seine Zeit. Tscharnergut hat mindestens 10 Jahre gedauert. Von Brünnen reden wir gar nicht. Das ist eine andere Geschichte. Habt ein bisschen Geduld, nehmt zur Kenntnis, dass es manchmal Knatsch gibt, und kommt nicht daher und tut so, als wäre hier ein Debakel und ein Desaster. Ich glaube, angesichts der Tatsache dessen, was hier auf dem Tisch ist, ist es wichtig, dass wir es weiterverfolgen, und wir von der SP/JUSO-Fraktion lassen uns das Projekt mit allen Folgen hier nicht schlechtreden.

Präsidentin: Danke vielmals, Hanno. Hat es noch Fraktionserklärungen? – Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Thema Viererfeld: Wir haben immer gesagt, dass es problematisch werden könnte. Wir haben aber jetzt auch erwartet, dass der Gemeinderat alles auf gute Wege bringt, wie er es auch immer wollte, um die Überbauung zu machen, diese grüne Fläche zu überbauen. Wir waren immer dagegen, haben immer gesagt: Jetzt muss es zum Fliegen kommen, aber irgendwie kommt es eben nicht zum Fliegen. Wahrscheinlich ist das Riesenprojekt eine Schuhnummer zu gross für die Stadt Bern. Die Stadt Bern ist ja nicht eigentlich dazu da, um Überbauungen zu bauen. Wir sind auch kein Bauunternehmen, vielleicht fehlen die Fachspezialisten. Ich

weiss nicht, wo es fehlt. Aber eines ist klar: Wenn die Stadträtinnen und Stadträte eine Interpellation machen, erwarten wir ganz klar, dass die Frage genau beantwortet wird. Und es ist hier nicht selbstverständlich, dass man immer wieder nachhaken muss. Man hat dann auch das Gefühl, man wolle etwas verbergen. Irgendwann liest man wieder einen Zeitungsartikel, dass eben etwas schiefgelaufen ist. Wir erwarten schon vom Gemeinderat, dass er ehrlich und offen kommuniziert, und das wird hier nicht gemacht. Für mich ist wichtig, dass man weiterhin kommuniziert. Es ist eines der grössten Überbauungsprojekte, die die Stadt Bern je hatte. Davon bin ich überzeugt. Und dafür danke ich aber allen auch, dass sie so interessiert mitziehen, nicht nur wir von der SVP, auch von dieser Seite ist es sehr wichtig, dass man etwas genauer hinschaut, wie die Überbauung zustande kommt.

Präsidentin: Danke vielmals, Thomas Glauser. Gemeinderat Michael Aebersold hat das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Danke vielmals für die Debatte. Erlaubt mir, dass ich vielleicht 2 Minuten überziehe. Ich will nicht wahnsinnig lange machen, aber doch ein paar wichtige Punkte. Einleitend möchte ich auch hier festhalten: Ich war am 30. Oktober, das war, bevor die Interpellation eingereicht wurde, in der zuständigen Kommission. Wir haben detailliert über den aktuellen Stand und die auftretenden Probleme in diesem Projekt informiert und diskutiert. Also, wir haben nichts zu verstecken und entsprechend gehe ich doch schon auch davon aus, dass dort auch ein gewisser Informationsfluss stattfindet, und dass man sonst noch zu mir kommen könnte; das einfach zu der Ausgangslage. Um es noch einmal zu wiederholen. Wir haben gesagt, wir wollten das Projekt mit der Zusammenarbeit mit Berner Investorinnen und Investoren starten, dass es ein wichtiges Projekt ist für uns und dass wir in einem ersten Schritt eigentlich gerne mit Institutionen zusammenarbeiten würden, die eine gewisse Affinität zur Stadt Bern aufweisen. Wir haben mit ihnen eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen. Das sind Absichtserklärungen, liebe Stadträtinnen und Stadträte; Absichtserklärungen, die später in eine objektspezifische Reservationsvereinbarung überführt werden. Und eigentlich erst mit der Baurechtsabgabe, wenn wir die Verträge abschliessen, ist es definitiv, dass sie dort realisieren. Dass ein Investor irgendwann auf diesem Weg aussteigt, damit musste man rechnen. Das ist auch nicht irgendwie jetzt das Ende der Welt, sondern Teil des Prozesses. Eine sehr, sehr unverdächtige Person, Bernhard Eicher, hat ja in den Medien öffentlich gesagt, ihn erstaune das nicht. Eine Entwicklung beginnend auf dem grünen Feld, das sei die Königsdisziplin. Und die Pensionskassen sind sich halt das nicht gewohnt. Die gehen an einen Ort hin und sagen, ich will 20 Mio. Franken investieren oder 30 in Obligationen, was jetzt auch wieder interessanter ist, oder in eine Liegenschaft, die schon steht. Und das haben wir unterschätzt. Und es ist eine dieser Erkenntnisse, dass es wahrscheinlich im Gegensatz zu einer Mobiliar, im Gegensatz zu einer Hauptstadtgenossenschaft, die sich gewohnt sind, einen langen Atem zu haben, mit zu entwickeln, Erfahrungen einzubringen, bei einer Pensionskasse eher schwierig ist. Und ich muss euch sagen: Es ist möglich, dass noch eine weitere Investorin aussteigt. Es ist nicht auszuschliessen. Zum Zeitplan. Es wurde in den Medien suggeriert – und ich bitte auch die Medienleute zuzuhören –, dass es aufgrund des Ausstiegs der BEKB zu weiteren Projektverzögerungen kommt. Das ist falsch. Der Projektterminplan gemäss Stadtratsvortrag vom 29. Juni 2022 ist nahezu unverändert gültig. Wir gehen gegenwärtig von einer Verzögerung von einem halben Jahr aus. Diese Verzögerung steht in keinem Zusammenhang mit dem Ausstieg der BEKB. Und einfach auch hier zuhänden jener Leute, die uns kritisieren: Die grossen Verzögerungen haben

wir aufgrund von Stimmrechtsbeschwerden. Ich möchte noch etwas zur Projektorganisation sagen. Sie ist komplex. Es ist ein grosses Projekt. Es stellt hohe Anforderungen, mit dieser grossen Komplexität umzugehen. Ich bin ganz klar der Meinung, dass die Stadtverwaltung genügend Fachwissen und genügend Kompetenz hat, um dieses Projekt zu führen. Es kam leider zu personellen Abgängen. Das ist kommuniziert worden. Ich habe in der Kommission erklärt, worum es gegangen ist. Aber der Gesamtprojektleiter, auch das ist falsch gesagt worden, ist immer der Gleiche gewesen. Die Leute am Drücker sind das Stadtplanungsamt, das Tiefbauamt Stadtgrün, also all die, die mitarbeiten, die sind alle voll dabei gewesen. Mittlerweile haben wir eine externe Firma, die sehr viel Erfahrung in der Entwicklung solcher Projekte hat, die uns unterstützt. Die Zusammenarbeit mit den Bauträgerschaften verläuft konstruktiv. Ich war gerade kürzlich an dieser Sitzung. Es ist klar, jetzt hier ist es marktorientiert und daher geht es jetzt genau um die Diskussion: Wie viel holen wir als Stadt heraus, welchen Baurechtszins wollen sie zahlen, wollen wir einnehmen? Wir haben viele Auflagen, und es ist klar, dass wir hier Differenzen haben und diese ausdiskutieren. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns hier finden. Es ist mittlerweile, glaube ich, auch bekannt, dass wir das freie Feld ausgeschrieben haben. Am 26. Januar wissen wir dann, wer sich dort alles bewirbt. Ich komme zu meinem Fazit. Ich bin ganz klar der Meinung, dass die Stadt Bern mit externer Unterstützung und engagierten Investoren das Viererfeld/Mittelfeld fertig planen und entwickeln wird. Wir haben nie den Boden unter den Füßen verloren und können so gesehen auch gar nicht im Blindflug sein. Es gibt noch etliche Hürden. Es gibt sicher auch Stolpersteine. Ich bin aber überzeugt, dass wir noch dieses Jahr bei dem Projekt wichtige Fortschritte machen werden. Ihr könnt die Interpellation nicht zurückweisen, aber ihr könnt euch jederzeit bei mir melden, wenn ihr noch Informationen braucht.

Präsidentin: Danke vielmals, Michael Aebersold. Wir stimmen nicht ab. Wenn ich richtig zugehört habe, seid ihr nicht zufrieden mit den Antworten. An dieser Stelle wünschen wir Michael einen schönen Geburtstag. Wir machen weiter um 20.34 Uhr. Pausen sind wichtig. Und allen einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 19.04 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

22.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Michael Hoekstra	Barbara Nyffeler
Debora Alder-Gasser	Thomas Hofstetter	Florence Pärli Schmid
Lena Allenspach	Matthias Humbel	Halua Pinto de Magalhães
Ruth Altmann	Seraphine Iseli	Simone Richner
Ursina Anderegg	Ueli Jaisli	Claudio Righetti
Mirjam Arn	Bettina Jans-Troxler	Mirjam Roder
Oliver Berger	Anna Jegher	Sarah Rubin
Tom Berger	Raffael Joggi	Mahir Sancar
Lea Bill	Nora Joos	Judith Schenk
Laura Binz	Barbara Keller	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Ingrid Kissling-Näf	Nicole Silvestri
David Böhner	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Nik Eugster	Simone Machado	Michael Sutter
Alexander Feuz	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Franziska Geiser	Daniel Michel	Janosch Weyermann
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Claude Grosjean	Szabolcs Mihalyi	Paula Zysset
Lukas Gutzwiller		

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard	Sofia Fisch	Niklaus Mürner
Francesca Chukwunyere	Lionel Gaudy	Mehmet Özdemir
Jelena Filipovic	Nora Krummen	Michael Ruefer

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat	Mago Flück, Ratsweibel Marianne Hartmann, Redakto- rin	Cornelia Stücker, Sekretariat
---	--	-------------------------------

2018.TVS.000145

9 Fuss- und Radweg Bottigenstrasse, Etappe Riedbach; Nachkredit (Erhöhung Projektierungskredit)

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, es ist 20.34 Uhr. Wie versprochen fahren wir weiter. Wir sind bei Traktandum 9 "Fuss- und Radweg Bottigenstrasse". Sobald Ihr euch alle hingesetzt habt und etwas ruhiger seid, werde ich das Wort der Kommission geben, und zwar für die PVS, Nora Joos.

Nora Joos (JA!) für die Kommission: Das vorliegende Geschäft beinhaltet die Etappe Riedbach von der Bottigenstrasse aus, das heisst konkret die 4,5 km lange Strecke zwischen Riedbach und Oberbottigen. Auf dem Abschnitt wird der Fuss- und Radweg als erstes angegangen. Momentan sind dort die Sichtverhältnisse schlecht und es hat keinen oder nur einen schmalen Velostreifen und kein Trottoir, was zum Beispiel die Schulwegsicherheit beeinträchtigt. In der Kommission haben die 3 folgenden Aspekte zu diskutieren gegeben: Erstens der Landverkauf. Die Stadt muss voraussichtlich mit über 60 Grundstückseigentümern Gespräche führen, um Land für einen grösseren Gesamt-Strassenquerschnitt zu erwerben. Da die Stadt wenig bis keine Erfahrung hat mit Landverhandlungen ist das eine von den grossen Herausforderungen in diesem Projekt. Teilweise steht die Forderung nach Realersatz der Landeigentümer*innen im Raum. Wie mit dieser Forderung vonseiten der Stadt umgegangen wird, war zum Zeitpunkt der Kommissionssitzung noch unklar gewesen. Immobilien Stadt Bern (ISB) hat Land im Raum von Riedbach. Zweitens ist über die Problematik Mischverkehr in der Kommission befunden worden. Die PVS sowie die Verwaltung erkennen, dass wenn Fussgehende und Velofahrende auf derselben Strecke verlaufen, das Konfliktpotenzial hoch ist. Das insbesondere, wenn zum Beispiel E-Bikes, Freizeit-Velofahrende und Schulkinder gleichzeitig unterwegs sind. Tagtäglich verkehren auf dieser Strecke ca. 200 Velos. Eine getrennte Führung von Fuss- und Radverkehr würde mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden heissen, aber eben auch mehr Landverbrauch und das wiederum mehr Landerwerb und Verhandlungen vonseiten der Stadt. Der dritte Aspekt, der zu reden gegeben hat in der Kommission betrifft die Temporeduktion. Mit den Anträgen 1 und 2 möchte eine Mehrheit der PVS erreichen, dass im Raum Riedbach grösstenteils Tempo 40 gilt. Momentan gilt auf gewissen Strassenabschnitten noch Tempo 60 und 50. Zusätzlich zu den 2 Tempo-Reduktionsanträgen hat die PVS einen dritten Antrag überwiesen. Eine Mehrheit der Kommission möchte, dass Begrünungsmassnahmen nicht zu Kosten der Fuss- und Veloinfrastruktur umgesetzt werden, sondern dass entweder der Strassenraum verkleinert oder der Gesamt-Querschnitt vergrössert wird. Insgesamt empfiehlt die PVS mit 9 Ja-Stimmen, keine Enthaltungen und Gegenstimmen Euch das Geschäft zur Annahme. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Nora. Gibt es hier einen Diskussionsbedarf zu diesem Geschäft? Ja gut, dann kannst du das Fraktionsvotum anhängen.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/Ja!-Fraktion begrüsst sehr, dass mit dem vorliegenden Kredit die Fuss- und Veloinfrastruktur zwischen Oberbottigen und Riedbach verbessert werden kann. Es ist wichtig, dass sowohl die zu Fussgehenden als auch Velofahrenden sicher tagtäglich von A nach B gehen können und das auch im ländlichen Raum. Langsamverkehr muss überall auf dem ganzen Stadtgebiet gefördert werden, egal ob im Breitenrain oder in Oberbottigen. Die Verbesserung der Situation

auf der Bottigenstrasse ist insbesondere auf dem Abschnitt von hoher Priorität, da er einen Schulwegabschnitt beinhaltet, so auch eine sehr beliebte Strecke für Freizeitfahrradfahrende ist. Um das Konfliktpotenzial zwischen zum Beispiel einem E-Bike, das mit 45 km/h Überland fährt und einem Achtjährigen, der in die Schule läuft, zu minimieren, fordern wir den Gemeinderat und die Verwaltung auf, auf der ganzen Strecke Fuss- und Veloverkehr getrennt zu führen. Uns ist bewusst, dass dies einen grösseren Gesamt-Strassenquerschnitt verlangt und damit auch mehr Landverhandlungen. Die GB/JA!-Fraktion ist momentan nicht einverstanden damit, dass wegen einem nicht einfach sich gestaltenden Landerwerb von Seiten der Stadt die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden hinunter priorisiert wird. Darum unser Antrag Nummer 4: Die Stadt soll vertieft prüfen, wo auf der Strecke Fuss- und Veloverkehr nicht als Mischverkehr, sondern getrennt kann geführt werden. Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden ist zu Priorisieren. Falls trotz allen Verhandlungen und Prüfungen nur die Umsetzung des Mischverkehrs auf gewissen Abschnitten möglich ist, soll auf diesen Strecken für die Velofahrenden die Option bestehen, sicher auf der MIV-Strassenfläche zu fahren. Dazu soll Tempo 30 gelten und verkehrsberuhigende bauliche Massnahmen umgesetzt werden. Das fordert unser GB/JA!-Fraktionsantrag Nummer 5. Den PVS-Anträgen stimmen wir als Fraktion zu. Bezüglich den ersten 2: Es muss flächendeckend das Tempo reduziert werden und nicht nur in den urbanen Teilen der Stadt, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, die Mobilitätswende voranzutreiben und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Wir begrüssen es, wenn im Raum Riedbach flächendeckend neu Tempo 40 oder Tempo 30 gilt. Betreffend den dritten PVS-Antrag: GB/JA!-Fraktion stimmt den Anliegen zu. Biodiversitäts- und Umwelt-Qualitätsmassnahmen dürfen nicht zulasten der Velo- und Fussweginfrastruktur umgesetzt werden. Zum Schluss danke ich Ihnen, dass Sie dem Kredit, unseren Anträgen, so wie den PVS-Anträgen zustimmten, damit Gross bis Klein möglichst sicher tagtäglich zu Fuss oder mit dem Velo von Riedbach nach Oberbottigen unterwegs sein können.

Präsidentin: Merci vielmals, Nora. Gibt es weitere Fraktionserklärungen? Für die SP/JUSO-Fraktion, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Gemeinderat und die Bestrebungen der Verkehrsplanung für sichere Fuss- und Velowege. Wie im Vortrag zutreffend beschrieben, gibt es etliche Defizite auf der nicht unbedeutenden Bottigenstrasse. Seit Jahrzehnten fordert das Quartier eine Verbesserung, insbesondere auch für den Schulweg. Verzögerungen bei dieser Planung in den letzten Jahren sind unerfreulich, aber nachvollziehbar. Schliesslich handelt es sich um eine komplexe Planung und die Gespräche mit den betroffenen Landeigentümer*innen sind sicher auch nicht einfach. Persönlich bin ich der Frau Gemeinderätin und der TVS-Direktorin Marieke Kruit dankbar, dass sie dieses Projekt nicht schubladisiert und aussitzt, sondern sich vehement für sichere Schulwege sowohl im urbanen Quartier als auch im ländlichen Teil der Stadt Bern einsetzt. Dass die Planung jetzt von den Zuständigen priorisiert wird, ist erfreulich. Es bleibt zu hoffen, dass die Verbesserungen in absehbarer Zeit ab 2028 realisiert werden, können auch wenn das ein langer Zeitraum ist. Wir werden das Geschäft und die Anträge 1 bis 3 der PVS annehmen. Die Anträge 4 auf 5, die hineingekommen sind, haben wir in der Fraktion nicht im Detail besprechen können, aber werden die sicher ablehnen. Was der Mischverkehr für zu Fussgehende und Velofahrende angeht: Grundsätzlich ist eine Trennung der beiden Verkehrsarten anzustreben, so, wie dies im städtischen Masterplan festgelegt ist. Man sollte aber berücksichtigen, dass in diesem Bereich teilweise nur 3 Meter Platz vorhanden ist. Auch

ist das Verkehrsaufkommen sehr gering und somit können wir pragmatisch sein. Die Bottigenstrasse ist nicht dasselbe wie eine Bümplizstrasse oder eine Effingerstrasse oder eine andere stark befahrene Strasse in der Stadt Bern. Der Mischverkehr erlaubt es uns mit wenig Fläche, die notwendigen Bedürfnisse im ländlichen Raum zu erfüllen. Eine Temporeduktion ausserorts auf Tempo 40 ist aus unserer Sicht genügend und gewährleistet in dem Perimeter die Sicherheit. Normalerweise ist Tempo 80 ausserorts üblich und ob es bewilligungsfähig ist auf Tempo 30 herunterzugehen, bezweifle ich. Und wir dürfen nicht vergessen mit dem Leisten und mit der betroffenen Bevölkerung hat man hingegen Tempo 50 besprochen. Also auch schon Tempo 40 könnte eine Knacknuss sein. Tempo 40 würden wir begrüssen und ist auch anzustreben. Alles andere ist übertrieben, insbesondere wenn man den Perimeter berücksichtigt und wo es nötig ist, zum Beispiel für die Schulwegsicherheit dort wird sowieso Tempo 30 generell geprüft und angestrebt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Timur. Als nächster Sprecher kommt Thomas Hofstetter von der FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP/Jungfreisinn wird diesem Geschäft zustimmen. Die Strasse muss saniert werden und es macht auch Sinn, den Velos und den Fussgängern mehr Platz zu geben, also dass sie besser zusammenfahren können. Wir wünschen dem Gemeinderat viel Erfolg und ein gutes Fingerspitzengefühl, um von den Landwirten*innen das gewünschte zusätzliche Land zu bekommen, ohne dass es Irritationen gibt. Zu den Anträgen: Wir lehnen die Anträge 1, 2 und 5 ab. Denn wie Gemeinderätin Marieke Kruit an der Kommissionssitzung erzählt hat, ist es bereits nur eine Errungenschaft, dass man mit Tempo 50 fahren kann, dort wo sonst eigentlich Tempo 80 gelten würde. Noch mehr zu fordern, finden wir taktisch unklug und auch ein bisschen unanständig. Antrag 3 lehnen wir ab, weil es hier um eine wichtige Verbindungsstrasse geht, wo die Hauptbenutzer Autos und Lastwagen sind und wir wollen, dass auch in Zukunft, die hindernisfrei und gefahrenfrei befahren werden kann von diesen Autos und Lastwagen. Für den Antrag 4 haben wir gewisse Sympathien, aber weil die Route von relativ wenigen Autos befahren wird – es sind etwa 200 pro Tag –, sind die Kosten zu hoch. Also der grosse Landerwerb, den man zahlen müsste, ist in keinem Kosten-Nutzenverhältnis zum Ertrag. Es wäre viel besser, wenn man das Geld anders einsetzen würde, wo man mehr damit erreichen könnte. Darum lehnen wir den Antrag 4 ab. Und ich möchte noch etwas an Nora sagen, die das Votum für ein Kommissionsvotum sehr gut gehalten hat. Aber ich glaube, unsere Velofahrer sind selbstständig und erwachsen genug, die fahren nicht mit 45 Stundenkilometer an einem Schulkind vorbei. Das machen einfach die Velofahrer nicht, da müssen wir der Stadt nicht noch vorschreiben, was sie machen müssen. Es gibt einfach auch noch etwas wie gesunden Menschenverstand. Danke, Nora.

Präsidentin: Merci, Thomas. Dann kommt Janosch Weyermann von der SVP.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Die SVP-Fraktion hat die Stimmfreigabe bei diesem Geschäft beschlossen. Es kommt ein bisschen darauf an, welche Anträge, das Durchkommen und welche nicht. Genau, grundsätzlich sehen wir natürlich den Bedarf, dass dort draussen etwas gemacht wird, im Bereich Oberbottigen-Riedbach, was die Schulwegsicherheit anbelangt, aber auch die Verbesserung der Velo- und Fussverkehrsinfrastruktur. Vor allem eben für die Fussgängerinnen und Fussgänger ist es wirk-

lich höchst problematisch, weil man eigentlich wirklich auf der Strasse läuft, am Strassenrand und teilweise Lastwagen oder Autos neben einem durch Donnern und man eigentlich wie gar keinen Schutz hat von denen. Das ist sicher gut, dass man da endlich etwas machen will. Was wir aber sicher ablehnen sind die Anträge der PVS, die weitere Temporeduktionen vorsehen, weil vor allem die eine Strecke sogar eine ausserorts Strecke ist. Das ist, glaube ich, übergeordnetes Recht und da wäre eigentlich wirklich 80 km/h angedacht. Da hat man sich mit dem Leist schon auf gewisse Temporeduktionen einigen können. Wenn man jetzt hier noch einmal mehr fordert oder machen will, weiss ich nicht, ob dann das wirklich realisierbar wäre und ob der Leist nicht auf die Hinterbeine stehen wird. Wo wir gewisse Sympathien haben und den Antrag vermutlich grossmehrheitlich annehmen werden, ist der Antrag 4 der GB/JA!, dass die Mischverkehrsfläche nicht entstehen soll, dass man dort einfach wirklich den Fuss- und den Veloverkehr getrennt führt. Wir unterstützen den Antrag vor allem weil es ein reiner Prüfauftrag ist, dass geschaut wird, wo es möglich ist, wo man es machen kann, und dagegen gibt es sicher nichts einzuwenden. Den Antrag 5 werden wir sicher auch ablehnen, weil es einfach eine weitere Temporeduktion ist, die gar niemand im Quartier will oder gar nicht zielführend ist und es nicht braucht. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Janosch. Gibt es noch weitere Fraktionserklärungen? Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Gibt es keine? Dann hat Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich danke Nora Joos für die gute Vorstellung des Geschäftes. Merci vielmals. Seit den 1980er Jahren – man stellt sich das vor – wünscht sich die Bevölkerung von Riedbach und Oberbottigen eine sichere und gute Fuss- und Veloverbindung entlang der Bottigenstrasse. Ja, das ist schon eine Weile her. Nach Jahrzehnten hat man dann im Jahr 2008 ein paar Verbesserungsmassnahmen im Abschnitt Rehag, Oberbottigen umgesetzt, aber die grossen Defizite, die bestehen weiterhin. Vor allem auch die Schulwegsicherheit weist grosse Mängel auf. Ja, wir wollen das jetzt angehen und wirklich auch beheben. Die Etappe "Riedbach" hat dabei hohe Priorität. Dort bestehen die grössten Schwachstellen, und zwar zu wenige breite Trottoirs oder sogar fehlende Fussverkehrsverbindungen, wenig bis keine Veloinfrastruktur und unübersichtliche Einfahrten. Wir müssen das unbedingt ändern. Wie schon kurz erwähnt, soll der künftige Fuss- und Veloweg Bümpliz in Riedbach grösstenteils rund 3 bis 4 Meter breit sein. Das ist nur möglich, wenn zusätzliches Land erworben werden kann. Das betroffene Terrain wird aktuell als Landwirtschafts-, Wohn- und Gewerbegebiet genutzt und ist auf über 60, wirklich 60 Grundeigentumsparzelle verteilt. Also nicht eine einfache Sache, das zu Boden zu bringen. Der frühzeitige Einbezug der Grundeigentümer*innen, aber auch der Quartiervertretungen hat deshalb natürlich auch ein sehr hohes Gewicht. Nur zusammen kommen wir hier weiter. Es ist kein einfaches Projekt, es ist aber auch kein Luxusprojekt. Im Gegenteil, es ist, wie schon gesagt, bitter nötig, dass wir hier für mehr Verkehrssicherheit, aber auch für die Schulwegsicherheit wirklich auch Sorge tragen und das jetzt wirklich angehen. Der Gemeinderat bittet Sie auch dieser Erhöhung des Projektierungskredits zuzustimmen. Jetzt noch zu den Anträgen: Die Anträge der PVS haben wir schon besprochen in der Kommission. Ganz kurz dazu: Eine Temporeduktion prüfen wir auf dem Abschnitt gerne und sicher ist es auch wichtig, dass wir schauen, dass die Klimaanpassungsmassnahmen nicht zu Lasten der Velo- oder Fussinfrastruktur gehen. Die Abwägungen sind aber nicht immer ganz einfach, denn der Platz, der ist einfach beschränkt und es braucht dort auch manchmal einen guten Kompromiss. Dann noch zu den Anträgen des grünen Bündnis-

ses. Wenn immer möglich wollen wir Mischverkehr vermeiden. Trägt eine klare Trennung doch viel zur Sicherheit und Klarheit bei. Auch hier braucht es aber auch immer wieder eine Interessensabwägung. Denn wie schon gesagt der Platz, der ist äusserst beschränkt. Aufgrund von den zwar steigenden, aber doch noch eher geringen Fuss- und Veloverkehrsmengen ist ein Konzept mit einer breiten gemischten Fläche für den Fuss- und Radweg jetzt hier vorgeschlagen worden. Wenn man hier eine Trennung realisieren will, braucht es entweder deutlich mehr Land oder das Velo müsste weiterhin auf der Fahrbahn geführt werden, was wir wirklich nicht möchten, eben aus Sicherheitsgründen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. Dann noch zum zweiten Antrag zur generellen Temporeduktion: Eine lokale Reduktion auf 30 km/h kann in dichten bebauten Bereichen zum Beispiel eben jetzt im Knoten Bottigenstrasse-Riedbachstrasse geprüft werden. Auf der restlichen Strecke wird eine Temporeduktion von 40 auf 30 km/h nicht einfach so umsetzbar sein respektive ist mit den gesetzlichen Vorgaben zur Temporeduktion auf 30 km/h kaum realisierbar. Das ausfolgende Gründen: Das Strassenbild entspricht einer Landstrasse, es besteht wenig Bebauung entlang von dieser Strasse und die Verkehrsbelastung ist eher gering, dass der Bund das bewilligen würde. Das ist doch nicht realistisch. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen über die Anträge. Ihr findet die 5 Anträge zu diesem Geschäft auf der Antragsliste. Wir stimmen ab über den ersten Antrag von der PVS. Ihr habt noch 10 Sekunden, ist alles gut.

Antrag

1 PVS: Das Tempo auf der Bottigenstrasse - Abschnitt Gäbelbach Brücke bis Kreuzung Riedbachstrasse – ist von 60km/h auf 40km/h zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 013

2018.TVS.000145: Antrag 1

Annahme

Ja	52
Nein	16
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag an. Wir stimmen über den zweiten Antrag der PVS ab.

Antrag

2 PVS: Das Tempo der Riedbachstrasse Abschnitt Riedbach bis Kreuzung Buchweg ist von 50km/h auf 40km/h zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 014

2018.TVS.000145: Antrag 2

Annahme

Ja	53
Nein	14
Enthalten	0

Präsidentin: Auch diesen Antrag nehmt Ihr an. Wir stimmen über den dritten Antrag ab.

Antrag

3 PVS: Begrünungsmassnahmen sollen bevorzugterweise nicht zu einer Verschmälerung des Rad-/ Fussverkehrs führen.

Abstimmung Nr. 015

2018.TVS.000145: Antrag 3

Annahme

Ja	44
Nein	24
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr nehmt den PVS-Antrag an. Wir kommen zu Antrag Nummer 4 von der GB/JA!-Fraktion.

Antrag

4 GB/JA: Es ist zu prüfen, wo auf der Etappe Riedbach Fuss- und Radverkehr getrennt geführt werden können.

Abstimmung Nr. 016

2018.TVS.000145: Antrag 4

Ablehnung

Ja	34
Nein	35
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag sehr knapp abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 5 von der GB/JA!-Fraktion.

Antrag

5 GB/JA: Wenn Fuss- und Veloverkehr nicht getrennt geführt werden können, ist eine Temporeduktion von 40 auf 30 inklusive verkehrsberuhigende bauliche Massnahmen zu prüfen.

Abstimmung Nr. 017

2018.TVS.000145: Antrag 5

Ablehnung

Ja	18
Nein	51
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt und jetzt kommen wir noch zu der Schlussabstimmung. Wer den Antrag des Gemeinderates in der bereinigten Form annehmen will, drückt Grün, wer ihn ablehnt, drückt Rot und wer sich enthält, Weiss.

Abstimmung Nr. 018

2018.TVS.000145

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr nehmt das Geschäft an.

2016.SR.000240

10 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): „Velo, Velo über alles...“ Setzt sich die Stadt mit ihrer Velooffensive unzulässigerweise über die Strassenverkehrsvorschriften hinweg? Wer haftet?

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 10. Das ist eine Interpellation der SVP-Fraktion. Ist die Diskussion durch die Einreichenden gewünscht? Ja gut, dann stimmen wir ab, ob Ihr die Diskussion gewähren wollt.

Abstimmung Nr. 019

2016.SR.000240: Quorum

1/3 Quorum nicht erreicht

Ja	21
Nein	48
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist nicht gewährt, das heisst, die Einreichenden haben eine Minute Zeit für eine kurze Erklärung. Gut, dann Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedauere es, man hat es uns nicht geben wollen, dass man hier diskutieren kann. Wie gesagt, die Vorstösse von uns haben hier meistens wenig Chancen. Ich möchte trotzdem festhalten, dass wir mit der Antwort unzufrieden sind. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir zu den Problemen, die wir aufgezeigt haben, hier keine Lösungen haben. Ich finde ein Problem ist natürlich, dass die raschen E-Bikes mit den grossen Kontrollschildern, dass die den Velos gleichgestellt sind. Aber so wie Ihr es jetzt macht, so wie es in der Stadt geregelt ist, mit diesen Mischflächen, bei denen ich immerhin doch feststellen muss, dass jetzt auch vonseiten des Gemeinderates gegen die Mischflächen gekämpft wird, weil sie gefährlich sind. Ich bin also der Meinung, dass wir hier die Stadt halt trotzdem zur Verantwortung ziehen könnten. Es wird sich dann herausstellen, aber gewisse Signalisationen sind ganz klar ungenügend. Schaut einmal den Helvetiaplatz an der Thunstrasse an: Beim Umbau des Helvetiaplatzes sind Fussgänger, die vom Elfenaubus gekommen oder auf dem Tram gewesen sind, die sind auf der Fahrbahn gelaufen, wo die Velos sind. *Die Präsidentin macht den Sprecher darauf aufmerksam, dass die Zeit abgelaufen ist.*

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Wie gesagt, da ist die Stadt verantwortlich. Merci, ich bin fertig.

Präsidentin: Danke vielmals, Alexander Feuz. Zufriedenheitsgrad? Unzufrieden habe ich gehört.

2020.SR.000235

11 Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, BDP/CVP (Bernhard Eicher, FDP/Tom Berger, JF/Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP/Lionel Gaudy, BDP/Sibyl Eigenmann, CVP): Pilotprojekt Überdachung von Verkehrsflächen an die Hand nehmen

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 11, interfraktionelle Motion. Diese Motion wurde durch den Gemeinderat bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Wer spricht für die Einreichenden? Wenn niemand für die Einreichende spricht... Gut, Alexander Feuz von der SVP für die Einreichenden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Wir haben es eigentlich zuerst abgemacht. Denn wenn der SVP-Iler redet, sind ja die Chancen meistens sowieso schlechter, dass die Sache durchgeht. Es geht darum, dass dieser Vorstoss für die Überdachung, ursprünglich aus FDP-Kreisen gekommen ist. Wir haben vereinbart, dass wir es gemeinsam einreichen. Es geht uns darum, und das ist das entscheidende. Man sagt immer, wie wichtig es ist. Ihr habt gesehen, wie viele Millionen ausgegeben werden, zum Glück haben wir die Hälfte nachher gekürzt bei dem Bypass. Hier geht es darum wirklich die Lücke in der Stadt Bern zu verbessern, dort eine Überdachung vorzunehmen und deshalb haben wir eine Motion gemacht und es erstaunt mich, dass der Gemeinderat die Motion zur Ablehnung empfiehlt und wir sind ganz klar der Meinung, dass es etwas Sinnvolles wäre, dass man hier eine Stadtreparatur machen sollte. Es ist eine Motion. Allenfalls könnte man sich überlegen es in ein Postulat umzuwandeln. Mal warten und ein bisschen hören was Ihr sagt. Ich will auch nicht zu viel sagen. Wenn ich nämlich zu engagiert rede, befürchte ich, dass sie nachher definitiv abgelehnt wird. Es ist eine Motion und da will ich mich nicht mit fremden Federn schmücken. Deshalb hätte ich hier der FDP oder der Mitte den Vortritt überlassen. Es geht hier darum, eine Stadtreparatur vorzunehmen, das Nötige vorzukehren. Für mich unverständlich, dass hier vonseiten des Gemeinderats das nicht gemacht werden soll. Wahrscheinlich ist der Absender falsch. Ich kann als Motionär bereits meine Ausführungen schliessen. Ich komme nachher nochmals als Fraktionssprecher sprechen, wenn ich allenfalls ein bisschen Eure Voten gehört habe.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten. Gibt es Fraktionsvoten? Doch Oliver Berger von der FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Idee Verkehrsflächen im Stadtgebiet zu überdachen ist nicht neu, aber es ist eine gute Idee. Es gibt bereits Ideen, die umgesetzt sind zu diesem Thema. Es gibt Planungsarbeiten im Kanton Freiburg, zwischen Matran und Freiburg Süd. Da gibt es ein Projekt, wo man 2 Stadtteile zusammenschliessen und dadurch eigentlich Siedlungsraum wieder zusammen tun will, indem dass man die Hochleistungsstrasse überdacht. Zweitens: Es gibt auch ein Projekt im Kanton Zürich, in Schwamendingen, wo man die A1L überdacht. Das ist eine sogenannte Einhausung.

Das ist zwischen Zürich Ost und – jetzt muss ich kurz schauen – dem Schöneichtunnel. Auch dort wird eine Hochleistungsstrasse eingehaust oder eben überdacht. Jetzt kann man sich fragen, warum das Ganze? Es bringt folgendes, und zwar, man hat durch das einen Freiraum, einen Grünraum, man hat Veloverkehr, den man fördern kann, man kann Langsamverkehr fördern und zusätzlich reduziert man auch die Emissionen des MIV. Also grundsätzlich eine gute Idee. Die Luftqualität wird besser, die Lärmemissionen werden eingedämmt. Das ist grundsätzlich eine gute Sache mit dieser Idee der Überdachung von Verkehrsflächen. Das Projekt ist also umweltverträglich. Es erstaunt durch das auch ein bisschen, dass der Gemeinderat die Motion ablehnt. Es gehe nämlich um einen Public Private Partnership, indem, dass man sich keine Türen zu tut und überlegt, ob man das nicht prüfen will bei verschiedenen Verkehrsabschnitten. Beispielsweise beim Bremer, dort gäbe es eine Möglichkeit oder auch beim Bypass A6 Ost. Man vergibt sich keine Chance oder man tut sich keine Chance zu, indem dass man ein Projekt starten würde und mit privaten Partnern zusammenarbeiten. Also es wäre grundsätzlich eine gute Idee, und wir als Fraktion FDP/Jungfreisinn empfehlen dadurch auch die Motion zur Annahme und empfehlen auch, dass man das weiterhin prüfen würde, so ein Pilotprojekt zu starten. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Oliver. Das Wort hat Timur Akçasayar von der SP/JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Wir sind mit den Einreichenden dieser Motion einig, dass der Druck auf den vorhandenen Wohn- und Gewerberaum stetig zunimmt und es richtig ist, dass der vorhandene Raum und Boden in der Stadt Bern optimal genutzt werden muss. Die Idee der Überdachung von Verkehrsflächen zur Schaffung solcher Flächen tönt erst einmal sehr innovativ und verlockend. Diese Motion ist aber leider kein echter Beitrag zur Lösung der aktuellen Probleme. Wir benötigen in der Stadt Bern dringend mehr bezahlbaren Wohnraum, und dies eigentlich gestern und nicht übermorgen. Aus diesem Grund wird die SP/JUSO-Fraktion diese Motion ablehnen und weiterhin die Strategie des Gemeinderates für die Innenverdichtung unterstützen. Wie der Gemeinderat in der Antwort festhält, müssen wir unsere Energie und Ressourcen für kurz- und mittelfristige Projekte einsetzen. Für Projekte, die rasch, wirtschaftlich und ohne Risiken realisierbar sind. Das Lancieren eines Pilotprojekts klingt ebenfalls interessant. Sie bringt aber aus unserer Sicht keinen Mehrwert für die Stadt Bern. Es ist sinnvoller, aus der Vergangenheit zu lernen. Gerne würde ich dazu zwei Beispiele nennen, schliesslich müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Mit der Überbauung Brünnen im Westen von Bern haben wir bereits ein solches Projekt realisiert, wie es in der Motion gefordert wird. Die Geschichte zur Planung Brünnen zeigt deutlich, wie schwer solche Vorhaben es haben. Es hat mehrere Jahre gebraucht, wenn nicht Jahrzehnte, bis die Idee von Wohnungen auf dem Teilstück dieser Autobahn realisiert werden konnte. Der Preis für eine fünfjährige Vorfinanzierung eines Autobahndeckels durch einen Investor kennen wir alle. Es nennt sich nämlich Freizeit- und Einkaufszentrum Westside. Ohne Westside und ohne die Investoren dort, würde es diese Wohnungen auch nicht geben. Um bei Eisenbahnstrecken solche Vorhaben, wie in der Motion gefordert, realisieren zu können, ist, wie in der Gemeinderatsantwort beschrieben, eine Tierverlegung der Gleise nötig. Auch hier haben wir ein Beispiel, schon wieder aus dem Westen, nämlich der Doppelspurausbau der BLS-Strecke Bern-Neuenburg, beim Abschnitt S-Bahnstation Bümpliz Nord bis zum Westside. Damals hat man die Gelegenheit gehabt, dann sind Investitionen notwendig gewesen für die Erneuerung und ein Gleis zusätzlich hinzustellen. Dann hätte man tiefer legen können. Die Stadt konnte das nicht finanzieren, und das kann sie auch nicht finanzieren. Und die Bahnbetreibenden, der Kanton und

der Bund haben gar keine Interessen, so etwas zu finanzieren. Heute fast 20 Jahre später, ist die Situation immer noch der Fall und einfach so zum Spass würde niemand so eine Strecke tiefer legen und Investitionen tätigen. Hätten wir damals das getan, dann hätten wir heute eine ganz andere Situation für die Planung Chantier Bethlehem und wir hätten eine ganz andere Stadtentwicklung vor uns und die künstliche Grenze zwischen Bümpliz und Bethlehem könnte man überwinden. Solche Projekte scheitern nicht am Willen des Gemeinderates oder der Stadtplanung. Würde es in Bern wirtschaftlich realisierbare Projekte geben, würden sich in einem stark kapitalisierten Immobilienmarkt, wie wir es in der Schweiz haben, genügend private Investoren finden. Und noch als letztes, uns hat es erstaunt, dass diejenigen, die regelmässig von Sparen und vom freien Markt reden, die knappen städtischen Ressourcen für solche nicht wirtschaftliche Pilotprojekte verwenden wollen und dass die Gesellschaft Risiken tragen soll.

Präsidentin: Danke, Timur. Das Wort hat Irina Straubhaar von der GLP/JGLP-Fraktion.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Wir als GLP/JGLP-Fraktion finden die vorliegende Motion durchaus interessant. Man sieht das Potenzial, das mit der Überdachung von Verkehrsflächen entstehen kann. Wenn man zum Beispiel schaut, wie schon angebracht, was in Schwamendingen entsteht mit der Überdachung, so kommt dort eine Stadtreparatur zustande, der die Lärmbelastung vermindert und einen Neuenstadt-Park entstehen lässt. Das ist aber zu unterscheiden von dem, was diese Motion fordert. Denn schon die Überdachung in Schwamendingen ist statisch nicht ganz einfach zu realisieren, aber eine Überdachung mit einer Verbauung zu kombinieren ist eine andere Sache. Es ist sicher richtig, dass der Siedlungsdruck in der Stadt hoch ist und von daher ein zusätzlicher Raum durchaus interessant wäre. Dass aber auch ein Projekt bis jetzt in anderen grossen Städten nicht gross Schule machen konnte, liegt daran, wie der Gemeinderat auch in seiner Antwort schreibt, dass solche Projekte mit erheblichen Ungewissheiten und damit auch potenziellen hohen Kosten verbunden sind. Wie man am Beispiel des Pulverwegs sieht, werden solche Flächen auch erst an langfristigem Horizont allenfalls verfügbar sein. In Anbetracht der Ressourcen und bereits laufenden anderen Entwicklungen sind wir der Meinung, dass es sinnvoller ist, wenn sich die Stadt auf die anstehenden Arbeiten konzentriert und sich nicht noch mit einem ungewissen Pilotprojekt beschäftigt. Aus diesen Gründen wird sich unsere Fraktion enthalten.

Präsidentin: Merci, Irina. Dann hat Alexander Feuz das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke allen, die den Vorstoss unterstützen. Es sind wenige. Ich bin der Meinung, es ist eine Chance, die wir hätten. Denkt daran, das betroffene Quartier leidet darunter. Das wäre eine Möglichkeit. Wir wären allenfalls bereit – ich habe es immer gesagt –, das als Postulat entgegenzunehmen, dann könnte es jedenfalls gemacht werden. Aber so, wie ich es bei Ihnen spüre, wollt Ihr das nicht, aber Ihr vergebt eine Chance. Bypass: Ich habe es vorhin schon gesagt. Da wollt Ihr etwas machen oder eben nicht, da will man gross planen. Hier, wo man jetzt konkret eine Chance hätte, wo man etwas machen könnte, da interessiert es Euch nicht. Schaut wie der Vorstoss geschrieben ist. Das hat Berni Eicher, meines Erachtens, gutgemacht, das ist auch mit dem Quartier abgesprochen. Ich bin der Meinung, wenn man die Formulierung sieht, da sollte man zugreifen. Man sollte etwas machen, aber Euch geht es wahrscheinlich darum, dass Ihr lieber etwas baut und wieder eine Grünfläche überbaut. Ihr macht lieber ein Viererfeld kaputt. Wir haben vorher schon gehört, wie es läuft, dass

die Investoren abspringen. Wahrscheinlich springen dann noch mehr ab. Das macht Ihr. Das Gaswerkareal überbaut Ihr auch. Jetzt soll auch noch der Springgarten an die Kasse kommen. Aber dort, wo man eigentlich einen festgefügtten Raum hätte, wo man eine Sanierung vornehmen könnte, dort wollt Ihr es nicht. Aber wie gesagt, einmal mehr halte ich fest, auch für den Stadtpräsident: Man zerstört lieber Grünfläche. Macht dann eine grosse Diskussion, grosse Workshops, wie man die Luft verbessern und das Klima verbessern soll und zerstört die Grünfläche. Seid stolz, ich kann sagen, dass die RGM am meisten Grünflächen zerstört hat. Ich hoffe, dass man das in der Bilanz dann so lesen kann.

Präsidentin: Merci, Alex. Wir kommen jetzt zu den Einzelvoten. Dann hat Alec von Graffenried das Wort für den Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich finde Überdachungen von Verkehrsflächen auch interessant. Ich finde das Thema interessant und bin froh, dass wir das anhand dieses Vorstosses diskutieren können. Ich komme vielleicht noch zur Begriffsklärung: Es gibt auf der einen Seite eine Überdachung von Verkehrsflächen. Damit man die erreichen kann, muss man die Verkehrsfläche tief verlegen und nachher kann man sie überdachen. Dann spricht man von einer Einhausung. Das ist zum Beispiel bei dem Projekt in Schwamendingen der Fall. Dort muss man die Verkehrsfläche nicht tief verlegen. Dort legt man eben nachher wie einen Deckel obendrauf. So rundherum bauen das ist nachher eine Einhausung. Das hat andere Funktionalitäten nachher und auch andere Möglichkeiten wie man das brauchen kann. Das Vorneweg. Wir haben in der Stadt Bern Überdachungen von Verkehrsflächen. Wir haben die bekannteste natürlich, dass ist der Bahnhof Bern. Dort ist das Eisenbahngleis überdacht, an einer sehr zentralen Lage. Die bekannte Überdachung der Autobahn in Brünnen. Timur hat die sehr langwierige Geschichte der Entstehung dieser Überdachung bereits geschildert. Es ist nicht ganz einfach, ein solches Projekt dann tatsächlich realisieren zu können und dann haben wir eine kleinere Überdachung, die so eher eine Einhausung ist im Ostring. Jetzt wenn wir davon reden, wollen wir Verkehrsflächen überdachen oder nicht, dann müssen wir uns natürlich auch überlegen, wo würden wir das machen. Und ich würde jetzt als allererstes die Autobahn erwähnt. Die Autobahn A6, die mitten durch das Siedlungsgebiet durchgeht und dort bietet sich eine Überdachung an. Jetzt hat aber seit dem Vorstoss und der Beantwortung des Vorstosses im Jahr 2020 sich die Erde weitergedreht und wir sind dort einen Schritt weitergekommen, indem, dass wir jetzt an dem Projekt Bypass daran sind und dort die Weiterentwicklung der Autobahn prüfen. Der Bypass besteht daraus, dass eigentlich vom Schöngrün, vom Kleezentrum an bis zum Anschluss Muri die Autobahn in einen Tunnel verlegt wird. Es gibt aber nachher die Autobahn von der Schosshalde bis zur Allmend, die weiterhin bleibt. Die Stadt Bern bzw. der Gemeinderat hat sich immer dafür eingesetzt, dass dort die Autobahn überdeckt wird, genau wie Ihr das in dem Vorstoss verlangt. Vom ASTRA ist das in einer ersten Phase immer abgelehnt worden. Unterdessen hat das ASTRA aber seine Position revidiert und bei den Vorarbeiten zum generellen Projekt, das jetzt am Laufen ist – wir haben letzte Woche darüber gesprochen –, ist es bereits vorgesehen, dass dort eben die Überdeckung kommt. Das ist eigentlich der Abschnitt dort im Bereich des Schönbergs, vom Pulverweg, wo ich den naheliegendsten Abschnitt finde, der sich für eine Überdeckung anbietet. Und genau dort ist jetzt das ASTRA selbst eine Überdeckung am Planen. Und darum finde ich genau das eigentlich der richtige Ort und das richtige Projekt, das man weiterverfolgen soll. Wir sind auch daran, das weiterzuverfolgen. Die Stadt Bern macht dies auch mit halben Mitteln und nicht mit den ganzen Mitteln. Aber

wir machen mit. Und darum denke ich, sind wir dort eigentlich auf dem richtigen Weg. Wir erfüllen die Motion in dem Sinn eigentlich auch, indem dass uns der Pilot, der die Motion verlangt, eine Art wie in Schoss gefallen ist. Wir verfolgen das weiter. Daher braucht es diese Motion nicht mehr. Mit dem Projekt Bypass verfolgen wir eine Überdeckung einer Verkehrsfläche bereits aktiv weiter. Danke, wenn Sie die Motion ablehnen und dem Gemeinderat folgen.

Präsidentin: Danke, Alec. Ich habe nicht gehört, dass Ihr die Motion wandelt zu einem Postulat. Gut, dann stimmen wir ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 020

2020.SR.000235: als Richtlinie	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	41
Enthalten	9

Präsidentin: Ihr lehnt den Vorstoss ab.

2019.SR.000258

12 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 12, das Postulat der SP/JUSO-Fraktion. Zuerst die Frage, ob das Postulat bestritten ist? Ja, es ist bestritten. Gut, dann erteile ich den Einreichenden das Wort. Bernadette Häfliger für die SP/JUSO-Fraktion.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Aktuell nimmt man in der städtischen Politik die Digitalisierung leider eigentlich nur zur Kenntnis, wenn wieder ein weiteres Informatikprojekt nicht so läuft, wie es sollte. Gerade heute haben wir ein weiteres Beispiel diskutiert. Das ist zwar ärgerlich und kostet sehr viel Geld und es ist sicher zu fordern, dass die Stadt Bern in Sachen Projektmanagement noch massiv Fortschritte macht. Im Gesamtkontext der digitalen Transformation sind diese Probleme eigentlich eher Nebengeräusche und auch nicht Thema dieses Postulats. Digitale Transformation bedeutet vielmehr als nur eine technologische Entwicklung. Sie treibt einen weitreichenden sozialen, ökonomischen, politischen und technologischen Wandel an. Im Moment bestehen auch 4 Jahre nach Einreichung des Postulats noch viel Unsicherheit und man hat das Gefühl, dass die Stadt Bern dazu eigentlich noch gar keine Strategie hat. Zu behaupten, man habe den Überblick, wäre ein bisschen überheblich. Das soll aber gleichzeitig nicht heissen, dass man sich einfach zurücklehnen und Zuwarten kann. Diese Diskussion muss rasch und in unterschiedlichen Szenarien geführt werden. Nur so können entsprechende Strategien entwickelt werden, was ein aktives Handeln ermöglicht und nicht nur ein reines Reagieren erlaubt. Welche Eckwerte könnten dabei angenommen werden. Die digitalen Technologien beeinflussen neben der Arbeitswelt auch das gesellschaftliche und soziale Leben aller Menschen. Der nachhaltige Strukturwandel wird in vielen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens heute schon

klar sichtbar. Mit dieser Entwicklung müssen Fragen zur digitalen Kompetenz, zum Datenschutz und zur persönlichen Freiheit von jedem Einzelnen diskutiert und von der Gesellschaft auch neu verhandelt werden.

Wir haben heute eine überparteiliche Motion mit der GB/JA!, mit der GFL und mit der AL/PdA eingereicht, die eine Bewilligungspflicht für private Kameras im öffentlichen Raum verlangt. Aber das allein reicht natürlich nicht. Wir brauchen in einem digitalisierten Umfeld eine umfassende Auseinandersetzung mit diesen Themen. Wenn wir die Autonomie über unsere Daten, aber auch über unser Leben nicht verlieren wollen, müssen wir die Diskussion ernsthaft führen und hätten sie schon lange aufnehmen sollen. Die Stadt Bern muss im Rahmen ihrer Service Public-Aufgaben neue Aufgaben übernehmen beziehungsweise bisherige Aufgaben neu denken. Der chancengleiche Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu digitalen Infrastrukturen wird zukünftig wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe sein. Es zeigt sich, dass mit der Digitalisierung ein riesiger Investitionsbedarf entstehen wird oder bereits entstanden ist. Wir stehen von einem Infrastrukturprojekt, das vergleichbar ist mit der Industrialisierung oder mit der Elektrifizierung im 19. Jahrhundert. Im Allgemeinen Spar-Dogma wird erstaunlicherweise darüber fast gar nicht geredet. Der öffentlichen Hand fehlt heute und nicht nur in der Stadt Bern das Geld für die notwendigen Investitionen, was zu einer gefährlichen Abhängigkeit von privaten Technologie-Riesen führt. Die öffentliche Hand muss neben eigenen Investitionen wahrscheinlich auch vermehrt Anreize zur Investitionsbereitschaft von Privaten schaffen. Die Förderung von Privaten muss allerdings an Bedingungen geknüpft sein, dass sie die Verantwortung für die Gesellschaft als Ganzes übernehmen.

Mit den neuen technologischen Möglichkeiten werden Unternehmen, aber auch Arbeitnehmende, ortsunabhängiger und globaler tätig sein, was eine neue Finanz- und Steuerpolitik bedingen würde. Neue Arbeitsformen führen auch zu einer grösseren wirtschaftlichen Instabilität. Insbesondere im Rahmen vom Übergang kann die digitale Transformation neben dem Fachkräftemangel zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit führen. Insbesondere bei weniger qualifizierten und älteren Arbeitskräften, aber auch bei Arbeitnehmenden, die eine kognitive oder psychische Einschränkung haben, werden die Anforderungen von einer digitalen Arbeitswelt zu einer weiteren Herausforderung führen, bei denen sie vermehrt müssen unterstützt werden. Ein Szenarium geht deshalb davon aus, dass die digitale Transformation zu einer zusätzlichen Spaltung der Gesellschaft führt und zu höheren Sozialausgaben führen kann. Damit müssen sich alle Gemeindewesen auch die Stadt Bern auseinandersetzen. Mit unserem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, dem Stadtrat seine Szenarien aufzuzeigen, damit das Parlament die Möglichkeit hat, strategische Weichenstellungen vorzunehmen. Im Rahmen der digitalen Transformation ist die Strategieentwicklung auch über die Dauer einer Legislatur hinaus eine Fähigkeit, die Politikerinnen und Politiker auch auf kommunaler Ebene noch verstärkt entwickeln müssen. Ich bin deswegen froh, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Die SP/JUSO bittet Euch um Unterstützung des Postulates und hofft, dass der Gemeinderat zur Erstellung des Postulatsberichts nicht weitere 4 Jahre braucht. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Ursula Stöckli von der FDP/JF-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ja, das Postulat kommt mir ebenso vor wie aus der Zeit, als die SP noch Bagger verbieten wollte, weil die Bagger den Leuten die Arbeit

wegnehmen. Das ist kein Witz. Das ist so gewesen. Wir reden hier von der Digitalisierung. Das Postulat ist aus dem Jahr 2019 und wir haben das Jahr 2023... Es geht so schnell. Merci. Wir haben das Jahr 2024 und was ist in diesen Jahren passiert? Sehr viel. Die Stadt Bern hat auch eine Digitalstelle, die Stadt Bern hat eine Digitalstrategie und was wir hier lesen, dass der Gemeinderat aufgefordert wird aufzuzeigen und zu prüfen, das ist nur negativ. Die Digitalisierung, das ist vom Teufel. Am Schluss müsst ihr noch bei den Privaten etwas kaufen oder abonnieren. Die Digitalisierung hat nur negative Folgen. Die Digitalisierung schliesst die Leute aus. Es ist ein reines Horrorszenerario, welches Ihr da aufzeigt, so wie damals, als man Bagger verbieten wollte, weil sie den Leuten die Arbeit wegnehmen. Die Digitalisierung hat sehr viel Gutes. Digitalisierung ermöglicht den Leuten heute eigenständig irgendeine Zugverbindung auszusuchen und Züge zu wechseln. Dank dem können Blinde selbstständiger reisen und so weiter und so fort. Die Digitalisierung bietet tonnenweise Chancen. Ihr zeigt hier in typischer sozialdemokratischer Manie nur das negative des technischen Fortschritts auf und dann wollt Ihr am Gemeinderat noch Arbeit überlassen, Ihr wollt die Verwaltung beschäftigen. Das kostet dann auch nicht wenig und, entschuldigung, es ist einfach sinnlos dieser Vorstoss. Und wenn man dann eine Strategie machen will, die über eine Legislatur hinausgeht, über 4 Jahre, was sind 4 Jahre in der technischen Entwicklung. Überlegt selbst, was habt Ihr vor 4 Jahren für Möglichkeiten gehabt und was habt Ihr vor 4 Jahren für Geräte benutzt? Und Ihr wollt also von der Verwaltung respektive vom Gemeinderat verlangen, dass er haargenau eine Strategie aufzeigt, wie denn das in den nächsten 4 Jahren gehen soll und wie die Welt in 4 Jahren aussieht. Und wenn wir schon bei der Welt sind, wir sind hier eine Gemeindebehörde, ein Gemeindeparlament und die SP will selbstverständlich wieder die ganze Welt retten und die ganze Welt regulieren. Dieser Vorstoss ist einfach völlig aus der Zeit gefallen, erstens und zweitens völlig übertrieben. Die FDP/Jungfreisinn-Fraktion lehnt diesen Vorstoss selbstverständlich ab.

Präsidentin: Danke, Ursula. Das Wort hat Corina Liebi für die GLP/JGLP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Wir Grünliberalen lehnen das vorliegende Postulat ab. Es geht aus unserer Sicht zu weit und die Stadt Bern ist nicht der richtige Ort, sich auf wissenschaftliche Weise mit den vielfältigen Auswirkungen der digitalen Transformation auseinanderzusetzen. Wir anerkennen die Wichtigkeit der digitalen Transformation und die Herausforderungen, die sie mit sich bringt. Dennoch sind wir der Meinung, dass die im Vorstoss geforderten Schritt über das hinaus gehen, was die Stadt Bern allein bewältigen kann. Einmal mehr, die Stadt Bern muss nicht alles immer selbst machen. Sind wir ehrlich, der Vorstoss ist doch sehr polemisch verfasst. Es gibt aus unserer Sicht effektivere Ansätze, um die Problematik anzupacken. Es existieren bereits verschiedene wissenschaftliche Studien, wie auch von der OECD, die man konsultieren und die darin enthaltenen Empfehlungen umsetzen könnte. Wir haben weder Zeit noch die Ressourcen, um uns wissenschaftlich in der Tiefe mit dieser Thematik auseinandersetzen zu können. Wir möchten sehr fest anregen, auf die bestehende Expertise dieser Studien zurückzugreifen. Dies wird aus unserer Sicht dazu beitragen, die Bevölkerung auf dem Weg der digitalen Transformation mitzunehmen und zu unterstützen, ohne die Stadtverwaltung einmal mehr mit zeitaufwendigen Aufgaben zu belasten.

Präsidentin: Danke, Corina. Dann hat Raffael Joggi das Wort für die AL/PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Vielen Dank für das Votum der Einreichenden zu diesem Postulat. Wir können das klar unterstützen, und es ist eigentlich auch eine Reaktion auf das, was von bürgerlicher Seite geäussert wurde. Also es nimmt uns schon Wunder, was denn hier der Gegenentwurf sein soll. Soll man jetzt hier auf Sicht fahren? Irgendwie 4 Jahre sind längstens genug für eine Legislatur. Weiter kann man nicht schauen. Mir scheint, auch nach der Citysoftnet-Diskussion von heute Abend, dass eigentlich allen klar sein sollte, dass es keine vernünftige Digitalisierungsstrategie ist. Und das ist das, was eigentlich das Postulat will, dass man sich Gedanken macht, Ziele formuliert, und zwar längerfristige Ziele. Ich weiss nicht, was wir vor 4 Jahren für Geräte gehabt haben. Es sind eigentlich immer noch dieselben Geräte, die wir haben, vor allem, was geblieben ist, sind die komplizierten Fragen, die sich in dem Zusammenhang stellen. Die Digitalisierungsstrategie, die die Stadt Bern hat oder die der Gemeinderat der Stadt Bern auferlegt hat, die ist schön und recht, aber sie betont eben vor allem die Vorzüge der Digitalisierung. Es ist mitnichten so ein Postulat, eine Schwarzmalerei, aber eine wertvolle Ergänzung für so ein positives Bild, in dem eigentlich einfach die Digitalisierung alles Mögliche Gute machen kann, was sie durchaus bringen kann. Aber Risiken, die wir hier mit unseren beschränkten Ressourcen quasi nicht steuern können, aber durchaus einfach einmal unsere ganze Staatsverwaltung in die Cloud heraufladen wollen, solche Fragestellungen brauchen längerfristige Strategie. Das ist das, was das Postulat fordert und das ist also für die AL/PdA-Fraktion absolut angemessen, dass man sich dort ein bisschen vertiefter Gedanken macht und das in die Digitalisierungsstrategie einfließen lässt. Merci vielmal.

Präsidentin: Danke, Raffael. Wir kommen zu den Einzelvoten. Gibt es keine? Dann hat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für den Vorstoss. Der Gemeinderat ist bereit, diesen entgegenzunehmen. Sie können ihn annehmen oder ablehnen. Wir würden es trotzdem machen. Die Digitalisierung findet statt und wir müssen uns damit auseinandersetzen. Den Kopf in den Sand stecken ist sicher keine Variante in dieser Situation und der Gemeinderat setzt sich sehr aktiv mit der Digitalisierung, mit den Chancen, die sie bietet, aber auch mit den Risiken, die damit verbunden sind, auseinander und die Welt entwickelt sich enorm schnell. Das sieht man, wenn man eben den Vorstoss anschaut, der jetzt unterdessen eben auch schon – nicht zwischen Einreichung und Beantwortung durch den Gemeinderat, sondern zwischen Beantwortung vom Gemeinderat und der Behandlung im Stadtrat – 4 Jahre her ist und das hat sich dort auch schon wieder enorm geändert. Also heute würde ich sagen, werden wir voll getroffen vom Fachkräftemangel. Und vielleicht sind die Befürchtungen, die in dem Vorstoss noch drin gewesen sind, die dann im Jahr 2019 natürlich auch vorherrschend gewesen sind, dass eben die Digitalisierung auch zu einer Veränderung des Arbeitsmarkts führen könnte und allenfalls auch dazu führen könnte, dass es plötzlich zu viele Arbeitskräfte hat. Das ist in eine andere Richtung gegangen und wegen der Demografie werden wir für die nächsten 10 bis 15 Jahre sicher noch in dieser Situation drinbleiben stecken. Das hat sich krass geändert, aber die Digitalisierung ist weitergegangen. Im Moment führen wir vielleicht Diskussionen über Cashless oder nicht. Der Gemeinderat hat sich schon vor längerer Zeit mit BERNMOBIL unterhalten. BERNMOBIL hat gesagt, wir wollen alle unsere Billettautomaten erneuern oder wir wollen neue Billettautomaten beschaffen. Nachher haben wir gesagt: "Nein, jetzt beschafft ihr sicher keine Billettautomaten, wenn bereits absehbar ist, dass überhaupt niemand Billettautomaten brauchen wird, sondern dass alle Leute an ihren mobilen Geräten ihre Billette lösen werden." Und

heute sehen wir eben, dass in der Stadt Diskussionen geführt werden. Ist es zulässig, dass man nur noch Cashless seine Produkte und seine Dienstleistungen anbieten kann oder ist das etwas, wo man schauen muss, dass es weiterhin Bargeld-Zahlungsmöglichkeiten gibt. Ich gebe Euch ein anderes Beispiel: Der Gemeinderat trifft sich jedes Jahr mit dem Rat der Seniorinnen und Senioren, wo er sich über alles, was sie beschäftigt, austauscht. Regelmässige Themen sind immer, dass Velofahrerinnen und Velofahrer die Verkehrsregeln nicht berücksichtigen und das andere Thema ist natürlich immer die Digitalisierung. Vor ein paar Jahren sind die grossen Themen immer gewesen: Wie schaffen wir es, dass wir den Seniorinnen und Senioren den Zugang zu digitalen Angeboten eröffnen können. Also regelmässig haben sie gesagt, dass leider nicht alle Seniorinnen und Senioren den Zugang zu digitalen Angeboten haben. Dieses Jahr sind sie zum ersten Mal gekommen und das ist überhaupt kein Thema mehr gewesen. Dieses Jahr ist das Thema gewesen, dass sie gesagt haben: "Beim digitalen Angebote der Stadt, finden wir das nicht. Wir möchten, dass dies anders gestaltet wird." Also sie haben gar nicht mehr darüber gesprochen über den Zugang, sondern sie haben sich nur noch darüber unterhalten, wie das Angebot weiterentwickelt werden müsste, damit es für Seniorinnen und Senioren auch besser nutzbar ist. Der Zugang ist irgendwie wie kein Thema mehr gewesen, sondern es ist nur noch um die Qualität der Angebote und um die Nutzbarkeit der Angebote gegangen. Auch dort entwickelt sich es enorm rasch. Wir wollen weiterhin beobachten, wie sich die Entwicklung auswirkt, welche Chancen und welche Risiken damit verbunden sind. Wir müssen versuchen, auch wenn es schwierig ist, die Zukunft zu antizipieren. Wir müssen sicher verschiedene Szenarien anschauen. In diesem Sinn empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, ihm zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären.

Präsidentin: Merci, Alec. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmung Nr. 021

2019.SR.000258	
Annahme	
Ja	43
Nein	23
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2017.SR.000093

13 Motion Freie Fraktion AL/GPB-DA/PdA (Daniel Egloff, PdA/Christa Ammann, AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Mehr Briefkästen zur unfrankierten brieflichen Stimmabgabe

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 13. Eine Motion übernommen von David Böhner. Die Motion ist bestritten, und deshalb gebe ich David Böhner das Wort für die Einreichenden.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Bis Mitte 1990er Jahre sind die Abstimmungscouverts in der Stadt Bern vorfrankiert gewesen. Man musste also nicht eine Postmarke auf das Couvert kleben, um an einer Abstimmung oder an Wahlen teilnehmen zu können, sondern konnte das Couvert einfach in einen öffentlichen Briefkasten einwerfen. Von denen hat es damals auch noch fast an jedem Ecken einen gehabt. Aufgrund von Sparmassnahmen ist das dann vor bald 30 Jahren geändert worden, so dass man selbst die Briefmarken auf das Abstimmungscouvert kleben musste. Seither hat es zwar schon mehrmals politische Vorstösse gegeben, die die vorfrankierten Abstimmungscouverts eingefordert haben. Das hat sich aber nie durchsetzen können, obwohl es einleuchtende Gründe dafür gäbe. So haben 2 Ökonomen der Uni Freiburg in einer Studie herausgefunden, dass die Stimmbeteiligung bis zu 4,5% erhöht werden kann, wenn Abstimmungscouverts vorfrankiert sind. Die Motion von Christa Ammann und Daniel Egloff ist im April 2017 eingereicht worden, also vor bald 7 Jahren und es geht bei dieser Motion nicht einmal um die kostspielige Vorfrankierung, sondern um ein paar simple zusätzliche Briefkästen, die in den Quartieren vor Abstimmungen sollen aufgestellt werden. So wie es die gibt vor dem Erlacherhof oder im Bienzgut in Bümpliz oder bis letzten Herbst auch im Fundbüro der Predigergasse. Der Briefkasten ist unterdessen abgeschafft worden. Die Antwort des Gemeinderats vom Juni 2023, wo er sich damit brüstet, dass es in Bern mehr Briefkästen gibt als in anderen Städten, ist also auch schon veraltet. Und geradezu skandalös finde ich die Antwort des Gemeinderats auf die kleine Anfrage von Janosch Weyermann, die heute gekommen ist. Wenn der Briefkasten beim Fundbüro zu klein gewesen ist, zeigt das doch gerade das Bedürfnis nach einem solchen Briefkasten. Dann hat man halt eine einmalige Ausgabe für einen grösseren Briefkasten. Die Demokratie kostet halt etwas, vor allem wenn man will, dass sich die Leute beteiligen. Die Motion fordert also, dass es in jedem Stadtteil mindestens einen solchen Briefkasten gibt, wo man das Abstimmungscouvert herunterlassen kann, wenn man gerade keine Briefmarke zur Hand hat. Wir sind überzeugt, dass es viele Leute gibt, die zwar das Abstimmungscouvert ausfüllen, aber es dann trotzdem im Altpapier landet, weil die Zeit einfach fehlt, eine Briefmarke zu kaufen, wenn man keine mehr zu Hause hat. So kompliziert und teuer, wie es der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, kann das ja nicht sein. Sonst wäre es im Bienzgut auch nicht möglich, so einen Briefkasten einzurichten. Bei den von der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG) organisierten Quartiertreffs wäre es sicher ohne grösseren Aufwand möglich, solche Briefkästen einzurichten und damit etwas für eine höhere Stimmbeteiligung und die Stärkung der politischen Mitsprache in der Stadt zu machen. Und zum Schluss noch eine Bemerkung zum Argument des Gemeinderates, dass es in anderen Städten auch nicht mehr Briefkästen gibt. Wieso soll sich Bern nach unten orientieren? An der letzten Sitzung haben wir gehört, dass der Sicherheitsdirektor findet, die Berner und Bernerinnen seien die geilsten. Wieso ist das hier nicht auch möglich? Und vielleicht noch zur Erinnerung, viele der Städte, die der Gemeinderat in seiner Antwort aufzählt, sind in den Kantonen, wo die Abstimmungscouverts gratis per Post verschickt werden können. Wenn das in Bern auch so wäre, könnten wir von mir aus alle die Briefkästen abbauen. Wir hoffen also sehr, dass Ihr diese Motion annehmt, und Euch für eine höhere Stimmbeteiligung einsetzt und dass der Gemeinderat diese Motion dann auch endlich umsetzt, sonst werden wir uns überlegen, einen neuen Anlauf für vorfrankierte Abstimmungscouverts in der Stadt Bern zu machen.

Präsidentin: Danke, David. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Tom Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Am 6. April 2017 habe ich auch schon wieder im Rat sitzen dürfen und wir haben eine Motion der Fraktion SP/JUSO mit 28 zu 29 Stimmen abgelehnt, wo eben die Vorfrankierung der Wahl- und Abstimmungscouverts verlangt hat. Und ich gebe es zu, ich habe dazumal auch noch zu denen gehört, die Nein gestimmt haben. Um den Zugang zur Stimmabgabe so niederschwellig wie möglich zu gestalten, gibt es 2 Möglichkeiten: Man kann mehr Briefkästen für die unfrankierte Abgabe zur Verfügung stellen oder eben man kann die Couverts vorfrankieren. Welche Massnahme die bessere ist, welche die kosteneffizientere ist und ob es vielleicht einen Mix aus beiden braucht, ist sicher zu diskutieren. Aber ich kann Ihnen sagen, dass unsere Fraktion FDP/Jungfreisinn der Motion heute Abend zustimmen wird. Die Demokratien sind weltweit unter Druck. Hier in der Schweiz sind wir grundsätzlich zu Recht stolz auf unsere Demokratie und auf unser politisches System. Aber auch wir hier in der Schweiz, hier in Bern müssen zu dieser Demokratie Sorge tragen. Dürfen Wählen und Abstimmen ist ein Privileg. Ein Privileg, die in unserer Gesellschaft nicht allen zugutekommt. Und jetzt können wir eigentlich von denen, die das Privileg haben, erwarten, dass es dann gleich nicht zu viel verlangt ist, in dieser Frist von 3-4 Wochen – wobei letztes Mal sind es dann gleich nur 2 Wochen gewesen und nicht einmal 2 ganze Wochen –, dass es dem Privileg angemessen ist, dass man in dieser Zeit hinbekommt, die Unterlagen auszufüllen, das Couvert zu frankieren und in einen Briefkasten einzuwerfen. Aber eben David Böhner hat es vorhin bereits ausgeführt, es gibt die Studie der Universität Freiburg. Du hast vorhin eine Zahl genannt von etwas über 4%. Ich habe die Zahl gelesen von 1,8%. Wir sind uns einig, die Stimmbeteiligung steigt und selbst wenn es nur 1,8% wären, die sich durch das mehr stimmbeteiligen, dann macht das in der Stadt Bern sage und schreibe 1'500 zusätzliche Stimmabgaben, die sich an einer Abstimmung oder eben an einer Wahl beteiligen können. So ist, wie gesagt klar, dass eigentlich die Stimmabgabe – auch wenn die Hürde vermeintlich nicht so hoch ist, eine Briefmarke zu kaufen, aufzukleben und das Couvert einzuwerfen – so niederschwellig wie möglich zur Verfügung stehen soll. Es ist bereits erwähnt worden, die Motion ist eingereicht worden, als wir noch 3 Briefkästen für die Stimmabgabe gehabt haben. Der eine ist mittlerweile aufgehoben worden. Ich danke auch im Namen unserer Fraktion Janosch für die Frage, die er gestellt hat. Das ist eigentlich absurd, dass man sagt, ein Briefkasten ist derart beliebt gewesen, dass wir ihn halt gerade schliessen mussten. Das ist eine Argumentation, die in sich eigentlich nicht aufgeht. Das sollte, wie es David Böhner richtig ausgeführt hat, eigentlich ein Anreiz sein, sich zu überlegen, ob es nicht mehr Briefkästen bräuchte und wo man diese platzieren könnte. David hat ebenfalls bereits ausgeführt, dass der Gemeinderat in seiner Antwort andere Städte aufführt, wo es nur einen Briefkasten gäbe. Du hast es bereits richtig gesagt, es sind teilweise Städte, die eben eine unfrankierte Stimmabgabe kennen oder dann ist es zum Beispiel eine Stadt wie Köniz. Bei allem Respekt vor Köniz, das ist eine Stadt mit 40'000 Einwohnenden, gemessen auf die Fläche der Stadt Bern, wo sich über ganz ein anderes Gebiet erstreckt und die viermal mehr Einwohnenden hat, kann man natürlich so einen Vergleich nicht einfach so ziehen. Gefragt sind in unseren Augen aber halt auch innovative Ansätze. Wir stellen uns zum Beispiel vor, dass wenn man mehr solche Briefkästen macht, dass wir auch mit einer einfachen Waage eine digitale Füllmenge an diesen Briefkästen machen könnte, sodass die halt dann geleert werden, wenn wirklich auch Bedarf besteht. Ich denke, das ist dann wieder so etwas, wo wir den Aufwand zur Bewirtschaftung dieser Briefkästen optimieren können. Wir halten fest, dass Demokratie wichtig ist. Die Demokratie muss immer wieder auf das neue verteidigt werden und die Demokratie darf und soll auch etwas kosten. Dass die Demokratie darf und soll Kosten heisst natürlich nicht, dass man jetzt einfach an jedem Ecken, auf Teufel komm

raus, Briefkästen aufstellen muss, denn auch bei der Demokratie ist es nicht so, dass je teurer sie ist, je besser sie wird. Aber wie gesagt, sie darf etwas kosten. Wir wollen als Fraktion FDP/Jungfreisinn einen möglichst niederschweligen Zugang zur Ausübung der demokratischen Rechte und werden dieser Motion entsprechend zustimmen.

Präsidentin: Danke, Tom. Das Wort hat Janosch Weyermann von der SVP.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich muss gar nicht mehr viel dazu sagen. David Böhner und Tom Berger haben es eigentlich sehr gut schon ausgeführt. Ich will noch 2-3 Sachen loswerden wegen den kleinen Anfragen und einfach generell auch zum Vorstoss. Ich habe gesehen der Vorstoss ist eigentlich aus dem 2017. Das ist schon ein bisschen komisch, wieso dass der Gemeinderat erst im November oder im Oktober 2023 eine Antwort darauf findet, wieso dass er jetzt nicht mehr Briefkästen haben will, in dieser Stadt. Es ist komisch 6 Jahre zu brauchen für eine Antwort auf eine Motion. Und nachher vielleicht zu der kleinen Anfrage, die ich eingereicht habe wegen diesen Briefkästen und wegen dem Briefkasten im Fundbüro. Das ist absurd, wenn man sagt, der Briefkasten hat sich nicht bewährt, weil er zu beliebt gewesen ist, also das leuchtet dann wirklich überhaupt niemanden mehr ein, dann muss man vielleicht einen anderen Standort suchen. Es geht offenbar in Bienzgut eben auch, und das Fundbüro ist ja auch besetzt zu Bürozeiten und dann muss man halt jemanden aufbieten, der es am Wochenende leert. Also das Argument lassen wir sicher nicht gelten. Und vielleicht noch die Antwort, die ich heute bekommen habe. Die kleine Anfrage ist einfach auch einmal wieder so ein bisschen – das ist heute schon angesprochen worden wegen den Antworten auf die kleinen Anfragen generell – lusch ausfallen. Und heute ist es wirklich wieder so, ich fühl mich wirklich überhaupt nicht ernstgenommen. Die eine Frage will man gar nicht beantworten, bei den anderen sagt man einfach Nein und die andere Antwort habe ich mir eigentlich selbst geben können indem dass ich einen BZ-Artikel aus dem 2018 recherchiert habe. Ich habe gefragt, wie viel unfrankierte Couverts zurückkommen pro Abstimmung. Da hat der Gemeinderat gefunden, dass das nicht selbst statistisch erfasst wird und da hat eben den BZ-Artikel aus dem 2018 festgehalten, dass es rund 300 bis 400 sind. Ich weiss nicht, wer die Antwort geschrieben hat, aber es wäre vielleicht wert gewesen, einmal die BZ aufzuschlagen. Und meine Frage wäre gewesen, ob man sich dann nicht vorstellen könnte oder ob man sich nicht bewusst ist, dass jetzt vielleicht durch die Abschaffung des Briefkastens noch mehr unfrankierte Couverts zurückkommen. Da hat man auch keine Antwort gewusst, hat einfach gesagt Nein. Also ich fühle mich hier komplett nicht ernstgenommen und wir haben eigentlich ursprünglich einmal gedacht, dass wir die Motion dann, als sie im Oktober oder November traktandiert gewesen ist, hätten wir sie eigentlich ablehnen wollen, weil wir finden, doch 3 Abstimmungskästen sind eigentlich okay. Aber wie wir gehört haben, die Demokratie darf und soll etwas kosten und weil der Gemeinderat jetzt hier wirklich eigentlich ein komisches Spiel spielt, indem dass man eigentlich im Juni antwortet und sagt, man hat 3 Briefkästen und 2-3 Monate später einfach einen Briefkasten entfernt, ohne die Bevölkerung irgendwie darüber zu informieren. Wir finden es komisch und darum werden wir dieser Motion auch einstimmig zustimmen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Janosch. Für die GB/JA!-Fraktion, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Das ist mir jetzt also wirklich auch noch nicht oft passiert hier im Stadtrat, dass ich nach diesen Vorrednern sagen kann, dass auch wir uns anschliessen können an dem, was schon gesagt worden ist. Ich möchte aber doch noch ausführen, weshalb die GB/JA!-Fraktion dieser Motion selbstverständlich zustimmt. Wir wissen es alle, unsere Demokratie hat enorme Mängel und das ist auch schon gesagt worden. 1/4 der Bevölkerung darf gar nicht abstimmen, weil sie keinen Schweizer Pass haben und ganz viele, die eigentlich könnten abstimmen gehen, die gehen nicht und es ist meistens so, dass die Stimmbeteiligung von etwa 35 bis 60% ist. Das heisst unter dem Strich ist es so, dass ungefähr 25 bis 40 % der Bevölkerung nachher für alle abstimmt und entscheidet. Und wenn wir nur ein bisschen ein Interesse haben an unserer Demokratie, dann können wir den Umstand nicht gut finden und auch nicht akzeptieren. Und man muss da verschiedene Sachen machen, auf verschiedenen Ebenen: National wird zurzeit für die Demokratieinitiativen gesammelt, die das Recht auf Einbürgerung fordert. Das ist aber leider noch ein langer Weg, wie wir uns vorstellen können. Deshalb ist es auch sehr wichtig, dass man kleinere Schritte machen muss und dies auch auf Gemeindeebene. Wir haben Ende letzten Oktober im Rat eine Abstimmungsunterlage "leichte Sprache" bei den Abstimmungsunterlagen angenommen, damit es so gemacht wird. Das ist sicher auch ein Schritt und ein weiterer Baustein bieten eben die Möglichkeit, dass man die Stimme kostenlos abgeben kann, ohne dass man das an der Urne machen muss, wie das jetzt im vorliegenden Vorstoss gefordert wird. Ich persönlich kann nicht sagen und auch unsere Vorredner haben das auch nicht sagen können, wie gross, dass die Prozentzahl der Kantone und der Gemeinden ist, in denen das Abstimmungscouvert und das Wahlcouvert unfrankiert verschickt werden kann. Ich weiss aber zumindest – das habe ich nachgeschaut –, dass alle die Gemeinden, die der Gemeinderat aufführt im Vergleich, also es sind Zürich, Basel, St. Gallen und Winterthur, so eine Vorfrankierung haben. Die einzigen Ausnahmen sind die Gemeinden Thun und Köniz, also die beiden Berner Gemeinden. Und ich gebe da Tom Berger auch recht. Also ich weiss nicht, ob man Köniz jetzt in dem ganzen Vergleich, ob das wirklich gilt, weil es doch eine sehr viel kleinere Gemeinde ist, als dass es die anderen sind. Das heisst der Vergleich mit der Anzahl Briefkästen und Urnenlokal hinkt hier sehr gewaltig, denn es geht eigentlich darum, dass man hier eine zeitliche ungebundene Stimmabgabe machen kann und nicht um die Urnenlokal. Und wenn man eben nachher sagt: "Ja, die Städte, die aufgeführt sind, die haben ja nur so 1 bis 2 Briefkästen für eine Stimmabgabe, wo man es machen kann." Aber die die Vorfrankierung haben und den einfach irgend in einem Briefkasten runterlassen kann. Dann steht einfach die Stadt Bern schlecht da und es stimmt nicht, was der Gemeinderat in seiner Antwort sagt. Die GB/JA!-Fraktion hat sich schon immer dafür ausgesprochen, dass man die Frankierung aufhebt, also dass man die Couverts vorfrankiert. Es ist auch hier schon vorhergesagt worden, es ist ein Postulat bereits 2010 überwiesen worden, dass das gefordert hat und die Motion im 2017 ist dann ganz knapp abgelehnt worden mit einer Stimme unterschied. Und wir haben ja nicht gewusst, dass das jetzt tatsächlich so eine grosse Mehrheit hat, hier in diesem Rat, aber wir haben gehofft, dass wir doch die eine Stimme wir vielleicht noch werden holen können und darum haben wir am heutigen Abend auch einen Vorstoss eingereicht als die GB/JA!-Fraktion, die die Forderung noch einmal auf den Tisch legt, dass man wirklich die Couverts vorfrankiert und das nicht mehr weiter selber machen muss. Solange aber die Vorfrankierung nicht Realität ist, ist aus unserer Sicht mehr Briefkäste eine gute Lösung, zumindest ein Briefkasten pro Stadtteil. Das wäre doch eigentlich eine gute Sache und es ist uns schon klar, dass das mit Aufwand verbunden ist, und wir würden dementsprechend eigentlich auch die Vorfrankierung bevorzugen, wobei eben nicht ganz klar ist, was dann teurer käme. Aber eben, solange

die Vorfrankierung halt nicht die Realität ist, dann halt mindestens mehr Briefkästen. Ich habe es am Anfang schon gesagt, wer wirklich Interesse an unserer Demokratie hat, der dem darf es nicht egal sein, dass man eine tiefe Stimmbeteiligung hat. Wir wissen jetzt, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, in diesem Bereich eine Mehrausgabe zu machen. Das nehmen wir so zur Kenntnis, aber wir wissen, wir nehmen jetzt zur Kenntnis, dass wir hier im Stadtrat eine Mehrheit dafür haben, dass man mehr Geld in die Hände nimmt. Und ich bin froh, dass wir das alle hier demokratie-politisch bedenklich finden und das so nicht hinnehmen. Dementsprechend können wir dieser Motion zustimmen und freuen wir uns darauf, wenn sie dann auch unserer Motion zur Vorfrankierung zustimmt. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke, Lea. Sara Schmid von der SP/JUSO-Fraktion hat das Wort.

Sara Schmid (SP) für die Fraktion: Ich freue mich auch sehr über die Einigkeit und vieles ist schon gesagt worden. Ich werde mich kürzer fassen, aber ich möchte auch ganz herzlich den Motionär*innen danken für das demokratiepolitische wichtige Anliegen. Wir unterstützen es sehr, wenn wir möglichst alle Hürden zur Ausübung unseres demokratischen Rechts abbauen können, und auch eine Briefmarke kann eine Hürde darstellen. Zu diesem Thema hat unsere Fraktion 2015 auch in einem Vorstoss gefordert, dass die Vorfrankierung von Wahl- und Abstimmungsunterlagen in der Stadt Bern wieder eingeführt werden soll, und die Forderung ist 2017 leider knapp abgelehnt worden. Aus der Sicht der SP/JUSO-Fraktion ist es also das absolute Mindeste, dass jetzt jeder Stadtteil einen Briefkasten hat, in dem die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Bern ihr Abstimmungscouvert unfrankiert einwerfen können. Es ist schon gesagt worden, dass sich die Situation inzwischen sogar noch verschlechtert hat. Wir haben nur noch 2 Briefkästen und darum unterstützen wir das Anliegen der Motionär*innen klar. Auch ich möchte noch etwas zur Antwort des Gemeinderats sagen. Ja, wir haben uns auch mit dieser Antwort schwergetan. Wir haben das Gefühl beziehungsweise wir sind doch sehr viel zuversichtlicher als der Gemeinderat, dass es doch in jedem Stadtteil geeignete Standorte für solche Briefkästen gibt. Wir glauben auch, dass es durchaus möglich ist, auch dort eine sichere Stimmgabe zu gewährleisten, was natürlich eine zentrale Voraussetzung ist. Und wie auch schon gesagt wurde, hat uns die Begründung, wir stehen im Vergleich zu anderen Städten gut da, doch irritiert. Ich muss es jetzt dennoch noch einmal zum Abschluss sagen: Abgesehen von den genannten Gemeinden im Kanton Bern, sind alle anderen Gemeinden in Kantonen, die die Kosten übernehmen werden. Also der Vergleich hinkt wirklich. Der Aufwand steigt bei Investitions-, Wartungs- und Personalkosten, aber aus unserer Sicht, ist das für unsere Demokratie mehr als vertretbar. Ja, es ist eine konkrete und wirkungsvolle Massnahme, wie auch schon gesagt wurde. Die Studie zeigt klar auf, dass wir damit die viel beklagte tiefe Stimmbeteiligung halten können. Und das sollte doch wirklich im Interesse von uns allen hier drin sein. Deshalb stimmen wir dieser Motion zu und tragen wir doch zu unserer Demokratie Sorge. Danke.

Präsidentin: Danke, Sara. Wir kommen jetzt zu den Einzelvoten. Dann hat Ueli Jaisli das Wort.

Jaisli Ueli (SVP), Einzelvotum: Also es ist ja im Prinzip schon fast alles gesagt. Dass die positive Auswirkung, die die Stimmbriefkästen haben, die sind nicht von der Hand zu weisen. Ja, ich sehe das in Bümpliz im Bienzgut. Da hat es viele Leute, vor allem auch viele Ältere, die manchmal einfach auch zum Beispiel den Rollator stossen und

vorne im Körbchen noch Stimmcouverts haben, die das einfach noch schnell abgeben gehen dort im Bienzgut und nachher einkaufen gehen. Und so nachher nicht noch lange zu Hause eine Briefmarke suchen müssen. Der Aufwand, über den in der Antwort des Gemeinderates geschrieben wird, um so einen Briefkasten zu montieren, ist sicher nicht so dramatisch wie hier beschrieben. Das kann es ja nicht sein. Der Wert eines solchen Briefkastens übersteigt den Aufwand wesentlich. Ich kann es kurz machen. Zur Förderung der Stimmbeteiligung ist die Motion sicher unterstützungswürdig. Danke.

Präsidentin: Danke, Ueli. Dann hat jetzt das Wort, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die Diskussion über die Erhöhung der Stimmbeteiligung und den Zugang zu der Stimmabgabe. Das ist etwas, was dem Gemeinderat und auch mir persönlich sehr wichtig ist und wir probieren, die Verhältnisse immer zu verbessern. Das ist die Zuständigkeit des Gemeinderates und entsprechend ist das auch eine Richtlinienmotion. Wir treffen auch Massnahmen dafür und ich bin immer wieder mit der Stadtkanzlei mich am Austauschen, wie wir die Situation verbessern könnten. Jetzt die Frage des Briefkastens an der Predigergasse: Der Briefkasten ist nicht ausgewechselt oder weggenommen worden, weil es zu aufwändig wäre oder weil er zu viel Erfolg gehabt hätte. Der Fall ist der gewesen, dass man dort die Stimmcouverts, die hineingeworfen worden sind, wieder hätte herausfischen können. Und das hat natürlich der machen können, der das Stimmcouvert selbst reingeworfen hat, aber es hätte auch irgendjemand anderes machen können. Und das ist nicht im Sinne des Erfinders, dass man Briefe aus einem Briefkasten herausnehmen kann und damit die Sicherheit der Stimmabgabe gefährden kann. Darum haben wir den Briefkasten dort entfernt. Ich glaube, ich kann weiterhin sagen, dass wir dagegen sind, weitere Briefkästen aufzustellen, denn ein Briefkasten kostet nicht einfach 2000 Franken, was wohl so einen Briefkasten kostet, sondern das aufwendige an einem Briefkasten ist der Betrieb. Der Briefkasten im Erlacherhof wird am Tag, vor allem wenn es dann kurz vor der Abstimmung ist, bis zu sechsmal geleert. Und wenn der Briefkasten jetzt irgendwo steht, wo er nicht gerade neben der Abstimmungszentrale ist, dann wird das einfach sehr aufwendig. Wir haben eine sehr gute Lösung durch einen sehr engagierten Stimmberechtigten in Bümpliz, der uns den Briefkasten in Bienzgut immer leeren geht und die Post nachher hinbringt. Der hat auch nachher auf dem Weg zum Erlacherhof immer gerade den Briefkasten an der Predigergasse geleert. Aber irgend an einem anderen Ort, wenn man irgend an einem anderen Ort so Briefkästen aufstellen würde, dann wäre das natürlich je nachdem dann sehr aufwendig die Briefkästen auch wieder zu leeren. Ich habe aber die Debatte gehört und die, die schon sehr lange da sind, können sich erinnern an die letzte Debatte, wo es eben sehr knapp ausgegangen ist. Das ist ein Vorstoss gewesen, der vom vorherigen Gemeinderat beantwortet worden ist. Ich sehe es eigentlich anders. Wir finden auch, dass man diese Vorfrankierung übernehmen könnten. Es kostet zwar etwas, es kostet 125'000 Franken im Jahr, wenn man die Vorfrankierung einführen würde, aber es ist irgendwo ein Nullsummenspiel. Das sind die Frankaturen, die man leistet zu Gunsten der Stimmberechtigten. Das ist also praktisch die ganze Bevölkerung. Gut, die nicht stimmberechtigte Bevölkerung ist nicht enthalten, aber es ist wirklich eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die von dem dann profitieren würde. Also es ist in dem Sinn ein bisschen ein Nullsummenspiel, so dass ich mich heute Abend nach Ihrer Diskussion entschieden habe, dass wir das doch machen. Dann führen wir die Vorfrankierung ein. Es gibt andere Gemeinden, die das haben und das ist mir nur gerade in den Sinn gekommen, weil wir kürzlich darüber gesprochen haben. Auch die Burgergemeinde Bern hat die Vorfrankierung bereits, und

dann könnten wir dort dem Beispiel der Burgergemeinde Bern folgen und die Vorfrankierung bei uns auch einführen. Einen weiteren Briefkasten einzuführen oder weitere Briefkästen aufzustellen, das ist, glaube ich, nicht zielführend. Also da sind wir mit der Vorfrankierung, glaube ich, auf dem besseren Weg und können dann auch etwas einsparen, dass wir die Briefkästen einsparen können. Und was vielleicht zu allem noch dazu zu sagen wäre, es ist von demokratie-politisch bedenklich hier geredet worden. Also ich muss sagen, dass es ein relativ kleineres Problem bei der Stimmabgabe ist. Stimmabgabe ist überall möglich. Wir versuchen, diese so einfach wie möglich auch zu gestalten oder neu zu gestalten von Stimmzetteln etc. Das sind, glaube ich, wichtigere Beiträge, die wir leisten. Und die gute Nachricht ist, dass die Stimmbeteiligung in der Stadt Bern immer, immer und immer hinaufgeht. Also unsere Bevölkerung ist je länger wie engagierter, ob mit Vorfrankierung oder ohne. Aber wir werden alle Massnahmen ergreifen, damit wir weitere Verbesserungen erzielen können. Deshalb habe ich mich heute Abend entschieden, dass wir Ihnen einen Vorschlag machen für die Vorfrankierung. Danke.

Präsidentin: Danke, Alec. Es ist noch die Frage aufgekommen, wieso wir diskutieren, wenn sich alle einig sind. Der Grund ist, dass der Vorstoss bestritten ist vom Gemeinderat. Dann gibt es immer eine Diskussion. Wir stimmen jetzt über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 022

2017.SR.000093

Annahme

Ja	55
Nein	6
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr nehmt die Motion an.

2020.SR.000168

**14 Postulat Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Elisabeth Arnold, SP):
Schulhausneubau Untermatt – Brücke zwischen altem und neuem
Quartier**

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 14. Das Postulat der SP/JUSO-Fraktion. Ist es bestritten? Ist das bestritten? Gut, dann gebe ich das Wort an Mihalyi Szabolcs von der SP/JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Einreichenden: Wir haben heute notfallmässig beschlossen, dass wir Schulraum beim Warmbächli dazu mieten müssen, weil oh Wunder in den 330 neuen Wohnungen, die dort gebaut worden sind, sind überraschend Familien mit Kindern wie gewünscht eingezogen. Im Weyermannshaus West bauen wir 800 Wohnungen. Entsprechend wäre es gut, würde der Gemeinderat sich jetzt schon konkret zum Bau einer Schulanlage fest bekennen. Schliesslich ist der herrschende Schulraum-mangel in der ganzen Stadt, fast in der ganzen Stadt, Entschuldigung, schon schlimm genug. Wir müssen ihn nicht dort noch schaffen, wo er zum Glück noch nicht herrscht,

nämlich in den Schulkreisen Bethlehem und Bümpliz. Ein neuer Standort würde ausserdem die soziale Mischung im Untermatt-Quartier gewährleisten. Ob das mit der geplanten Zuteilung der Kinder vorläufig zur Schulanlage Stöckacker zutreffen würde, ist fraglich. Und der Druck auf die Schulanlage Stöckacker ist schon jetzt langfristig absehbar mit den Hochhäusern, die entlang der Autobahn dort geplant sind. Es wäre deshalb angemessen, würde man sich wirklich dazu bekennen, endlich die Schulanlage anzupacken. Allein schon, weil die zuständige Quartierkommission in den letzten Jahren dreimal eine solche Schulanlage gefordert hat. Basierend darauf wird unsere Fraktion SP/JUSO das Postulat annehmen, aber den Prüfungsbericht des Gemeinderates ablehnen.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Gibt es keine? Dann Einzelvoten? Auch nicht, dann hat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Das macht mich jetzt ein bisschen ratlos. Wir haben heute Nachmittag über die Stöckackerschule gesprochen in der PVS. Dies wird dem Stadtrat über kurz oder lang vorgelegt. Wir werden im Juni über das Stöckacker-Schulhaus abstimmen. Das Stöckacker-Schulhaus liegt unmittelbar neben der Überbauung Weyermannshaus West. Man geht unter der Autobahn durch. Also das ist etwa 100 Meter neben der Überbauung Weyermannshaus West ist das Stöckacker-Schulhaus. Man hat aber in der Entwicklung Weyermannshaus West vorgesehen, dass eben die Basisstufe, dass man die dort machen kann, genau gleich wie man es im Holliger gemacht hat. Das sind nicht Zumietungen aus der Not, sondern das sind Zumietungen damit genau in diesen Überbauungen auch Angeboten eben der Basisstufe vorhanden sind. Damit die Kinder eben aus diesen Überbauungen dann möglichst einen kurzen Schulweg haben. Jetzt, wenn Ihr den Prüfungsbericht ablehnt, in dem genau das drinsteht, dass wir das machen werden, macht es mich einfach ratlos. Was wollt Ihr denn? Also das ist genau das, was im Vorstoss drinsteht, was wir im Prüfungsbericht drin zusichern. Ich bitte Euch darum, den Vorstoss zu überweisen, aber ich bitte Euch, den Prüfungsbericht nachher auch zu genehmigen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke, Alec. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Es sind 2 Abstimmungen. Zuerst über das Postulat, ob Ihr es erheblich erklären wollt, und dann, ob Ihr dem Prüfungsbericht zustimmen wollt oder nicht. Die erste Abstimmung über die Erheblichkeitserklärung des Postulats.

Abstimmung Nr. 023

2020.SR.000168	
Annahme	
Ja	50
Nein	9
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Vorstoss angenommen. Dann stimmen wir über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung Nr. 024

2020.SR.000168: Prüfungsbericht

Annahme	
Ja	43
Nein	18
Enthalten	4

Präsidentin: Der Prüfungsbericht wird angenommen.

2020.SR.000204

15 Motion Tabea Rai (AL), Eva Gammenthaler (AL), Mohamed Abdirahim (Juso), Zora Schneider (PdA), Rafael Egloff (Juso) - übernommen durch David Böhner (AL): Ballenberg der Denkmäler auf der Grossen Allmend

Präsidentin: Wir sind beim Traktandum 15. Die interfraktionelle Motion ist bestritten vom Gemeinderat und ich gebe den Einreichenden das Wort. Übernommen wurde diese Motion von David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Ich freue mich auf die Diskussion. Als vor ein paar Jahren im Zusammenhang mit der Black Lives Matter-Bewegung überall alte koloniale Denkmäler in Frage gestellt und die zum Teil auch gestürzt oder abgebaut worden sind, hat die AL mit der PdA und der JUSO die Motion eingereicht für ein Ballenberg der Denkmäler auf der grossen Allmend. Die Diskussion um die Burgergemeinde, an der vorletzten Stadtratssitzung, und die Forderung nach Reparationszahlungen haben gezeigt, dass die Diskussionen um Erinnerungspolitik und wie man mit alten zum Teil aus der Zeit gefallen Monumenten umgeht, immer noch brandaktuell sind. Diese Frage hat sich auch in Osteuropa gestellt nach 1989 nach dem Ende der Sowjetunion unterstützten Regimes. Plötzlich waren die ganzen monumentalen Statuen im öffentlichen Raum von Stalin und Lenin und anderen nicht mehr erwünscht und die neuen Eliten fragten sich, was damit passieren soll. Eine kreative Lösung ist in Budapest umgesetzt worden. In der ungarischen Hauptstadt ist im Jahr 1993 der Mementopark eröffnet worden mit einer Sammlung von 42 Denkmälern aus der Zeit vom Realsozialismus. Statt die Denkmäler, die überall im öffentlichen Raum gestanden sind, einfach einzuschmelzen und damit die Epoche unsichtbar zu machen haben die Denkmäler ein Gelände bekommen, wo man sie noch heute bestaunen und sich erinnern kann. Das ist nicht zuletzt auch für die Leute, die nach 1989 geboren sind, ein Ort, wo die Geschichte greifbar und einsehbar ist und auch kunsthistorisch ist es interessant. Dementsprechend ist der Mementopark in Budapest ein beliebtes Ausflugsziel und auch ein Tourismusmagnet. Mit dieser Motion schlagen wir vor, dass die ganzen Denkmäler aus dem kalten Krieg, die bei uns noch überall herumstehen oder auch ältere Relikte wie zum Beispiel das Bubenbergs-Denkmal, das vor allem im Weg steht, auf der grossen Allmend ein neues Zuhause finden können. Auch andere aus der Zeit gefallene Erinnerungsstücke aus anderen Regionen in der Schweiz könnten auf die Allmend gebracht werden. Mit Infotafeln und Dauerausstellungen neben den Denkmälern könnten die verschiedenen Relikte historisch eingeordnet und kritisch hinterfragt werden. Es wäre auch kunsthistorisch interessant und pädagogisch wertvoll, wenn verschiedene Denkmäler aus verschiedenen Epochen auf der Allmend nebeneinander aufgereiht wür-

den. Mit dem Ballenberg der Denkmäler kann die Stadt Bern um eine weitere Touristenattraktion reicher werden und es wäre sicher auch für Schulklassen aus der ganzen Schweiz ein beliebtes Schulreiseziel.

Ich komme jetzt zur Antwort des Gemeinderates. Wir sind mit dieser nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, dass ein Denkmal, das seine Zeit überdauert hat, an einem neuen Standort eher mehr Aufmerksamkeit bekommt, als wenn man es dort lässt, wo es immer schon war. Vor allem aber entsteht eine neue Wertung, wenn zum Beispiel der "De Pury" nicht mehr auf dem zentralen Platz in Neuenburg stehen würde, an dem er ursprünglich hingestellt wurde, weil man seine Verdienste würdigen wollte und seine Beteiligung am transkontinentalen Sklavenhandel nicht als störend empfunden hat. Das wäre vergleichbar, wie wenn Stalin immer noch auf einem zentralen Platz in Budapest stehen würde und nicht im Mementopark. Da könnte man dann noch lange eine Plakette anhängen, die die mörderische Seite von Stalin aufzeigen. Die Statue wäre immer noch zu Ehren von Stalin, wenn sie nicht versetzt worden wäre. Deshalb bitte ich Sie diese Motion anzunehmen. Für die bürgerliche Seite könnten es auch vor dem Hintergrund vom Standortmarketing durchaus eine Überlegung wert sein, sich für einen solchen Park einzusetzen. Der Gemeinderat macht in seiner ablehnenden Haltung vor allem auch finanzielle Bedenken geltend. Es war aber nie die Idee, dass die Stadt die alleinige Trägerin eines solchen Projekts sein müsste. Vielleicht könnte die Bürgergemeinde bei der Finanzierung mithelfen. Wie wir festgestellt haben, ist es ja nicht so einfach, sie zu enteignen und sie ist ja gerne bereit, ihr Geld für öffentliche Nutzungen zu verwenden. Vielleicht könnten sie dann gerade noch helfen das Grauholz-Denkmal, welches das Ancien Regime verherrlicht, zu versetzen. Es wäre sicher auch Sache des Bundes, ein solches nationales Projekt mitzuunterstützen, damit all diese Punkte geklärt werden können und wie vom Gemeinderat gewünscht, das Projekt konzeptionell noch überarbeitet werden könnte. Deshalb sind wir bereit, diese Motion in ein Postulat zu wandeln und freuen uns, wenn Ihr dem zustimmt.

Präsidentin: Danke, David. Gibt es hier Fraktionserklärungen? Dann hat Alex Feuz von der SVP das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich muss sagen, dieser Vorstoss hat eine gewisse Originalität, das muss ich ganz klar sagen. Aber ich schliesse mich ganz klar den Ausführungen des Gemeinderates an. Ich habe noch ein paar Ergänzungen, die ich machen will. Vielleicht ein bisschen historischer Rückblick: Als die Bolschewiki an die Macht gekommen sind, da haben sie alle die Denkmäler der Zaren und Grossfürsten zerschlagen. Das berühmte Nilpferd, wo Zar Alexander III auf einem so breiten Pferd gewesen ist, dass man dem Nilpferd gesagt hat, das ist eingeschmolzen worden. Man hat auch einen Haufen andere Monumente vernichtet. Auch die DDR ist bekannt gewesen dafür. Da hat es auch so eine Galerie gegeben von diesen Kurfürsten von Brandenburg, die haben sie alle gestapelt und nachher teilweise kaputt gemacht und verschlagen. Jetzt müssen wir einmal die Aspekte sehen. Wir haben hier Denkmäler, die geschützt sind: Das Bubenberg-Denkmal, welches teilweise sogar schützenswert ist. Wir haben Rudolf von Erlach, da kann man Weissgott nicht sagen, das sei ein Monument aus dem kalten Krieg. Der hat immerhin dann in Laupen gekämpft. Er hat jetzt nicht besonders einen schönen Standort, das sage ich Ihnen ehrlich. Auf dem Münsterplatz hat er einen guten Standort gehabt. Ich kann auch sagen, wieso man ihn von dort weggenommen hat. Es hat einmal eine Theaterausführung gegeben in den Vierziger- oder Fünfzigerjahren und dann hat man das Gefühl gehabt, der stört, dort muss die Bühne stehen. Darum ist er weg. Aber wenn wir die Sache überall anschauen, wenn Ihr

jetzt alle die Denkmale wegnehmt. Nehmen wir jetzt einmal an, Ihr würdet nur die nicht geschützten Denkmäler wegnehmen, dann kämen die auf die Allmend. Was wollt Ihr alles auf der Allmend? Jetzt wollt Ihr auf der Allmend Fussballplätze machen. Dann sollen auf der Allmend Hündeler noch ihren Platz haben, sollen es Modellflieger haben, ja Weissgott, dann habt Ihr dann wirklich praktisch dann gar keinen Platz mehr und was passiert nachher. Schaut Euch auch teilweise an was mit dem Soldatendenkmal in "des Rangiers" passiert ist. Der Schweizer Soldat, der an die Wehrmänner gedacht hat, die 1914/1918 dort an der Grenze gestanden sind. Man hat zuerst das Bajonette abgedrückt und dann hat man, glaube ich, das ganze Monument nachher fort gemacht. Ich habe also nicht so grosse Hoffnung, dass die Halbwertszeit dieser Monumente nachher noch relativ lang dort ist. Also dort würden wir dann Handbieten zu einer Kulturgüterzerstörung und ich weiss also dann auch nicht ob Sportler, die hier drinnen sind und die die gerne Fussball spielen, ob die so Freude haben, wenn wir dort dann viele Monumente haben, die herumstehen. Und ob es jetzt das Interesse ist von denen von Pruntrut oder was auch immer, dass dann die schauen kommen, wie wir da irgendwie den Von Erlach oder den Von Bubenberg oder irgendwie der Mohr in der Kramgasse – den möchtet Ihr dann dort auch noch irgendwie befestigen und hintun – aufgestellt haben, das geht nicht. Und dann haben wir noch konzeptionelle Mängel. Da verweise ich auf die Ausführungen des Gemeinderats, die doch auch klar dazu sagen mit diesen Kosten und Sachen. Also ich bin der Meinung, es hat eine gewisse Originalität, das gebe ich dem Vorstoss, das sage ich Ihnen noch einmal. Aber wenn ich zum Schluss komme, bitte ich Euch doch ganz klar diese Motion abzulehnen. Das ist der falsche Einsatz. Man muss immer die Denkmäler als Zeitzeugen der Zeit anschauen. Das ist genau dasselbe wie mit diesen General Lee und General Stuart in den Südstaaten. Das sind Monumente der Zeit. Nach der Niederlage wollten die Angehörigen dieser Leute gedenken. Ich bin der Meinung, dass die Zeitzeugen – man muss das so in der Relation sehen – und ich fände es dann schade, wenn dann die Reiterstatue von dort unten auch noch wegkommt, Und denkt daran, was passiert dann häufig, wenn wir eben so ein Denkmal entfernt haben, da haben wir nachher eine unmögliche Verkehrssituation gehabt. Dann wird es auch noch kontraproduktiv. Ich bitte Euch jetzt um gesunden Menschenverstand und lehnt ihn ab. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann hat Mahir Sancar von GB/JA!-Fraktion das Wort.

Mahir Sancar (JA!) für die Fraktion: Wie mein Vorredner trage ich auch ein Tüchlein ausnahmsweise, es hat einfach ein bisschen eine andere Farbe und eine andere Botschaft. Zuerst einmal danke ich den Einreichenden und unterstützen das Geschäft grundsätzlich. Wir finden es wichtig, dass sich die Schweiz und Bern mit ihrer kolonialen, rassistischen, männlich dominierten und teils gewaltverherrlichenden Vergangenheit auseinandersetzt. Die Vergangenheit wird teilweise eben genau durch die Monumente und Denkmäler in Bern geäussert. Hinzu kommt für uns auch die grundsätzliche Frage, ob wir wollen, dass Personen, meistens sind es Männer, die irgendwann, irgenwo einmal etwas gemacht haben, selten etwas Gutes, erhoben auf einem Sockel oder auf einem Pferd tagtäglich aus ihren Steingesichtern auf uns hinunterschauen sollen. Die Frage ist, ob wir den Figuren weiterhin den Raum und die Aufmerksamkeit geben wollen. Unsere Antwort ist klar, die Zeit von Statue und Denkmälern ist vorbei. Und die Figuren gehören in ein Museum wie auch andere Relikte aus dieser Zeit. Deshalb finden wir die Stossrichtung dieser Motion gut. Was wir hingegen nicht unterstützen, ist einerseits, dass alle Denkmäler aus der Schweiz nach Bern kommen sollen. Dafür haben wir zu wenig Platz und wir haben ehrlich gesagt auch keine Lust, all die

Denkmäler bei uns zu versorgen. Andererseits finden wir auch die Allmend, wo schon jetzt Platzmangel herrscht, nicht den geeigneten Ort für eine solche Denkmalsammlung, auch wenn es nur die von Bern wären. Wir sind aber überzeugt, dass es an der Zeit ist, dass sich die Stadt Bern von den Denkmälern dieser Männer trennt. Aus heutiger Sicht entsprechen die Taten dieser nicht mehr unseren Werten und wir wollen sie deshalb auch nicht mit einem Platz unserer Stadt ehren. Damit aber auch die negativen Aspekte in unserer Geschichte nicht vergessen gehen, erachten wir es als sinnvoll, die Denkmäler in ein Museum oder in einen Museumspark zu stellen. Wir haben auch schon ein paar gute Ideen. Weil wir die Auseinandersetzung des Gemeinderats und der Stadt mit der Bedeutung von Denkmälern unserer Stadt befürworten, wird die GB/JA!-Fraktion der Motion zustimmen. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Mahir. Das Wort hat Barbara Keller von der SP/JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich glaube, wir wollen schlussendlich das gleiche erreichen, wie meine Vorredner ausgeführt haben, haben aber ein bisschen eine andere Einschätzung. Eine kritische Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit ist wichtig. Dass auch Schweizer Städte, unter ihnen Bern, bei der Geschichte der Ausbeutung einen aktiven Part übernommen haben, ist vielen nicht bewusst. Denkmäler, die klar rassistisch sind oder in Kolonialausbeutung verstrickt sind, brauchen eine kritische Auseinandersetzung, sprich eine Kennzeichnung und eine Kontextualisierung der Problematiken, die mit diesen Denkmälern einhergehen. Die vorliegende Motion schlägt vor, dass auf der grossen Allmend ein Abstellplatz für alle Denkmäler aus der Schweiz entsteht. Für alle Denkmäler, also nicht nur solche, die aus politischen Gründen entfernt wurden, sondern eben auch solche aus Städten planerische. Wir sind der Meinung, dass man gerade problematische denkbare Denkmäler kritisch hinterfragen und einordnen sollte, wo sie stehen. Die Stadt räumliche Einbettung ist oft eine wichtige Voraussetzung für eine historisch angemessene Kontextualisierung. Die Stadt Bern oder andere Städte sollten für ihr problematisches Erbe Verantwortung übernehmen und sich damit auseinandersetzen. Passiert das wirklich, wenn alle Städte ihre Denkmäler in einem Denkmalpark in Bern sozusagen entsorgen können? Für uns, wirkt das der Erinnerungskultur eher entgegen und befreit die Städte auch ein wenig von ihrer Schuld und der Auseinandersetzung. Eine Ansammlung von Denkmälern, die problematisch sind, aber auch ganz harmlosen, die zum Beispiel der Aufwertung von einem Platz weichen mussten, auf der grossen Allmend, erachten wir deshalb als nicht sinnvoll. Findet dort wirklich eine Einordnung statt? Nehmen das die Besuchenden auch so wahr? Gerade die Mischung der Denkmäler, die einfach aus städteplanerischen Gründen entfernt werden mussten und solchen mit kolonialer Vergangenheit, ist für uns höchst fraglich und konzeptuell geht das nicht wirklich auf. Wie soll hier Vermittlungsarbeit stattfinden? Wir haben das Gefühl, dass Angebote wie beispielsweise Spaziergänge oder auch der virtuelle Rundgang von Bern Kolonial besser machen können, als wenn zig Denkmäler einfach auf einem Haufen stehen. Hier auch noch ein kleiner, aber wichtiger Einschub zum Ort: Wir sind der Meinung, dass die grosse Allmend der falsche Platz für so etwas wäre. Die Allmend ist heute eine Grünfläche und ein konsumfreier Raum. Der Ort wird heute vielfältig und gemeinschaftlich genutzt und wir finden, dass wir das unbedingt erhalten sollte. Wir werden die Motion entsprechend ablehnen, wünschen uns aber genauso einen kritischen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit von Bern. Wir denken aber, dass ein Ballenberg von Denkmälern auf der Allmend dazu der falsche Weg ist.

Präsidentin: Danke, Barbara. Gibt es Einzelvoten? Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Ich möchte nicht auf die historische Dimension von dieser Diskussion des Vorstosses eingehen. Ich habe keine Hard Feelings bei diesen Denkmälern. Ich finde, dass meine Vorrednerin die Situation auf der Allmend ein bisschen wohlwollend und positiv formuliert hat. Fakt ist: Die Allmend ist extrem von allen beansprucht und ist in einem extremen Nutzungskonflikt. Die SP, vor allem die SP Sektion Nord, kämpft seit Jahren darum, dass die Allmend als Raum Freiraum bleibt. Und es macht für uns deswegen auch überhaupt keinen Sinn, genau an diesem Ort irgendein Denkmalpärklein hinzustellen und dort eine Diskussion zu führen. Wir möchten eigentlich möglichst diese Allmend so leer behalten wie möglich, im Wissen, dass das nicht ganz einfach ist.

Präsidentin: Danke, Johannes, Dann hat David Böhner noch mal das Wort.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Danke für Ihre Beiträge. Einfach nur kurz. Also uns geht es darum so einen Park, den wir spannend fänden zu errichten, ob das jetzt auf der Allmend ist oder an einem anderen Ort ist, ist für uns nicht das wesentliche. Ich persönlich fände das jetzt noch lustig dort, wenn da so verschiedene Monumente würden stehen, aber lehnt es nicht deswegen ab. Wir haben es auch in ein Postulat umgewandelt. Postulat mit einem Prüfungsbericht, dann kann der Gemeinderat in seiner Prüfung auch zum Schluss kommen: "Nein, wir machen es nicht dort, aber es wäre irgendwo anders ein guter Ort." Es geht um die Idee. Danke.

Präsidentin: Danke, David. Dann hat Alec von Graffenried das Wort für den Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die differenzierte Debatte. Was unbestritten ist, ist, dass es einen Umgang mit der Geschichte braucht. Es braucht einen bewussten Umgang mit der Geschichte. Es braucht einen differenzierten Umgang mit der Geschichte und der Vorstoss fordert das in einem gewissen Sinn auch. Ich kann mich Alex Feuz anschliessen. Es ist eine Idee. Es ist eine originelle Idee, ist irgendwo durch eine lustige Idee, so einen Denkmal-Park zu haben. Aber man hat auch ein bisschen den Eindruck, dass sie aus der Idee heraus geboren ist und dass man nachher aus dieser Idee heraus ein ganzes Konzept machen wollte, das unter dem Strich eben vielleicht dann nicht ganz hält. Eben wir haben vor Letzt gerade eine Diskussion geführt im Zusammenhang mit den temporären Fussballfeldern auf der Allmend und haben feststellen müssen, dass schon bald ein Problem wäre und wenn ich mir jetzt vorstelle, dass da eben riesige Denkmäler dann auf der Allmend würden stehen, könnte man sich dann auch denken, dass das eine oder andere Problem entstehen könnte. Wenn ich sage, es braucht einen differenzierten Umgang mit der Geschichte, dann haben wir es hier aber auch mit einem undifferenzierten Vorstoss zu tun, was die Denkmäler betrifft. Wir haben verschiedene Denkmäler und ich habe ein bisschen den Eindruck, dass man sich hier auf Denkmäler bezogen hat, die zu Recht gestürzt wurden eben in totalitären Staaten, in Libyen, Gaddafi-Denkäler, die gestürzt wurden. Im Osten, wo Denkmäler gestürzt worden sind oder nachher vor allem auch die Debatte in den USA, mit diesen Denkmälern in den Südstaaten, wo man den Rassismus hat, der noch weit ins 20. Jahrhundert und teilweise bis heute weiter strahlt. Und nachher eben die Denkmäler hat, die dort wirklich den Ausdruck von dem Rassismus sind und den noch verstärkt haben. Und jetzt hat man versucht, die Debatte hier auf Bern zu portieren. Aber wir haben

natürlich auch Denkmäler. Wir haben das Welttelegrafendenkmal, das Weltpost-Denkmal, wir haben Denkmäler für Anna Seiler, wir haben die Justitia, die sind ja alle nicht gemeint, sondern es geht wirklich um die Denkmäler, die historisch eben vielleicht in einer anderen Zeit anders gedeutet wurden als heute und wo eine Neu-Deutung nötig ist. Und die neue Deutung und der bewusste Umgang, ich glaube der sollte man in den Vordergrund stellen, mehr in den Vordergrund stellen als jetzt der Bildersturm, der gewissermassen hier mit dem Vorstoss postuliert wird. Ein Denkmal ist eben auch Denkmal, ist eben auch ein Denkanstoss und diesen Denkanstoss den möchten wir uns selbst nicht wegnehmen oder wir möchten die Denkanstösse natürlich auch aufrechterhalten und möchten weiterhin eigentlich einladen zu dieser Auseinandersetzung. Und gerade, wenn es eben kontroverse Figuren sind, die wir heute anders beurteilen, anders deuten als früher – eben das Grauholz-Denkmal ist genannt worden –, dann wollen wir vor allem die neue Deutung dem Tun unterlegen, und dass wir dort das Bewusstsein eben neu schaffen. Wenn jetzt aber die Denkmäler ganz weg sind, entfällt natürlich auch die Möglichkeit dieser Auseinandersetzung. Einfach aus den Augen, aus dem Sinn, das kann, glaube ich, in dem Sinn nicht die Lösung und jetzt der Weg sein, den wir hier vorschlagen würden. Aus meiner Sicht ist es wichtiger, dass wir uns bewusst mit der Geschichte auseinandersetzen. Ich glaube, dieser Vorstoss hat uns jetzt die Gelegenheit gegeben, die kurze Debatte hier zu führen, aber ich glaube, grundsätzlich zeigt er einen falschen Weg auf und deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie den Vorstoss auch in der Form des Postulats ablehnen. Die Diskussion müssen wir führen und die werden wir weiterführen.

Präsidentin: Danke, Alec. Diese Motion wurde in ein Postulat gewandelt und deshalb stimmen wir jetzt über das Postulat ab.

Abstimmung Nr. 025

2020.SR.000204: als Postulat	
Ablehnung	
Ja	26
Nein	38
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt das Postulat abgelehnt. Und wir sind jetzt am Ende von dieser Sitzung. Danke vielmals für die konstruktive Diskussion und einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

16 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Preisgünstigen Wohnungsbau mit «Berner Definition»; Begründungsbericht

17 Interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GB/JA! (Bettina Stüssi, SP/Ursina Andereg, GB): Bei Verbesserungen der städtischen Anstellungsbedingungen Leistungsabbau bei den Leistungsvertragspartner*innen verhindern

18 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Simone Machado, GaP/Eva Gammenthaler/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA): Jeder Käfer zählt!; Punkte 1+3: Annahme / Punkt 2: Ablehnung

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein
2. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum
3. Motion GB/JA! (Nora Joos, JA!/Mirjam Arn, GB): Vorfrankierte Wahl- & Abstimmungs-couverts

Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

22.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi